



Plenarprotokoll

136. Sitzung

Mittwoch, 15. Dezember 2021

Anpassung des Nothilfeprogramms Corona gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein.....

10287

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3513

Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....

10287

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022).....

10288

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3200

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022.....

10288

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3201

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/3459

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3498

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3499			
Änderungsantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD Drucksache 19/3500 (neu)			
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3510			
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3511			
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/3512			
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3514			
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3515			
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3516 (neu)			
c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2021 bis 2025 - Fortschreibung der Finanzplanung bis 2030	10288		
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3359			
d) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2020	10288		
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3486			
		e) Anpassung des Nothilfeprogramms Corona gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	10288
		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/3513	
		Stefan Weber [SPD], Bericht- ersteller.....	10288
		Tobias Koch [CDU].....	10290, 10356
		Serpil Midyatli [SPD].....	10293
		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10296, 10337
		Christopher Vogt [FDP].....	10298
		Lars Harms [SSW].....	10301
		Jörg Nobis [AfD].....	10304
		Monika Heinold, Finanzministerin	10306
		Anpassung des Nothilfeprogramms Corona gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein	10309
		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/3513 mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit.....	10309
		Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2021 bis 2025	10309
		Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/3359 an den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	10309
		Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2020	10309
		Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/3486.....	10309
		Einzelplan 01 - Landtag	10310
		Beschluss: Annahme.....	10310
		Einzelplan 02 - Landesrechnungshof	10310
		Beschluss: Annahme.....	10310

Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei	10310	Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucher- schutz	10329
Tim Brockmann [CDU].....	10311	Regina Poersch [SPD].....	10329
Beschluss: Annahme.....	10311	Thomas Rother [SPD].....	10329
Einzelplan 04 - Ministerium für In- neres, ländliche Räume, Integrati- on und Gleichstellung	10312	Beschluss: Annahme.....	10331
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10313	Einzelplan 10 - Ministerium für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren	10331
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	10314,	Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	10331
Heiner Rickers [CDU].....	10325	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10332
Özlem Ünsal [SPD].....	10315,	Dennys Bornhöft [FDP].....	10333
Stefan Weber [SPD].....	10341	Christian Dirschauer [SSW].....	10334
Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländli- che Räume, Integration und Gleichstellung.....	10315 10316	Wolfgang Baasch [SPD].....	10335
Beschluss: Annahme.....	10317	Bernd Heinemann [SPD].....	10336
Einzelplan 05 - Finanzministerium .	10318	Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	10338
Beschluss: Annahme.....	10318	Beschluss: Annahme.....	10340
Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Tech- nologie und Tourismus	10318	Einzelplan 12 - Hochbaumaßnah- men und Raumbedarfsdeckung des Landes	10340
Lukas Kilian [CDU].....	10318	Beschluss: Annahme.....	10341
Kay Richert [FDP].....	10319	Einzelplan 13 - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	10341
Stephan Holowaty [FDP].....	10320	Oliver Kumbartzky [FDP].....	10343
Peer Knöfler [CDU].....	10321	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisie- rung.....	10344, 10346
Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10321, 10342	Beschluss: Annahme.....	10345
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	10322	Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E- Government und Digitalisierung	10345
Beschluss: Annahme.....	10323	Dr. Kai Dolgner [SPD].....	10345, 10347
Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ..	10323	Beschluss: Annahme.....	10348
Tobias von der Heide [CDU].....	10323	Einzelplan 15 - Landesverfassungs- gericht	10348
Martin Habersaat [SPD].....	10324	Beschluss: Annahme.....	10349
Anette Röttger [CDU].....	10326		
Karin Prien, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft und Kultur.	10327		
Beschluss: Annahme.....	10329		

Einzelplan 16 - Infrastruktur-Modernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)	10349	Beschluss: 2. Verabschiedung des Gesetzentwurfes Drucksache 19/3201 in der Fassung der Drucksache 19/3459 einschließ- lich der angenommenen Ände- rungsanträge Drucksachen 19/3510, 19/3511 Nummer 2 und 19/3514 Nummer 2.....	10359
Beschluss: Annahme.....	10349		
Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung	10349	Hans-Jörn Arp [CDU], zur Ge- schäftsordnung.....	10359
Ole-Christopher Plambeck [CDU]. Beate Raudies [SPD].....	10349 10351, 10357		
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10353	* * * *	
Annabell Krämer [FDP].....	10354		
Beschluss: Annahme.....	10358	Regierungsbank:	
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022	10358	Daniel Günther, Ministerpräsident	
Beschluss: 1. Ablehnung der Ände- rungsanträge Drucksachen 19/3498, 19/3499 und 19/3500 (neu).....	10359	Monika Heinold, Finanzministerin und Erste Stellvertreterin des Ministerpräsidenten	
Beschluss: 2. Annahme der Ände- rungsanträge Drucksachen 19/3510, 19/3511, 19/3512, 19/3514, 19/3515 und 19/3516 (neu).....	10359	Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge- sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei- ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten	
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 (Haus- haltsgesetz 2022) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022	10359	Claus Christian Claussen, Minister für Justiz, Europa und Verbraucherschutz	
Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfes Drucksache 19/3200 in der Fassung der Drucksache 19/3459 einschließ- lich der angenommenen Ände- rungsanträge Drucksachen 19/3511 Nummer 1, 19/3512, 19/3514 Nummer 1, 19/3515 und 19/3516 (neu).....	10359	Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen- schaft und Kultur	
		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich- stellung	
		Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie- wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita- lisierung	
		Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus	
		* * * *	

Beginn: 10:05 Uhr

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 54. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind von der CDU-Fraktion die Abgeordneten Klaus Schlie, Wolf Rüdiger Fehrs, Klaus Jensen und Barbara Ostmeier, von der SPD-Fraktion Birte Pauls, Katrin Fedrowitz und Thomas Hölck, von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Marlies Fritzen und Ines Strehlau, von der FDP-Fraktion Jan Marcus Rossa. Von hier aus wünschen wir allen eine gute Besserung!

(Beifall)

Die Abgeordnete von Sayn-Wittgenstein hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist.

Meine Damen und Herren, hier im Haus ist es ja üblich, dass diejenigen, die nicht geimpft und getestet sind, an den Plätzen die Mund-Nasen-Bedeckungen tragen. Wir wissen, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen heute unabhängig von diesem Status entschieden haben, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Das für Sie alle als Hintergrund und Information.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Anpassung des Nothilfprogramms Corona gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3513

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 19/3513 abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Die Dringlichkeit ist mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln bejaht.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 26 A in die Tagesordnung einzureihen

und gemeinsam mit den Anträgen zum Haushalt zu beraten. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, entgegen der ursprünglichen Planung eine zweitägige Plenartagung am Mittwoch und Donnerstag durchzuführen. Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 11, 13, 27 bis 29, 32 bis 35 und 44 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 3, 4, 17, 19, 42 und 43.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte: 2, 26 A, 36 und 45, Haushaltsberatungen 2022; 21 und 26, Impfturbo zünden - Corona-Impfungen zu den Menschen bringen und barrierefrei ermöglichen und Mehr Transparenz im Infektionsgeschehen erlangen; 22, 30, 31 und 39, Anträge zur Elbfähre Brunsbüttel-Cuxhaven und SPNV sowie dem Landesweiten Nahverkehrsplan bis 2017; 23 und 37, Verlängerung des Fonds für Barrierefreiheit und Fokus-Landesaktionsplan 2022.

Der Gesetzentwurf zu Tagesordnungspunkt 12, Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle, Drucksache 19/3491, wurde von der Landesregierung zurückgezogen.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 24, Für ein Festhalten am EU-Stabilitätspakt - Ausweitung der Verschuldensregelungen verhindern, Drucksache 19/3478, wurde von dem Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD zurückgezogen.

Ein Antrag zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegt nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 54. Tagung.

Wir werden heute und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause voraussichtlich bis 18 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2, 26 A, 36 und 45 auf:

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3200

b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 19/3201

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 19/3459

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 19/3498

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3499

Änderungsantrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/3500 (neu)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3510

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3511

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/3512

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3514

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3515

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3516 (neu)

c) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2021 bis 2025 - Fortschreibung der Finanzplanung bis 2030

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3359

d) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2020

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/3486

e) Anpassung des Nothilfeprogramms Corona gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/3513

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich erteile zunächst dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Abgeordneten Stefan Weber, für den Bericht zu a) und b) das Wort.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mitglieder des Finanzausschusses haben sich in den vergangenen Monaten intensiv mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2022 auseinandergesetzt und über ihn beraten. Heute legen wir Ihnen das Ergebnis vor. Es ist der letzte Etat in dieser Legislaturperiode, über den wir abstimmen werden.

Ich möchte mich im Namen des Finanzausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten in diesen besonderen Zeiten bedanken. Ich danke insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung und der Landesverwaltung sowie Ihnen, Frau Ministerin Heinold, für die zügige und zuverlässige Beantwortung all unserer Fragen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Ein besonderer Dank geht auch an Herrn Schmidt für seine unermüdliche Unterstützung.

(Beifall)

Ebenso danke ich Ihnen, Frau Dr. Schäfer, für die kritische und konstruktive Begleitung der Beratung.

(Stefan Weber)

Ein besonderer Dank gilt auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, sowie Ihren Mitarbeitern für die sachliche Beratung und das kollegiale Miteinander.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch wenn die letzte Steuerschätzung zuversichtlich stimmt und sich die Steuereinnahmen wieder dem Vor-Corona-Niveau annähern, mahnt uns der Landesrechnungshof mit Blick auf die in unserer Verfassung verankerte Schuldenbremse, Ausgabendisziplin zu üben.

Denn: Strukturelle Steuermehreinnahmen müssen wir zur Rückführung des Notkredits verwenden, konjunkturbedingte Mehreinnahmen zur Schuldentilgung, und die Finanzplanung der nächsten Jahre weist noch Deckungslücken auf.

Hinzu kommen Haushaltsrisiken. Ich nenne als Stichworte das UKSH, mit dem wir uns regelmäßig befassen, den Einstieg in den schulischen Ganztag, die noch vorhandenen Coronarisiken und die HSH-Belastungen. Im Haushalt 2022 übernehmen wir 375 Millionen € des hsh finanzfonds Anstalt des öffentlichen Rechts, deren vorzeitige Beendigung wir ebenfalls in dieser Tagung beschließen wollen. Mit den finanziellen Auswirkungen der zweiten Anstalt, der sogenannten hsh portfoliomanagement, wird sich der Ausschuss zeitnah befassen. Das sind für uns als Haushaltsgesetzgeber schwierige und keine angenehmen Zeiten.

Nun aber die positiven Nachrichten der Haushälter: Nach den Beratungen im Finanzausschuss steigt die Investitionsquote im nächsten Jahr auf knapp 11 %. Die Personalausgabenquote kann gegenüber dem Entwurf auf gut 34 % zurückgeführt werden. Statt der vorgesehenen Nettokreditaufnahme - ohne hsh finanzfonds - erreichen wir eine Nettotilgung von knapp 260 Millionen € und halten den Abstand zur Verfassungsgrenze ein.

Wir haben die Haushaltsberatungen auch in diesem Jahr nach dem bewährten Verfahren durchgeführt: Die Fraktionen reichen ihre Fragen zum Haushaltsentwurf schriftlich ein; die Landesregierung antwortet ebenfalls schriftlich. In den Einzelplanberatungen - gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen - werden offene Punkte, weitere Nachfragen und Schwerpunkte behandelt.

Die Landesregierung hat diesmal über 1.000 Fragen zum Haushaltsentwurf 2022 schriftlich beantwortet; das sind gut 300 Fragen mehr als beim letzten Mal.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Eka von Kalben [BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja Wahnsinn! - Heiterkeit)

- Das ist noch nicht alles.

Dazu kamen 69 Nachfragen aus den Haushaltsberatungen und 72 Fragen der SPD-Fraktion zur Nachschiebeliste. Insgesamt hat die Regierung 1.155 Fragen zum Haushalt 2022 schriftlich beantwortet.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

An alle Häuser Dank dafür, besonders an das verantwortliche und koordinierende Finanzministerium!

Letzten Donnerstag hat der Finanzausschuss über den Haushalt 2022, die Nachschiebeliste der Landesregierung und die Änderungsanträge der Fraktionen abgestimmt. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der SPD empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Haushaltsplan, das Haushaltsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz in geänderter Fassung anzunehmen; die entsprechende Beschlussempfehlung liegt Ihnen vor.

Die Vorschriften, die den Notkredit betreffen und einer Zweidrittelmehrheit bedürfen, haben wir im Finanzausschuss ausgeklammert. Dazu und zu weiteren Punkten finden Sie heute im Rahmen der zweiten Lesung Änderungsanträge der Fraktionen.

Ich wünsche uns eine gute Beratung. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Ich danke dem Abgeordneten Stefan Weber. Gibt es Wortmeldungen zu den Berichten? - Das ist nicht der Fall.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine Ergänzung. Auch die Abgeordnete Sandra Redmann von der SPD-Fraktion ist erkrankt. Wir wünschen auch Sandra Redmann von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Begrüßen Sie bitte mit mir die Gäste auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages. - Herzlich willkommen! Schön, dass Sie da sind.

(Beifall)

Bevor wir mir der Aussprache beginnen, möchte ich noch einmal auf die Neuerungen dieser Haus-

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

haltsdebatte hinweisen. Die Haushaltsdebatte wird aufgeteilt in eine erste Runde, in der eine Generaldebatte geführt wird, und in eine zweite Runde, in der wir auch über die Einzelpläne, zu denen Redezeiten angemeldet wurden, debattieren. In diesem Rahmen können zu den Einzelplänen auch Kurzbeiträge gehalten werden. Jeder oder jedem Abgeordneten steht insgesamt nur ein Kurzbeitrag zu. Sollte die Landesregierung die von ihr angemeldete Redezeit bei der Generaldebatte beziehungsweise bei einem Einzelplan überziehen, steht allen Fraktionen diese verlängerte Redezeit nur zu dem jeweiligen Abschnitt, das heißt, nur im Rahmen der Generaldebatte oder des jeweiligen Einzelplans, zu.

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat das Wort deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Es ist der fünfte Haushalt, den Jamaika gemeinsam auf den Weg bringt, und zugleich ist er der schwierigste von allen.“

Mit genau diesen Worten habe ich meine Haushaltsrede zur ersten Lesung im September begonnen, um dann aber am Schluss der Rede einen positiven Ausblick auf die Steuerschätzung im November zu geben. Heute verhält es sich genau umgekehrt: Die positive Steuerschätzung im November hat sich voll und ganz bestätigt, der Ausblick auf das kommende Jahr hat sich zwischenzeitlich aber deutlich eingetrübt.

Lassen Sie mich deshalb zunächst mit den drei positiven Punkten beginnen - der Vorsitzende hat es gerade angedeutet:

Erstens. Der vom Landtag beschlossene Notkredit über 5,5 Milliarden € ist aufgrund des besseren Haushaltsverlaufs im Jahr 2020 nicht in voller Höhe aufgenommen worden, sondern nur in Höhe von rund 5,15 Milliarden €. Das macht also 350 Millionen € weniger Schulden aus, die es in der Zukunft zu tilgen gilt.

Zweitens stand damals zu befürchten, dass über den Notkredit hinaus eine weitere Milliarde Euro an Krediten zum Ausgleich des Konjunkturerfekts benötigt werden würde. Nach der November-Steuerschätzung können wir nun davon ausgehen, dass sich diese 1 Milliarde € bis Ende nächsten Jahres auf nur noch 150 Millionen € reduziert haben wird. Das macht an dieser Stelle also noch einmal rund

850 Millionen € weniger Schulden aus als zunächst gedacht.

Drittens schließen sich mit der November-Steuerschätzung ganz deutlich die roten Lücken in der Finanzplanung. Statt aufaddierter 3 Milliarden € roter Zahlen von 2023 bis 2030 verbleiben nach der Steuerschätzung jetzt nur noch rund 800 Millionen € an kumulierter Lücke. Das macht also allein an diesem Punkt 2,2 Milliarden € weniger an Schulden aus als noch vor wenigen Monaten gedacht.

Insgesamt ergibt sich aus diesen drei genannten Punkten sogar eine Verbesserung von 3,4 Milliarden € um die die Verschuldung des Landes geringer ausfallen wird, als aufgrund der Coronapandemie zunächst zu befürchten war.

Meine Damen und Herren, so weit zu den positiven Punkten, bei denen es sich ja noch nicht um schwarze Zahlen handelt, aber immerhin schon um geringere rote Zahlen. Dennoch besteht kein Grund zur Entwarnung, und das wiederum aus drei Gründen:

Erstens sind nach den genannten Verbesserungen immer noch rund 6 Milliarden € an Coronakrediten zu befürchten, um die sich der Schuldenberg des Landes bis zum Jahr 2030 erhöhen wird.

Zweitens betrifft das die Auswirkungen der aktuellen vierten Coronawelle. Sie wirken sich nicht nur negativ auf die Einnahmesituation aus, sondern sie führen ganz unmittelbar zu Mehrausgaben - so, wie wir es in den letzten Wochen mit 60 Millionen € für weitere Testbestellungen erlebt haben.

Drittens geht es um die gestiegene Inflationsrate. Eine Preissteigerung von zuletzt 4,5 % im Oktober haben wir seit fast vier Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr gesehen. Auch hier machen sich die Effekte der Coronapandemie bemerkbar, weil weltweit Lieferketten durcheinandergeraten sind und deshalb Engpässe in vielen Bereichen zu sprunghaft steigenden Preisen führen.

(Zuruf AfD: Sollen die Bürger das auffangen?)

Nicht zuletzt gilt dies für den Energiesektor - auch hier coronabedingt, da die Erdölförderung der schneller als gedacht erfolgten Konjunkturerholung nicht hinterhergekommen ist. Eine derartig hohe Inflationsrate mag für die Schulden des Landes erfreulich sein. Von steigenden Preisen ist aber auch der Landeshaushalt in vielen Bereichen betroffen, angefangen von den Bauinvestitionen über Strom und Gas bis hin zu allen anderen Verbrauchsgütern.

(Tobias Koch)

Die Herausforderungen für den Landeshaushalt bleiben also extrem hoch. In dieser Situation kommt jetzt die SPD und bemängelt fehlende Impulse und Ideen im Haushalt 2022.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Meine Damen und Herren, das wird der schwierigen aktuellen Lage in keinsten Weise gerecht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Man stelle sich einmal vor, wir hätten in den letzten Jahren alle Haushaltsanträge der SPD in dreistelliger Millionenhöhe tatsächlich umgesetzt. Wie hätten wir dann die jetzige Krise meistern sollen? Es wäre nichts anderes übrig geblieben, als jetzt, mitten in der Krise, den Rotstift anzusetzen. Solche Impulse und Ideen sind natürlich das Letzte, was wir in dieser Situation gebrauchen können.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Die neuesten Vorschläge Ihres Spitzenkandidaten macht sich noch nicht einmal die SPD-Landtagsfraktion zu eigen; zumindest findet sich davon nichts in Ihren Haushaltsanträgen. Die Kritik der SPD ist aber auch in der Sache falsch. Auch wenn mit dem Haushalt 2022 jetzt nicht dreistellige Millionenbeträge für neue Zukunftsprojekte bewegt werden, so stecken in diesem Haushaltsentwurf eine ganze Reihe von wichtigen Weichenstellungen. Das war schon mit dem ursprünglichen Haushaltsentwurf so, das hat sich mit der Nachschiebeliste verstärkt, und die Fraktionsanträge kommen noch hinzu.

Im Rahmen des finanziell Möglichen beantworten wir Jamaikaner damit die wichtigen Zukunftsfragen. Für finanziell Unmögliches bleibt dagegen weiterhin die SPD zuständig.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Meine Damen und Herren, wir statten alle Lehrkräfte im Land mit einem Dienstlaptop oder einem Tablet aus. Das ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen, wenn es um Digitalisierung an Schulen geht.

(Martin Habersaat [SPD]: Wann denn?)

Wenn dieses Projekt in den nächsten Jahren mithilfe einer globalen Minderausgabe finanziert wird, so ist das kein Manko, das hier von der Opposition kritisiert werden sollte. Es spricht vielmehr für Jamaika, dass dieser Kraftakt solidarisch von allen Ministerien gemeinsam über eine Umlage finanziert wird.

Das ist keine Selbstverständlichkeit in einer Koalition, sondern das zeichnet Jamaika aus.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Mit dem Haushalt 2022 erfüllen wir die Vision vom Sportland Schleswig-Holstein mit Leben. Wir erhöhen die Förderung an den Landessportverband auf 11 Millionen € jährlich und sichern sie mit dem Sportfördergesetz zukünftig gesetzlich ab. Außerdem stellen wir weitere Millionen Euro für die Sanierung von kommunalen Sportstätten und Schwimmbädern bereit. In dieser Wahlperiode haben wir über 100 Millionen € für Baumaßnahmen an Sportstätten eingesetzt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Die von uns in Auftrag gegebene Sportentwicklungsplanung steht bei uns nicht nur auf dem Papier, sondern wir setzen das, was wir uns vorgenommen haben, auch konsequent in der Praxis um.

Genauso verhält es sich mit der neuen Biodiversitätsstrategie. Auch sie steht bei uns nicht nur auf dem Papier. Sie weist den Weg in das kommende Jahrzehnt mit dem Ziel, die biologische Artenvielfalt zu erhalten. Auch sie wird im Haushalt 2022 mit zusätzlichen Geldern in Millionenhöhe finanziell unterlegt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Der Breitbandausbau in Schleswig-Holstein ist sicherlich die grundlegendste Zukunftsinvestition in einer digitalen Welt. Die SPD-geführte Vorgängerregierung wollte sich damit bis zum Jahr 2030 Zeit lassen; wir schaffen das schon bis zum Jahr 2025.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Dazu stellen wir in der Finanzplanung noch einmal 20 Millionen € bereit, um auch die letzten grauen Flecken im Land zu beseitigen. Das ist der Impuls, der von diesem Haushalt ausgeht.

Meine Damen und Herren, damit aber nicht genug, denn mit der Nachschiebeliste und den Fraktionsanträgen kommen weitere wichtige Weichenstellungen hinzu. Wir führen das Fach Informatik als Pflichtfach an den Schulen in Schleswig-Holstein ein.

(Martin Habersaat [SPD]: An einigen!)

Eine digitale Welt besteht eben nicht nur aus Hardware wie digitalen Endgeräten und Glasfasernetzen,

(Tobias Koch)

sondern wir brauchen auch die klugen Köpfe, die die entsprechenden Anwendungen programmieren.

(Beifall CDU)

Wir hätten uns als CDU gewünscht, dass damit im nächsten Jahr flächendeckend im ganzen Land begonnen wird. Aber wir freuen uns darüber, dass wir in einem ersten Schritt - zumindest an einem Drittel der Schulen - mit zusätzlich zwei Stunden Informatikunterricht in der Woche loslegen können.

(Beifall CDU)

Die dafür notwendigen 25 neuen Lehrerstellen sind aber nicht die einzigen im nächsten Haushalt, sondern es kommen weitere 80 Stellen für Lehrkräfte hinzu, um Lerndefizite infolge der Coronapandemie zu beseitigen und die Unterrichtsversorgung zu sichern.

Eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung schien in den langen Jahren sozialdemokratischer Bildungsministerinnen unerreichbar.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Oh, oh! Breitband! Unmöglich!)

Wir haben das in dieser Wahlperiode geschafft. Wir sorgen dafür, dass das auch in Zukunft so bleibt.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Unmöglich!)

Wir erhalten die berufliche Bildung in der Fläche und verzichten deshalb im Rahmen des Moratoriums auf den Abbau von Stellen, die aufgrund rückläufiger Schülerzahlen möglich gewesen wären. Auch das sind wichtige Weichenstellungen für eine bessere Bildungspolitik.

(Beifall CDU und FDP)

Jamaika sorgt aber nicht nur für mehr Personal in der Bildung, sondern auch bei Polizei und Justiz. Das haben wir während der ganzen Wahlperiode getan, und das setzen wir auch mit dem Haushalt 2022 fort. Bei der Polizei kommen im nächsten Jahr weitere 100 Stellen hinzu, um den geplanten Stellenaufwuchs zu realisieren. Zusätzlich schaffen wir 25 Stellen, die den Grundstock für den Aufbau der zweiten Einsatzhundertschaft legen. Auch das regeln wir mit dem Haushalt 2022.

(Zuruf CDU: Sehr gut! - Beifall CDU)

Genauso haben wir auch in der Justiz neue Stellen an den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug geschaffen. Im nächsten Jahr sind es im Rahmen des „Pakts für den Rechtsstaat“ noch

einmal 25 Stellen für die Serviceeinheiten an den Gerichten.

Meine Damen und Herren, zu den Fraktionsanträgen kommen wir gleich noch im Rahmen der Einzelplanberatung. Ich will gleichwohl zwei Punkte an dieser Stelle schon besonders hervorheben, weil sie ebenfalls Weichenstellungen weit über das Haushaltsjahr 2022 hinaus darstellen.

Ab dem kommenden Jahr steigt das Land in die Finanzierung der Praxisintegrierten Ausbildung für Kitaerzieherinnen und -erzieher ein. Dass die PiA-Ausbildung der entscheidende Schlüssel gegen den Fachkräftemangel an den Kitas ist, hat SPD-Sozialministerin Alheit bereits 2014 erkannt. Aber erst Jamaika hat diese Ausbildungsmöglichkeit landesweit ausgerollt, und ab dem nächsten Jahr beteiligen wir uns an den Ausbildungskosten mit 25 % im ersten Lehrjahr.

(Beifall CDU und FDP)

Außerdem finanzieren wir den Kitabetreibern pro PiA-Kraft und Woche eine Anleitungsstunde, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kitas diese Ausbildung nicht noch zusätzlich zu ihren täglichen Aufgaben leisten müssen.

Meine Damen Herren, genauso wie wir uns um die Kleinsten in unserer Gesellschaft kümmern, haben wir auch die ältere Generation im Blick. Mit dem Haushalt 2022 starten wir die Einrichtung eines Pflegestudiengangs in Schleswig-Holstein. Seit Jahren wurde darüber diskutiert, wir machen das jetzt. Mit 500.000 € im nächsten Jahr sorgen wir dafür, dass die Akkreditierung dieses neuen Studiengangs und die Standortwahl eingeleitet werden können.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn das alles aus Ihrer Sicht keine Impulse und keine Antworten auf die wichtigen Zukunftsfragen sind, dann kann ich Ihnen auch nicht mehr helfen. Heute kommen noch einmal 25 Millionen € für Kitabaumittel dazu, und außerdem sichern wir die Existenz unserer Krankenhäuser mit einem Liquiditätsrettungsschirm in Höhe von 150 Millionen €

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. Für die CDU-Fraktion kann ich sagen: Wir sind stolz darauf, was wir in fünf Jahren Jamaika erreicht haben, und erst recht sind wir stolz darauf, dass wir das selbst unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie mit dem nächsten Haushalt hinbekommen.

(Tobias Koch)

Mein Dank gilt der ganzen Landesregierung, unseren Koalitionspartnern von Grünen und FDP sowie erneut dem SSW für seine Zustimmung zum Haushalt. Dem Beispiel des SSW sollten alle folgen. Ich bitte um Zustimmung zum Haushaltsentwurf. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Fraktionsvorsitzende, die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir tagen heute zum letzten Haushalt von Jamaika. Eines muss ich Ihnen sagen: Es ist ein ehrlicher Haushalt. In diesem Dokument können wir nachlesen, was nach fünf Jahren von Jamaika übrig ist. Ich verrate schon einmal vorweg: Besonders viel ist es nicht.

(Beifall SPD)

Die Landesregierung hat keine eigene Linie. Sie wissen nicht, wo Sie mit dem Land hinwollen. Dort, wo die Grünen anschieben und die FDP zieht, bremst die CDU. Ich muss sagen, wenn ich nach den Ampel-Koalitionsverhandlungen aus Berlin nach Schleswig-Holstein zurückgekommen bin, war es regelmäßig ein Kulturschock. In Berlin: Aufbruch, Fortschritt. In Schleswig-Holstein: Stillstand und Trippelschritte.

(Beifall SPD - Lachen und Zurufe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Unruhe - Glocke Präsidentin)

- Wenigstens kann ich mehr für die Stimmung in diesem Haus beitragen als Tobias Koch.

(Beifall SPD)

Die Zaghaftheit Ihrer Politik belegt nun dieser Haushalt. Mehr als kleinteilige Wahlgeschenke sind nicht drin. Mit Zuwendungen für die Lieblingsprojekte einzelner Teile Ihrer Koalition kaufen Sie sich ein Stück weit Stabilität in Ihrem Bündnis. Zwei Beispiele gefällig? 50.000 € für Angelscheine für Kids, 7.500 € für einen Schießstand.

(Beifall Annabell Krämer [FDP] und Denny Bornhöft [FDP])

Aus der Regierungslogik heraus kann ich das verstehen. Als Bürgerin dieses Landes habe ich ein Problem damit.

(Beifall SPD)

Jamaika tut nur das - das hat Herr Koch gerade wieder bewiesen -, was nötig ist, und nicht das, was möglich ist. Dabei wollten Sie doch die Koalition der Möglichmacher sein. Insofern liefern Sie der Öffentlichkeit heute den Beweis: Diese Koalition ist am Ende. Jamaika hat fertig.

(Beifall SPD)

Im vergangenen Jahr hatten wir einen Haushalt, der zumindest ein wenig in Richtung Zukunft gerichtet war. Investitionen in die Bereiche Wohnen, Schule, Krankenhäuser und Innenstädte, das war richtig, und sie wirkten. Die Wahrheit ist nur, das war alles die Handschrift der SPD, weil Sie unsere Zustimmung zum Nachtragshaushalt brauchten. Dieser Haushalt allerdings zeigt: Allein bekommen Sie das nicht hin.

(Beifall SPD)

Seit Jahren tragen wir Ihnen hier die Probleme des Landes vor. Nur, handeln tun Sie nicht. Einige Beispiele: Sie verfehlen Ihre eigenen Klimaziele. Das dokumentieren Sie auch brav in Ihren Klimaschutzberichten. Im Haushalt finden sich trotzdem mehr Mittel für Straßenbau als für Klimaschutz. Wann wollen Sie denn endlich damit anfangen, die existenzielle Krise in unserem Land zwischen den Meeren ernsthaft zu bekämpfen?

(Beifall SPD)

Es fehlt Ihnen der Respekt vor Arbeit. Sie haben das Tarifreuegesetz abgeschafft. Das ist einer der wenigen praktischen Beiträge, die das Land zur Unterstützung guter Arbeitsbedingungen hätte leisten können. Aus Berlin kommt jetzt zum Glück der 12-€ Mindestlohn. Das ist der Beitrag, um Schleswig-Holstein endlich aus dem Lohnkeller zu heben, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und SSW)

Die Digitalisierung kommt nicht voran. Das bescheinigt Ihnen sogar der Philologenverband. Nur in NRW sind die Lehrkräfte schlechter mit Endgeräten ausgestattet. Von der allgemeinen Ausstattung der Schulen und der Schülerinnen und Schüler will ich erst gar nicht anfangen. Unsere Bildungseinrichtungen sind teilweise marode. Sehen Sie sich doch unsere Schulen etwas genauer an!

(Zuruf CDU: Ja, gucken Sie sich die Schulen einmal an!)

Die Schule der Zukunft muss anders aussehen. Dank der SPD gibt es einen Schulbaufonds.

(Serpil Midyatli)

(Beifall SPD)

Das haben wir beim Nachtragshaushalt damals beantragt. - Marret, du hast gerade so ungläubig geguckt. Aber es geht ja weiter. Es reicht nicht, dass diese Landesregierung Geld zur Verfügung hat, nein. Sie formulieren die Förderbedingungen gleichzeitig so, dass das Geld garantiert nicht dort ankommt, wo es am nötigsten gebraucht wird. Das ist das Problem dieser Landesregierung.

Die Mieten im Land steigen vielerorts stark an. Statt etwas dagegen zu tun, haben Sie die Mietpreisbremse abgeschafft.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Dann kommen wir mal zum Thema Kita, mein Lieblingsthema. Dass es sich um eine halbgare Kitareform handelt, zeigen gerade die nachgeschobenen Millionen in diesem Bereich. Ich habe Ihnen von Anfang an gesagt, dass die Mittel viel zu wenig sind, und bei der letzten Kitadebatte, lieber Heiner Garg, habe ich hier prophezeit, Sie werden Stück für Stück Millionen nachschieben, und genau das haben Sie jetzt mit Ihren Haushaltsanträgen getan. Ihre halbgare Kitareform hat keines der vorhandenen Probleme wirklich gelöst. Es fehlen weiterhin Plätze in diesem Land. Der Fachkräftemangel spitzt sich zu. Dadurch verschlechtert sich die Betreuungsqualität. Wir sind immer noch das einzige Bundesland im Norden, das Kitabeiträge erhebt. Fakt ist: Die beitragsfreie Kita wird es nur mit der SPD geben.

(Beifall SPD)

Jamaika hatte nie eine echte Chance, ein Erfolg zu werden. Mit diesem Haushalt verfestigt sich bei mir dieser Eindruck. Seit dem ersten Tag schleppt diese Regierung die unhaltbaren Versprechen ihres Ministerpräsidenten mit sich herum. Ich zeichne mal ein Bild: Es sind drei gleichzeitig am Marschieren, und der, der in der Mitte steht, stellt den beiden rechts und links immer das Bein.

(CDU: Oh!)

So kommt man nicht voran. Die Entscheidungen werden so lange vertagt, werden zerredet. Es ist keine Substanz mehr übrig. Deshalb gehört die CDU in die Opposition.

(Beifall SPD)

Gleichzeitig gehen das Selbstbildnis und die Wirklichkeit immer weiter auseinander. Das ist beispielsweise deutlich zu sehen beim Energiewende- und Klimaschutzgesetz. Sie sind in unserem Energiewendeland Schleswig-Holstein angetreten, um

den Klimaschutz auf neue Beine zu stellen. Nach vier Jahren wollten Sie endlich loslegen mit dem Klimaschutzgesetz. Fehlanzeige! Unsere Kritik im letzten Monat, dass die Maßnahmen viel zu klein sind, um die Klimaschutzziele zu erreichen, bestätigt nun Ihr Haushaltsentwurf. Selbst diese unzureichenden kleinen Maßnahmen sind jetzt nicht finanziell hinterlegt. Wollen Sie überhaupt das Klima schützen, oder wollen Sie es nicht, verehrte Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall SPD)

Diese Landesregierung wollte Politik auf neuen Pfaden bestreiten. Im Endeffekt sind Sie aber nicht in der Lage, die Herausforderung der Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft als die große Aufgabe zu adressieren, die sie nun einmal ist. Das Tragische dabei ist, dass Sie auch die Chancen liegen lassen, die in dieser Transformation liegen. Sie handeln nicht mit Weitblick, Herr Günther. Ihre Politik ist eine Politik von der Hand in den Mund.

(Beifall SPD)

Der Weg zur klimaneutralen Gesellschaft ist alternativlos. Wir wollen mit aller Kraft nach einer Vorreiterrolle streben. Neue Arbeitsplätze, entsprechendes Know-how, eine intakte Umwelt und höhere Lebensqualität: Das ist doch eine Perspektive, die die Menschen im Land brauchen!

In den Zielen sind wir uns in Gesellschaft und Politik schon sehr lange einig. Dazu sind die Menschen auch in diesem Land bereit. Diese Landesregierung hat aber keinen Plan. Sie geben keine Richtung vor.

(Beifall SPD)

Kommen Sie mir nicht damit, es gebe nicht genug Geld im System und im Haushalt. Das stimmt nämlich einfach nicht. Die Mittel für den Schulbaufonds wurden bisher immer noch nicht abgerufen, weil die Förderbedingungen verpennt worden sind.

(Ministerin Karin Prien: Ach Gott!)

Zwei, drei Wochen ist es erst her. Wir wissen immer noch nicht, welche Schule an welchem Standort modernisiert oder umgebaut wird.

(Beate Raudies [SPD]: Ein Jahr! Ein Jahr bis zur Förderrichtlinie!)

- Ein Jahr haben Sie dafür gebraucht. Im Digital-Pakt Schule warten über 100 Millionen € darauf, von Schleswig-Holstein endlich abgerufen zu werden. Auch dort tut sich nichts. Sie sind nicht in einer Haushaltskrise, Sie sind in einer Schaffenskrise!

(Beifall SPD und SSW)

(Serpil Midyatli)

Jetzt habe ich so häufig das Wort „Krise“ verwendet, aber ehrlicherweise steckt die Landesregierung eher in einer internen Krise. Bei den verschiedensten Gelegenheiten bekommen wir mit, dass schon lange nichts mehr rundläuft bei Ihnen, sowohl in Ihrer Regierung als auch in Ihrer Koalition insgesamt. Diese Koalition schleppt von Beginn an die versäumten Wahlversprechen der CDU mit sich herum. Sie ist wie ein Klotz am Bein. Es gibt genügend Beispiele dafür.

Die Fertigstellung der A 20: Im Landtagswahlkampf haben Sie versprochen, 2022 ist die Autobahn da.

(Zurufe CDU)

Im neuen Programmentwurf der CDU findet sich noch nicht einmal ein Datum dazu, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf Annabell Krämer [FDP])

Die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge: 2017 hier versprochen. Das Ergebnis: Es gibt immer noch Streit in den Gemeinden, die Beiträge sind immer noch da.

(Beifall SPD)

Mehr Abstände bei gleichzeitigem Ausbau der Windkraft: Daniel Günther, wie oft haben wir Ihnen gesagt, das wird nicht gehen. Sie haben es den Menschen trotzdem versprochen. Das Resultat: Der Windausbau hat in diesem Land gestockt. Wir sind nur wenige Trippelschritte weitergekommen. Ihre Regionalpläne waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

(Beifall SPD und SSW - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Problem von Jamaika sind nicht die einzelnen Interessen der Koalitionspartner, nein, es ist die mangelnde Seriosität der CDU. Die Luft ist einfach raus.

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Jamaika war ein Versuch - so haben Sie Ihre Koalition damals beschrieben -, und dieser Versuch ist gescheitert. Diese Koalition hat fertig, das Modell hat keine Zukunft. In fünf Jahren konnten Sie keines der großen Projekte abschließen, und jetzt zum Ende hin kommt auch nichts Neues mehr von Ihnen.

Wir müssen aber die Fragen mit Blick nach vorn angehen. In den Herausforderungen der kommenden Jahre stecken so viele Chancen und so viel Potenzial für unser Land. Ich habe keine Lust mehr

auf den Pessimismus dieser Landesregierung, denn Schleswig-Holstein kann mehr, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD - Lachen Tobias Koch [CDU])

Stattdessen sollten wir optimistisch auf die vorhandenen Mehrheiten jenseits der CDU blicken. Dieses Land braucht mehr als Jamaika, dieses Land verdient mehr als Jamaika!

Der nächste Landeshaushalt wird daher anders aussehen, wenn die SPD regiert. Es geht darum, uns den anstehenden Aufgaben entschlossen zu stellen und einen ambitionierten Haushaltsplan vorzulegen.

Vier Aufgaben dazu will ich ganz konkret benennen: Wir müssen für mehr bezahlbares Wohnen überall im Land sorgen. Dabei kann das Land viel mehr tun.

(Beifall SPD und SSW)

All unsere Anträge dazu haben Sie abgelehnt.

(Lars Harms [SSW]: Unseren auch! - Heiterkeit)

- Euren auch? Du kannst immer noch dagegenstimmen!

(Lars Harms [SSW]: Das hat mit dem Haushalt nichts zu tun!)

Die Ladeinfrastruktur für E-Autos muss flächendeckend ausgebaut werden. Auch hier steht das Geld in Berlin bereit. Nur einer muss es mal in die Hand nehmen, denn das Geld muss auch verbaut werden. Das ist unser Vorschlag: Wir wollen, dass das Land hier in eigene Verantwortung geht.

(Beifall SPD)

Es fühlt sich ein bisschen wie ein Déjà-vu an, es ist wie beim Kitaanspruch: Der Rechtsanspruch auf den offenen Ganztags wird kommen. Jetzt müssen die Weichen und die Vorbereitungen dafür gestellt werden, damit es in den Kommunen dann vernünftig läuft.

Auch die Digitalisierung muss neu organisiert werden. Unser Plan ist es, den Schulträgern anzubieten, dass wir als Land überall für gleiche Lernbedingungen sorgen. Wir wollen, dass Schleswig-Holstein sozial, digital und klimaneutral wird. Mit Ihrem Haushaltsentwurf kommen wir da keinen Schritt weiter. Daher lehnen wir Ihren Haushalt ab.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was lehrt mich die Rede von Frau Midyatli? - Ich habe verstanden, dass dieser Haushalt ein Kompromiss von drei Parteien ist, die gemeinsam seit fünf Jahren dieses Land regieren, der Jamaika-Koalition. Ich verstehe nicht, was daran zu kritisieren ist. Das ist Demokratie: In einer Demokratie bildet man Koalitionen. Das hat die Ampel im Bund gemacht, wo Kompromisse eingegangen wurden und gemeinsam etwas Neues gestaltet wird, und das hat Jamaika hier im Land vor vierdreiviertel Jahren auch gemacht.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Jamaika hat einen Koalitionsvertrag festgelegt und darauf auch diesen Haushalt aufgebaut. Ich bin darüber sehr froh: Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Auch in Jamaika ist dieses Land grüner geworden. Dafür und für fast fünf Jahre Jamaika möchte ich mich bei der Regierung und meinen Koalitionspartnerinnen und -partnern bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Lachen SPD - Wortmeldung Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie - -

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Allen Unkenrufen zum Trotz haben wir dieses Land in sehr schwierigen Jahren gestaltet,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Hans-Jörn Arp [CDU]: Genau!)

haben das Land durch die Coronakrise gesteuert, und das im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht schlecht.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Habersaat?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wir haben uns an wirklich große Zukunftsaufgaben gemacht: den Ausbau der Erneuerbaren - es tut mir leid, liebe SPD, auch wenn Sie immer wieder sagen, es wäre hier alles ausgebremst worden: Wir sind das Windland Nummer eins mit dem stärksten Ausbau in der Bundesrepublik!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete! Ich habe jetzt diverse Male - -

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sind einfach Fakten!

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete!

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Bei der Reform des Kitagesetzes haben wir erstmalig Mindeststandards festgelegt. Wir haben einen Elternbeitragsdeckel eingeführt und eine festgelegte, einheitliche Finanzierung durch das Land.

Liebe Frau Midyatli, Sie kritisieren jetzt, dass wir Jahr für Jahr etwas auf das drauflegen, was wir ursprünglich festgelegt hatten. Wir waren ursprünglich bei 180 Millionen € mittlerweile sind wir bei einer viel höheren Summe, und das ist doch super. Das zeigt doch, dass wir hier den Schwerpunkt setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wie man das einerseits kritisieren kann und andererseits sagen kann: „Kitas sind wichtig!“, verstehe ich nicht.

Die Digitalisierung betreiben wir nicht nur mit einem führenden Breitbandausbau, sondern auch mit der Digitalisierung in Bildung und Verwaltung und durch das Onlinezugangsgesetz. Dieses Onlinezugangsgesetz wird von allen als besonders ambitioniert und weiterführend angesehen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das Onlinezugangsgesetz ist aber ein Bundesgesetz!)

Wir haben dem Erhalt der Artenvielfalt mit einer Biodiversitätsstrategie einen wirklichen Stellenwert gegeben. Natürlich haben wir in Klimaschutz investiert und einen eindeutigen Schwerpunkt bei der

(Eka von Kalben)

Verbesserung der Bildung gelegt. Auch die Kommunen sind in Jamaika besser behandelt worden und haben mehr Unterstützung bekommen.

Ich freue mich, dass wir diesen Haushalt heute gemeinsam verabschieden. Es ist ein Haushalt, der uns trotz der Notkredite viel abverlangt hat. Wir haben eine Haushalts- und Finanzlage, die sich im Vergleich zum Anfang der Legislaturperiode massiv verändert hat, und einen Haushalt, der auf langen und harten Verhandlungen - ja, so ist das in der Demokratie -, auf schwierigen Abwägungen zwischen verschiedenen Bedarfen und auf viel Rechnen basiert. Mein herzlicher Dank gilt - wie auch alle meine Vorredner gesagt haben - dem Finanzministerium, allen Menschen, die dahinterstecken und die Arbeit machen, und unserer Finanzministerin Monika Heinold.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, in Haushaltsdebatten fallen viele Zahlen zu Krediten, Steuereinnahmen und natürlich zu Ausgaben. Ich möchte daran erinnern, dass es hier immer um Menschen geht: um Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, um Menschen, die mobil sein wollen, um Menschen, die Steuern zahlen, und um Menschen, die für ihre Kinder eine gute Zukunft wollen - um Menschen also, die große Erwartungen an uns haben.

Wo man heute auch hinsieht, ist nirgends genug Geld da. Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft des Landes heißt deshalb zu schauen, wo das Geld am meisten bewirkt und wo es am dringendsten gebraucht wird. Wir müssen mit dem auskommen, was uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zur Verfügung stellen. Für Lösungen wie höhere Steuern für Vermögende, die Besteuerung reicher Erben oder eine Reform der Schuldenbremse gibt es schlichtweg keine Mehrheit - weder im Land noch im Bund.

(Beifall FDP)

Leider. - Deshalb ist dieser Haushalt, was er ist: ein weiterer Krisenhaushalt, mit dem wir versuchen, mit unseren eingeschränkten Möglichkeiten das Beste für die Zukunft des Landes herauszuholen und Schwerpunkte zu setzen.

Ich möchte zwei Dinge herausgreifen, die mir besonders am Herzen liegen. Erstens - es wird Sie nicht wundern - den Klimaschutz. Im Laufe der Jahre 2017 bis 2022 flossen beziehungsweise fließen fast 3 Milliarden € Bundes-, Landes- und EU-Gelder in Klimaschutz, Energiewende und die An-

passung an den Klimawandel. Ich glaube, so viel hätte sich Herr Buchholz gerne für den Straßenbau gewünscht. Insofern kann ich nicht nachvollziehen, woher Ihre Zahl kommt, wenn Sie behaupten, dass mehr für Straßenbau als für Klimaschutz getan werde. Ich glaube, da müssen wir die Zahlen einmal nebeneinanderlegen.

Wir haben in kommunalen Klimaschutz, energetische Gebäudesanierung, in Elektromobilität, in Wasserstoffprojekte, in Radwege und ÖPNV, in Moorschutz, in Bildung für nachhaltige Entwicklung und in Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger investiert. Dafür haben wir in der Koalition erfolgreich gekämpft - und die SPD will es wieder streichen, weil sie nicht verstehen kann, dass wir die ganze Bevölkerung mitnehmen müssen. Klimaschutz ist ein Schwerpunkt dieser Regierung, und das ist gut so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Damit eng verbunden sind für uns natürlich auch Naturschutz und Artenvielfalt, denn - das will ich hier noch einmal betonen, weil es immer noch nicht bei allen angekommen ist - auch das Artensterben bedroht unser Überleben. Das ist ein Fakt. Mit dem Haushalt 2022 startet unsere Biodiversitätsstrategie. Ich bin sehr dankbar, dass Herr Koch das in seiner Rede extra erwähnt hat - daran sieht man doch, was so alles wirkt. Die Landesregierung hat das mit der Nachschiebeliste nochmals aufgestockt und dafür 4 Millionen € eingeplant. Mit den Fraktionsanträgen haben wir in diesem Bereich noch gezielt draufgelegt - darauf wird mein Kollege Joschka Knuth noch eingehen.

Zweitens haben wir unheimlich viel Geld für Bildung ausgegeben. Bildung fängt bei den Kleinsten an: Mit dem Haushalt 2022 planen wir für Kindertagesstätten insgesamt 610 Millionen € ein. Zum Vergleich: Im Jahr 2017 waren es 253 Millionen €

An unseren Schulen haben wir in dieser Legislatur bereits 721 Stellen für Lehrkräfte geschaffen; mit der Nachschiebeliste noch einmal 105 neue Stellen, davon 38 für das bundesfinanzierte Programm „Aufholen nach Corona“. Außerdem haben wir 184 Millionen € für den Schulbau und 72 Millionen € für digitale Endgeräte bereitgestellt. Ja, der Schulbaufonds war ein Projekt aus SPD-Zeiten, aber wir haben ihn fortgeführt und aufgestockt. Er ist ein gutes Programm. An den Berufsschulen wird trotz rückläufiger Schüler- und Schülerinnenzahl die Anzahl der Lehrkräfte nicht reduziert und hierzu das

(Eka von Kalben)

Budget mit der Nachschiebeliste um 1,25 Millionen €aufgestockt.

(Beifall Peer Knöfler [CDU] - Peer Knöfler [CDU]: Bravo!)

Wir haben auch ganz gezielt in Bildungsgerechtigkeit investiert. Dazu haben wir Förderungen von PerspektivSchulen auf den Weg gebracht, für die auch 2022 wieder rund 10 Millionen €bereitgestellt werden. Das muss noch weiter aufgestockt werden, und deshalb sage ich Ihnen: Ich werde mich dafür einsetzen, dass das ein Schwerpunkt unserer grünen Politik in der nächsten Legislaturperiode sein wird.

Hinter diesen Zahlen stecken Menschen: Kinder und Jugendliche, die Unterstützung brauchen, denen gerade in der Coronazeit so viel zugemutet wurde und wird. Auch wenn wir alle froh sein können, dass die neusten Untersuchungen zeigen, dass die Lernrückstände im Rahmen geblieben sind, sind doch die emotionalen Folgen der Krise, die noch gar nicht absehbar sind, dramatisch. Das besorgt mich, ehrlich gesagt, sehr viel mehr als die Fähigkeiten in der Integralrechnung.

Hinter all den Zahlen stecken Menschen. Ein Beispiel dafür ist auch der eklatante Fachkräftemangel in der Kindererziehung. Es wurde schon gesagt, dass wir das Programm PiA, die Praxisintegrierte Ausbildung, aufgestockt haben - das ist wichtig. Gleichzeitig werden wir den Kitas, die im PiA-Modell ausbilden, eine zusätzliche Anleiterstunde geben - das heißt, dass die Kitas wirklich den notwendigen Freiraum bekommen, um diese jungen oder auch älteren Menschen auszubilden. Wir hoffen, den Fachkräftemangel auf diese Weise in den kommenden Jahren allmählich und schrittweise zu verringern.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Auch bei den Gesundheitsfachberufen und in der Altenpflege haben wir Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den Fachkräftemangel perspektivisch zu vermindern. Darauf wird meine Kollegin Marret Bohn noch eingehen.

Wohin wie viel Geld fließen soll, meine Damen und Herren, unterliegt oftmals einer sehr subjektiven Einschätzung. Am leichtesten wäre es für jede Koalition natürlich, so viel Geld zur Verfügung zu haben, dass alle Wünsche erfüllt werden können.

(Jörg Nobis [AfD]: Oder den Bürgern einfach das Geld wegnehmen!)

Das ist aber nicht der Fall; schon vor Corona nicht und ganz besonders auch jetzt wegen der pandemie-

bedingten Mehrausgaben nicht. Selbst wenn meine Fraktion ganz allein hätte entscheiden können, wer im Land Geld bekommt und wie viel, hätten die Haushaltsmittel bei Weitem nicht gereicht. In einer Koalition muss man, insbesondere wenn sie aus drei Parteien besteht - das sagte ich schon -, Kompromisse eingehen. Aber das ist das Wesen der Demokratie, und ich glaube, es ist uns in Jamaika gelungen - vielleicht auch gerade weil wir aus verschiedenen Richtungen kommen -, einen Haushalt vorzulegen, der widerspiegelt, wofür eine breite Mehrheit in dieser Gesellschaft ihre Stimme abgegeben hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich danke allen Beteiligten für die fairen und konstruktiven Verhandlungen. Ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. - Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt, das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist bisher sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich und gesellschaftlich so gut durch diese schwere Krise gekommen wie kaum eine andere Region. Das soll auch so bleiben.

(Beifall FDP)

Durch die Pandemie sieht natürlich auch der Landeshaushalt 2022 anders aus, als das ohne diese Krise der Fall gewesen wäre. Es ist immer noch ein Krisenhaushalt, aber die letzte Steuerschätzung aus dem November stimmt uns für die kommenden Jahre sehr optimistisch. Wir werden als Gesellschaft lernen müssen, mit dem Virus zu leben - ich glaube, das ist mittlerweile unstrittig. Viele Unternehmen in Schleswig-Holstein haben sich, wo es denn möglich ist, längst an die Situation angepasst. Das sehen wir bei den Steuereinnahmen immer mehr.

Wir bringen unser Land bestmöglich durch diese Krise; es soll aber auch gestärkt aus ihr hervorgehen. Wir investieren deshalb weiter konsequent in die Infrastruktur, in die Digitalisierung und damit in die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Die Investitionsquote steigt noch einmal leicht, auf 10,9 %. Zur Erinnerung, Frau Midyatli: In der letz-

(Christopher Vogt)

ten Wahlperiode waren es eher 6 %; das ist also fast eine Verdopplung der Investitionsquote. Ich glaube, das ist ein richtig gutes Signal für die Bevölkerung in Schleswig-Holstein. Es geht voran, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir investieren nicht nur trotz der Krise, sondern gerade auch wegen der Krise.

Die Kitas bilden mit über 1 Milliarde € in dieser Wahlperiode zusätzlich einen ganz wichtigen Ausgabenbeschwerpunkt und damit einen ganz großen Schwerpunkt unserer Politik. Sie werden weiter gestärkt: beim Bau, mit weiteren 25 Millionen €- wir dürfen nicht vergessen, dass das auch die Verantwortung anderer ist -, aber auch bei der Fachkräftegewinnung.

Ich finde es relativ absurd, dass die SPD sich hinstellt und behauptet, diese Reform, mit der wir nach Jahrzehnten erst einmal eine richtige Struktur in die frühkindliche Bildung hineinbringen, wäre halbgar. Das ist ehrlich gesagt ziemlich frech angesichts der Realität, dass es endlich einmal eine umfassende Reform gibt. Natürlich gibt es da auch vieles nachzusteuern, aber wenn wir immer wieder zusätzlich Geld in das System hineingeben, ist das kein Grund zur Kritik, sondern man sollte uns unterstützen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sage ich gerade angesichts des Dschungels bei den Strukturen, den Sie uns hinterlassen haben, und der bundesweit höchsten Elterngebühren, die uns die SPD hinterlassen hat.

Die Schulen werden ebenfalls beim Bau vom Land unterstützt. Frau Midyatli, da Sie haben recht: Das ist auch eine Initiative der SPD gewesen - das unterstützen wir auch. Auch das ist letztlich eine kommunale Aufgabe, aber vor allem bei der digitalen Ausstattung müssen wir mehr tun, übrigens auch seitens des Bundes. Ich hoffe, es kommt mit der neuen Bundesregierung, dass die Vorgaben des Bundes beim DigitalPakt einfacher werden.

Wir schaffen deutlich mehr Lehrerstellen. Daran gibt es auch Kritik, aber mehr Lehrkräfte sind notwendig, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern und die pandemiebedingten Lerndefizite aufzuholen. Diese sind laut den Vergleichsarbeiten zum Glück nicht so stark ausgefallen wie befürchtet, aber Frau von Kalben hat recht: Die Kinder und Jugendlichen haben eine enorme Last zu tragen gehabt und haben sie in den nächsten Jahren auch

weiterhin zu tragen. Deswegen müssen wir alles tun, damit wir Kinder und Jugendliche in Schleswig-Holstein bestmöglich unterstützen. Wir werden alle Spielräume nutzen, um das zu tun.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Wir starten das Pilotprojekt zum Informatikunterricht, das aus unserer Sicht überfällig ist. Wir unterstützen das sehr.

Auch die berufliche Bildung wird weiter gestärkt; trotz sinkender Schülerzahlen erhalten wir die Lehrerstellen in diesem Bereich.

(Beifall Peer Knöfler [CDU])

- Herr Knöfler, auch Ihre Zustimmung ist mir wichtig.

Wir investieren mehr in die Gesundheit in Schleswig-Holstein, in den öffentlichen Gesundheitsdienst. Den stärken wir. Er wurde viele Jahre vernachlässigt. Das haben wir in der Pandemie schmerzhaft zu spüren bekommen.

Wir investieren mehr in die Krankenhäuser. Es wird übrigens in den nächsten Jahren eine der ganz großen Herausforderungen werden - neben den Hochschulen -, dass wir die Krankenhäuser sanieren müssen, die oft noch aus einer Zeit kommen, als wir den letzten Investitionsrücklauf hatten. Das merken wir jetzt an diesen Gebäuden. Da ist das Land in der Pflicht; der werden wir nachkommen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das haben wir beim UKSH schon bewiesen. Dass wir jetzt einen Rettungsschirm für Krankenhäuser spannen, die in eine Notlage kommen könnten, ist leider notwendig, aber auch richtig. Wir wollen nicht Gefahr laufen, dass in dieser Pandemie ein Krankenhaus in die Zahlungsunfähigkeit laufe. Das wäre ein Desaster. Deswegen steuern wir gegen.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Tobias Koch [CDU])

Wir wissen mittlerweile: Das Impfen wird uns noch eine Zeit lang eine Menge Geld kosten. Es ist natürlich trotzdem von elementarer Bedeutung, wie beispielsweise auch das Testen in Schulen und Kitas.

Wir stärken unsere Polizei und unsere Justiz und damit unseren Rechtsstaat mit mehr Stellen, damit die Polizei in der Fläche bleiben kann, damit die zweite Einsatzhundertschaft aufgebaut werden kann, damit die Cyberkriminalität bekämpft werden kann, die mittlerweile nicht nur eine Bedrohung für

(Christopher Vogt)

Unternehmen und Institutionen, sondern für jeden einzelnen Bürger ist. Auch die Ausstattung wird verbessert, zum Beispiel mit neuen Polizeibooten.

Wir sanieren, modernisieren und erweitern konsequent die Infrastruktur des Landes. Diese hat es bitter nötig: die Landesstraßen, die Radwege, bei denen wir uns jetzt verstärkt auch um den Winterdienst kümmern, und vor allem der Breitbandausbau. Wir wollen 2025 mit dem Glasfaserausbau in Schleswig-Holstein nahezu flächendeckend fertig sein. Wir bleiben die Nummer 1 unter den Flächenländern. Auch das ist ganz wichtig für die Entwicklung unseres Landes.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hochschulen werden zusätzlich ein weiterer großer Schwerpunkt sein, vor allem bei der Sanierung der Gebäude.

Wir verbessern auch den Umweltschutz, zum Beispiel mit der Biodiversitätsstrategie. Frau Midyatli, Sie hatten zwar auch ein Klimaschutzgesetz, das wir novelliert haben, aber Sie haben dort am Ende der vergangenen Wahlperiode nur Ziele hineingeschrieben, keine konkreten Maßnahmen. Das haben wir getan, und das ist auch richtig so - bei allen Kompromissen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wir stärken die Kultur, den Sport und den Katastrophenschutz. Die Katastrophe im Ahrtal hat uns allen vor Augen geführt, dass wir nach Jahrzehnten, in denen wir in diesem Bereich in Schleswig-Holstein keine großen Krisen hatten, die Strukturen modernisieren müssen. Ich spreche ganz ehrlich noch einmal einen Dank aus - das sollten wir nicht vergessen: Über 1.400 Einsatzkräfte aus Schleswig-Holstein - fast alles Ehrenamtler - haben dort geholfen und uns berichtet, was passieren kann. Dass wir uns darauf vorbereiten, ist der richtige Weg beim Katastrophenschutz.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beate Raudies [SPD])

Wir setzen klare Schwerpunkte. Wir kümmern uns um die staatlichen Kernaufgaben. Wir bekennen uns zu soliden Finanzen und zur Einhaltung der Schuldenbremse. Wenn man in guten Zeiten nicht solide wirtschaftet, kann man in der Krise nicht reagieren.

Ich setze auch auf die neue Bundesregierung mit den Planungsbeschleunigungen, Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, dem Kooperationsgebot, Investitionen in Bahn, Klimaschutz und Digitalisierung. Da kommt viel Gutes für Schleswig-Holstein.

Wir dürfen nicht vergessen: Es geht eben nicht alles. Wir stellen fest, dass das Land auch enorme Altlasten hat, wenn wir die Zinsen für die Altschulden und vor allem die weiteren Belastungen durch die HSH Nordbank sehen, die uns noch immer beschäftigen und die noch Generationen abzuzahlen haben werden. Ich sage aber auch - wir sehen uns als Weltmeister bei Steuern und Abgaben, Frau von Kalben -: Höhere Steuern sind nicht die Lösung, sondern gesundes wirtschaftliches Wachstum. Das sehen wir bei der Steuerschätzung.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW] - Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

Das sehen wir vor allem bei den Kommunen. Wir müssen an der Wirtschaftsstruktur arbeiten. Wir sind mittlerweile Top 3 bei den Unternehmensgründungen nach den Gründerzentren Berlin und Hamburg. Dass wir dahin kommen, hätte uns vor einigen Jahren einmal jemand erzählen sollen.

Es geht also voran. Wir haben natürlich weitere Risiken durch die vierte Welle und die Virusvariante. Wir werden nach der Krise mehr Haushaltsdisziplin brauchen, wenn wir uns etwas leisten wollen. Wir wollen aber einige Schwerpunkte bei der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger setzen, zum Beispiel den Weg zur Kitabeitragsfreiheit weitergehen, Entlastung bei der Grunderwerbsteuer, eine möglichst einfache Grundsteuer. Auch die Straßenausbaubeiträge wollen wir in der nächsten Wahlperiode komplett abschaffen. Auch da gibt es Fortschritte.

(Beifall FDP und Christian Dirschauer [SSW])

Ich sage noch kurz etwas zu den Vorschlägen der SPD. Die sind leider nicht so ehrlich wie unser Haushalt. Frau Midyatli, das haben Sie zutreffend festgestellt. Sie nennen es ambitioniert, ich nenne es halbseiden, den Haushalt noch einmal so richtig auf Kante zu nähen. Dass Sie bei der Ausstattung und der Öffentlichkeitsarbeit des Gesundheitsministeriums kürzen wollen, macht mich angesichts der Krise einigermaßen sprachlos. Ich hatte die SPD bisher immer ein bisschen anders verstanden. Dazu, dass Sie jetzt bei Krippen für fünf Monate, für fünf Stunden eine Beitragsfreiheit umsetzen wollen, muss ich sagen - angesichts dieser Gegenfinanzie-

(Christopher Vogt)

rung -: Das ist wirklich halbseiden, was Sie uns vorlegen. Das ist an der Stelle auch verlogen.

(Beifall FDP und CDU)

Sie haben uns immer erklärt, das mit der Beitragsfreiheit sei doch ganz einfach. Diesen dreistelligen Millionenbetrag hätten Sie dann ehrlicherweise im Haushalt irgendwie abdecken müssen. Das haben Sie nicht getan. Aber Sie wollen ja auch die Grunderwerbsteuer - was ich sehr sympathisch finde - von 6,5 % auf 3,5 % absenken. Das sind noch einmal eben über 400 Millionen € Das finde ich sympathisch, muss aber ganz ehrlich sagen, Frau Midyatli: Man kann nicht alles ankündigen und dann solche halb-garen Vorschläge vorlegen. Das ist wirklich armselig.

(Beifall FDP, CDU und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Beim Wohnungsbau ist der Staat eben nicht der bessere Unternehmer - auch dort nicht. Sie wollen weniger Wohnungen bauen als wir bisher. Da ist es vielleicht sinnvoll, dass man das in staatliche Hände gibt. Wir wollen das nicht.

Wir setzen auch nicht, wie die SPD, auf mehr Erbschaften und wollen nicht bei den Gymnasien kürzen. Das ist der falsche Weg.

Trotz der politischen Unterschiede in dieser Koalition gestalten wir auch mit diesem Haushalt unser Land und machen es trotz der großen Herausforderungen fit für die Zukunft. Wir müssen jetzt alles dafür tun, dass sich unsere Wirtschaft gut erholen kann und keine weiteren Rückschläge verkräften muss.

Mein Dank geht für diesen Haushalt vor allem an die Landesregierung, an Monika Heinold, die sich nach zehn Jahren im Amt der Finanzministerin wirklich bewährt hat - liebe Monika Heinold, vielen Dank -, auch an alle Ministerien und vor allem an die Koalitionsfraktionen. Ich möchte meinen aufrichtigen Dank dort, wo wir zusammenarbeiten, auch an SSW und SPD richten. Dass wir in der Krise bei den wichtigen Themen zusammenstehen, wird von den Bürgern honoriert und ist wichtig. - Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Abgeordneten des SSW hat deren Sprecher das Wort, der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle möchte natürlich auch ich meinen Dank an alle Kolleginnen der Fraktionen voranstellen, an die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, der Ministerien und natürlich auch und gerade an die Landtagsverwaltung und wieder einmal an das Finanzausschussbüro im Besonderen. Vielen Dank für den Kraftakt, den Haushalt heute hier so aufstellen zu können. Das ist wirklich eine Meisterleistung an Arbeit. Vielen Dank noch einmal.

(Beifall SSW, FDP und vereinzelt CDU)

Zunächst möchte ich ein paar Bemerkungen zur allgemeinen Haushaltslage machen. Ich hatte das bereits in der ersten Lesung des Entwurfs gesagt: Ja, es wird der zweite Haushalt unter Coronabedingungen. Wir hätten uns mittelfristig auf die entsprechenden finanziellen Auswirkungen, sprich konkrete Einschnitte, einstellen müssen. Eine Pandemie macht sich zwangsläufig in der Haushaltslage bemerkbar. Entsprechend hatten wir - Jamaika, SPD und SSW - ja mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die Corona-Notkreditermächtigung auf den Weg gebracht, eine - wie ich nach wie vor finde - konstruktiv erarbeitete und gut begründete Maßnahme.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jörg Nobis [AfD]: Unter Verstoß gegen das Jährlichkeitsgebot!)

Aber auch wenn all diese Summen, die wir nun für die verschiedenen Programme mobilisiert haben, gewaltig sind, so muss man doch auch einmal festhalten, dass Schleswig-Holstein in finanzieller Hinsicht bislang recht gut durch die Coronakrise gekommen ist. Nachdem bereits die Steuerschätzung aus dem Mai mit besseren Zahlen als erwartet über-raschte, konnte die aktuelle November-Steuerschätzung daran anknüpfen und nochmals bessere Zahlen und eine schnellere wirtschaftliche Erholung für unser Land prognostizieren - eine Nachricht, die uns vorsichtig optimistisch stimmen mag.

Denn ich kann mich dank meiner inzwischen über 20 Jahre langen Erfahrung in diesem Hohen Hause durchaus noch an die ganz mageren Jahre erinnern, beispielsweise an die 2000er, als wir den Landeshaushalt oft mit über 1 Milliarde € im Minus aufstellen und bestreiten mussten. 2005 lag das reale Defizit bei fast 1,5 Milliarden € - ganz ohne Pandemie und noch vor Einführung der Schuldenbremse 2009, für die ich immer noch dankbar bin, und dem

(Lars Harms)

HSH-Nordbank-Desaster oder der Weltwirtschafts- und Finanzkrise.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer war da eigentlich Finanzminister? - Unruhe)

Unter der Küstenkoalition hatten wir ab 2015 mit der Flüchtlingskrise ja auch plötzlich sehr hohe Summen, fast 1 Milliarde € aus dem Nichts zu stemmen, und zwar ohne Nothaushalt, sondern aus dem laufenden Haushalt heraus.

Jamaika hat mit Corona zwar auch einen großen Brocken auferlegt bekommen, aber gleichzeitig ist Schleswig-Holsteins Wirtschaftskraft offenbar so robust, dass bei Aussparung der Notkreditemächtigung tatsächlich ein Kernhaushalt machbar ist, der sich innerhalb der Regeln der Schuldenbremse bewegt - einmal ganz zu schweigen von den zwischeneitlich wirklich guten Jahren seit dem Regierungswechsel 2017 bis zum Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020. So ungünstig war und ist die Ausgangslage der Jamaika-Koalition daher insgesamt nicht. Das soll heißen, es wäre vielleicht noch ein bisschen mehr drin gewesen.

Wir haben immer betont: Der SSW steht für skandinavisch geprägte, pragmatische Sachpolitik, auch und gerade beim Thema Haushalt. Wir loben Lichtblicke, benennen aber auch Schattenseiten. Ich komme zunächst auf drei große Kritikpunkte zu sprechen, die wir in den Haushaltsberatungen wiederholt angesprochen haben und bei denen wir uns ein Entgegenkommen der Regierungskoalition gewünscht hätten.

Zum ersten Punkt: Ich bin so erzogen worden, dass man Versprechen, die man gibt, einhält.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Impfpflicht!)

Viele werden jetzt sicherlich schon wissen, worauf ich mit dieser Aussage abziele, schließlich findet sich dieser Punkt Jahr für Jahr in unseren Haushaltsanträgen: Es geht natürlich um das Weihnachtsgeld für unsere Landesbeamtinnen und -beamten und um eine Kompromisslösung in Sachen Sonderzahlung. Unter diesem Schlagwort wird seit Jahren ein Versprechen von 2007 durchgeschleppt, das auch die Jamaika-Koalition einfach nicht einlösen möchte.

Seit 2019 lag ein honoriges Angebot des Beamtenbundes zu diesem Thema auf dem Tisch. Die Beschäftigten wären sogar bereit gewesen, auf zwei Drittel ihrer Ansprüche zu verzichten und lediglich eine Sonderzahlung in Höhe von 1.000 € zu akzeptieren. Bis heute weigern sich die Landesregierung und Koalition jedoch, sich hier zu bewegen, und das

trotz des Versprechens seitens der Politik 2007, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen, sobald es dem Land wirtschaftlich wieder besser geht.

Wohlgemerkt: Wir sprechen hier von den Haushaltsjahren mit Milliardenunterdeckung, in denen dieses Versprechen gegeben wurde. Wir haben jetzt eine viel bessere Situation. Die Coronapandemie darf nicht als Ausrede herhalten. Denn davor hatten wir über Jahre immer wieder Haushalte mit Rekorderneuerungen.

Der SSW macht sich deshalb weiter für eine Sonderzahlung stark. Dieser Haushaltsantrag findet sich in unserer Liste wieder, und diesmal haben wir dazu namentliche Abstimmung beantragt. Nun mag sich bitte jeder und jede ehrlich machen und zeigen, ob Versprechen, die wir als Politik gegeben haben, wirklich zählen oder ob man sich nicht mehr daran halten will.

(Beifall SSW)

Ehrlichkeit ist auch ein gutes Stichwort für unseren großen Kritikpunkt Nummer zwei: Wir waren immer ehrlich in unserer Ablehnung gegenüber der Abschiebehaftanstalt in Glückstadt. Unsere Haltung hat sich nicht geändert. Die Einrichtung ist nun fertig gebaut und in Betrieb genommen worden, und der SSW wird nicht müde werden, ab jetzt konsequenterweise ihre Abschaffung zu fordern.

(Beifall SSW und SPD)

Hierbei geht es nicht nur um die politische Haltung, die man dazu haben mag, die Abschiebehaftanstalt rechnet sich auch unter nüchtern-ökonomischen Überlegungen überhaupt nicht. Für Schwerstkriminelle, die man abschieben möchte, gibt es Plätze in Neumünster, dazu kommen noch die Platzkontingente im Abschiebebegewahrsam am Flughafen Fuhlsbüttel. Die Abschiebehaft wird nun ohne Not mit Personen gefüllt, die dort unter Rechtsstaats- wie auch Menschenrechtsprinzipien einfach nicht hingehören.

Aus finanzpolitischer Sicht könnte man mit der Abschaffung auf einen Schlag jährlich mehrere Millionen Euro Steuergelder einsparen und anderweitig deutlich sinnvoller investieren. Man hätte mit diesem Geld zum Beispiel ein Anrecht auf psychotherapeutische Leistungen für traumatisierte Flüchtlinge etablieren können. Man hätte mit dem Geld ein Recht auf Berufsschulunterricht für Flüchtlinge bis einschließlich 25 Jahre schaffen können. Man hätte mit dem Geld Integrationsbeauftragte auf kommunaler Ebene einführen können. Man hätte mit dem Geld das Recht auf kostenfreien Zugang zu Sprach-

(Lars Harms)

kursen einführen können. - Das alles fehlt noch, und das alles ist sinnvoller als eine Abschiebehaftanstalt.

(Beifall SSW und SPD)

Insgesamt zählen die für die Abschiebehaftanstalt veranschlagten Gelder sowohl in Einzelplan 04 als auch in Einzelplan 12 deshalb zu den Hauptgründen dafür, dass wir diesen beiden Einzelplänen nicht zustimmen können.

Auch unser Kritikpunkt Nummer drei kann unter dem Stichwort Ehrlichkeit angebracht werden: Es geht um eine E-Sport-Akademie. Was dieses Thema angeht, so handelt es sich um eine Idee, die ursprünglich einmal in den Reihen der CDU geboren wurde. Vielen Dank an den Kollegen Arp, den ich leider gerade nicht sehen kann. Nun ist es der SSW, der diese CDU-Idee weiterverfolgt und an das Gewissen der Konservativen appelliert. Denn hier geht es um ein lange geplantes und eigentlich fest zugesagtes Vorhaben, nämlich die E-Sport-Akademie an der FH Westküste in Heide zu etablieren.

Auch hier kann ich aufgrund meiner jahrzehntelangen Erfahrung feststellen, dass selbst ich es noch nicht erlebt habe, dass eine Regierungskoalition im Ausschuss gegen ihren eigenen Antrag stimmt und diesen mit einem Änderungsantrag nachträglich derart abschwächt, dass nichts weiter übrig bleibt als ein „toll, dass wir ein bisschen etwas erreicht haben“.

Genau das ist in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 1. Dezember 2021 geschehen. Für die E-Sport-Förderung in unserem Land, für unser Ziel, hier bundesweit führend zu werden und ein vielversprechendes Ausbildungs- und Wirtschaftsnetzwerk aufzubauen, und vor allem für die Gamerszene in Schleswig-Holstein sowie für die Projektverantwortlichen an der FH Westküste ist das ein ganz bitteres Signal vonseiten der Jamaika-Koalition. Wenn Jamaika den E-Sport doch nicht so fördern möchte, wie die Koalitionäre es aber ständig vollmundig ankündigen, dann sollten sie das auch ehrlich sagen, anstatt den Projektverantwortlichen nicht immer wieder Hoffnungen zu machen, um diese dann im letzten Moment doch noch zu zerschlagen. Der SSW wird dieses Thema weiter auf der Agenda behalten; darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall SSW)

Neben den Schattenseiten habe ich auch Lichtblicke angekündigt, und diese lassen sich in diesem Haushalt durchaus finden, nämlich mit den vom

SSW erfolgreich eingebrachten Haushaltsanträgen. In den Einzelplandebatten werden wir noch näher auf diese eingehen, aber erwähnen möchte ich sie an dieser Stelle schon. Wir haben Änderungen beim Haushaltsbegleitgesetz durchgesetzt. So wird bei den Regelungen zu Schlafräumen und Schlafräumkonzepten in Kindertageseinrichtungen nun auch die traditionelle skandinavische Verfahrensweise ermöglicht, sprich der Mittagsschlaf im Kinderwagen im Freien. Dies ist eine sehr wichtige Ergänzung für die Einrichtungen der dänischen Minderheit.

Darüber hinaus haben wir institutionelle Förderungen für vier Projekte durchgesetzt, die uns sehr am Herzen liegen. Erstens: Es gibt einen festen jährlichen Zuschuss in Höhe von 40.000 € für das Friesische Theater. Der Verein „Et Nordfriisk Teooter“ macht Theaterarbeit in friesischer Sprache, und es wird bewusst Wert darauf gelegt, kein Laientheater, sondern moderne Stücke mit professionellen Schauspielern und Equipment anzubieten. Da die Mitarbeiter dort ganzjährig beschäftigt sind, ist eine institutionelle Förderung notwendig. Hier gelingt die Gleichstellung mit dänischen und niederdeutschen Angeboten.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zweitens: Es gibt einen festen jährlichen Zuschuss in Höhe von 20.000 € für Foreningen Norden. Das Nordisk Informationskontor in Flensburg musste ja leider seine Tore schließen, aber die dort geleistete Arbeit zur Vermittlung der Kultur und Gesellschaft der nordischen Länder wird nun von Foreningen Norden weitergeführt und ausgebaut.

Drittens: Es gibt einen festen jährlichen Zuschuss in Höhe von 98.000 € für das PETZE-Institut. Das renommierte, landesweit bekannte PETZE-Institut hat neue Gewaltschutzkonzepte im Bereich der Eingliederungshilfe entwickelt. Wir freuen uns sehr, dass diese künftig mit breiter Unterstützung aus diesem Hause umgesetzt werden und man so Menschen mit Behinderung konkret helfen kann. Bei den Beratungen zum Einzelplan 10 werden wir dieses Projekt noch näher erläutern.

Viertens: Dazu kommt ein fester jährlicher Zuschuss in Höhe von 110.000 € für den Verein Lichtblick in Flensburg, wodurch sich dieser verstärkt um die Suizidprävention vor allem bei Kindern und Jugendlichen kümmern kann. Leider ist der Bedarf in diesem Bereich - auch infolge der Coronapandemie - gestiegen. Daher ist das Geld hier wirklich gut investiert. Auch auf diese Förderung werden

(Lars Harms)

wir bei der Einzelplanberatung noch näher eingehen.

Mit weit größeren Volumina operieren wir im Übrigen in unserer vollständigen Antragstabelle. Wir erhöhen anhand von Vergleichsbetrachtungen der vergangenen Jahre die Einnahmeerwartung um circa 15,5 Millionen € und wir sparen Ausgaben in Höhe von sogar circa 78,5 Millionen € ein. Unsere Mehrausgaben in Höhe von 29,5 Millionen € sind dann locker gegenfinanziert. Fast nebenbei würden wir mit unseren Änderungsvorschlägen nochmal circa 64,5 Millionen € sparen beziehungsweise weniger ausgeben als die Landesregierung. Wir wollen Ihnen allen daher gern nochmals unsere Haushaltsänderungstabelle in Gänze ans Herz legen.

(Annabell Krämer [FDP]: Netter Versuch!)

Aber auch wenn diese keine Mehrheit finden sollte, so ist es einfach gute skandinavische Tradition, dass man sich gemeinsam - Regierung und Opposition - pragmatisch an einen Tisch setzt und schaut, wie man als Politik das Beste für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger herausholen kann. In diesen Runden, wie man sie in Skandinavien kennt, kann jede Partei ihre Wünsche und Ideen offen einbringen. Die besten werden aufgenommen, und am Ende steht ein „Großkompromiss“, in dem sich alle zumindest mit Einzelprojekten wiederfinden können. Damit stehen dann die großen Leitlinien, auf die sich alle verständigen können und durch die eine Haushaltsverabschiedung mit breiter Mehrheit möglich wird. Sie stehen dann auch auf einem breiteren gesellschaftlichen Fundament, meine Damen und Herren. Diese Art der Politik verfolgen wir als SSW natürlich immer noch und werden das auch in Zukunft tun.

In dieser skandinavischen Tradition stehen wir als SSW, und darum haben wir auch stets konstruktiv mit der Landesregierung zusammengearbeitet, haben zugehört, wurden angehört. Wir waren nicht zuletzt auch in dieser schwierigen, turbulenten Zeit der Coronapandemie stets bestrebt, proaktiv daran mitzuwirken, dass die Menschen in Schleswig-Holstein ein handlungsfähiges Land erleben, das für sie auch da ist.

Insgesamt, meine Damen und Herren, können wir mit dem Haushaltsentwurf 2022 gut leben und werden ihm daher auch zustimmen. Wir bedanken uns ganz herzlich für die vernünftige und gute Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg, nicht nur in den Haushaltsberatungen, sondern gerade auch in Bezug auf die Bewältigung der Pandemie. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Johannes Callsen [CDU])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Parkverstoß bleibt eine Ordnungswidrigkeit, auch wenn gerade keine Politesse zur Stelle ist. Eine Straftat bleibt eine Straftat, auch wenn niemand sie zur Anzeige bringt. Und, meine Damen und Herren, ein verfassungswidriger Haushalt bleibt ein verfassungswidriger Haushalt, auch wenn das Landesverfassungsgericht dies nicht feststellen wird, weil niemand Verfassungsbeschwerde erhebt oder erheben kann.

Daher kann ich meine heutige Rede auch gleich mit der Conclusio beginnen: Wir stimmen Ihrem schuldenbasierten Haushalt nicht zu. Über die Verfassungswidrigkeit des laufenden Haushalts habe ich bereits in meiner Haushaltsrede im Februar 2021 ausgeführt. Mittlerweile wird meine Sicht durch das Urteil des Staatsgerichtshofs in Hessen bei grundsätzlich vergleichbarer Rechtslage bestätigt. So hat das Gericht beispielsweise festgestellt, dass sowohl die Kreditaufnahme als auch die kreditfinanzierten Projekte und Maßnahmenpakete zur Krisenbekämpfung geeignet sein müssen. Insbesondere die einmalige Kreditermächtigung auf Vorrat im letzten Jahr verstößt eklatant gegen das Jährlichkeitsprinzip.

Meine Damen und Herren, die Finanzierung von Radwegen, E-Mobilität, Batterieforschung und die von Ihnen einmütig beschlossenen Zuweisungen an politische Bildungseinrichtungen haben nichts, aber auch rein gar nichts mit Corona oder seinen Folgen zu tun. Die Verwendung von Teilen der Notkredite für diese Maßnahmen ist daher zweck- und verfassungswidrig.

Dass Sie für in diesem Jahr nicht in Anspruch genommene Corona-Notkredite mal so eben mir nichts dir nichts eine Restkreditermächtigung durchdrücken wollten, setzt dem Ganzen die Krone auf. Immerhin sind Sie in diesem Punkt nach einem Hinweis vom Landesrechnungshof dann zurückgerudert.

Die Sorgen eines jeden aufrechten Demokraten wachsen, weil auch auf Bundesebene mit den gleichen Taschenspielertricks gearbeitet wird. Auch da will der neue Finanzminister Christian Lindner von

(Jörg Nobis)

der FDP, der noch im Wahlkampf nichts von Schulden wissen wollte - erst recht nicht für grüne Projekte -, 60 Milliarden € Kreditermächtigung umwidmen.

Wir sehen tatsächlich die Verfassung in Gefahr. Und wer muss sie schützen? Das ist in einem solchen Fall die Opposition. - Diese Sätze kamen vorgestern von der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, genau von Christian Haase, seines Zeichens Haushaltspolitiker.

Kaum ist die CDU in der Opposition, gibt sie vor, die Verfassung zu schützen. Hier im Land stellt sie den Ministerpräsidenten. Da scheint Verfassungstreue bisweilen nachrangig zu sein, und die vermeintliche Opposition aus SPD und SSW marschiert im Gleichschritt mit - anders als beispielsweise die SPD in Hessen. Hier im Norden sind wir mithin die Einzigen, die das monieren.

Ihr Haushalt atmet aber nicht nur den Geist der Verfassungswidrigkeit, er ist darüber hinaus auch ein unsolider Schuldenhaushalt. Trotz wieder stark gestiegener Steuereinnahmen und einer Prognose für die kommenden Jahre, die nur unwesentlich unter der Vor-Corona-Prognose von 2019 liegt, schafft sie es nicht im Ansatz, für die kommenden Jahre eine strukturell ausgeglichene Finanzplanung zu skizzieren. Das liegt eben nicht nur an Corona.

Die Systematik der Notkreditermächtigung und vor allem auch die Systematik der Schuldenbremse führen darüber hinaus dazu, dass bis 2024 sämtliche konjunkturelle Mehreinnahmen das Defizit nicht reduzieren. Darüber hinaus müsste das Defizit höher ausgewiesen werden. Bereits zugesagte Investitionszuschüsse an das UKSH in Höhe von 224 Millionen € sind ebenso wenig enthalten wie die Mehrausgaben für den Ausbau der schulischen Ganztagsbetreuung. Das heißt auf Deutsch: Sie arbeiten in der Finanzplanung mit ungedeckten Schecks.

Schleswig-Holstein hat auch weiterhin kein Problem mit Einnahmen, sondern ein massives Ausgabenproblem. Und dieses Ausgabenproblem muss an der Wurzel angepackt werden, bei den Ausgaben. Wir legen Ihnen dazu heute insgesamt 83 Änderungsanträge vor, die in Summe zu Einsparungen von über 105 Millionen € führen: 105 Millionen € in Richtung eines ausgeglichenen Haushalts, ohne auch nur einen Cent bei der Coronabekämpfung einzusparen.

Wir schlagen mit unseren Änderungsanträgen erneut vor, die Aufwendungen für die Migrationsfolgekosten wie Integration und Teilhabe deutlich zu reduzieren. Rund 20 Millionen € können hier pro-

blemlos gestrichen werden, da es sich nicht um bundesgesetzlich festgeschriebene Leistungen, sondern ausschließlich um freiwillige Leistungen des Landes mit fragwürdigem Nutzen handelt. Wir wollen die Zuschüsse an die „Asylindustrie“ streichen, die sich in diesem Land mittlerweile breitgemacht hat.

An dieser Stelle verbinde ich mit dem anstehenden Jahreswechsel die Hoffnung, dass sich die Länder an der Süd- und Südostgrenze der EU ein Beispiel an dem standhaften Grenzmanagement unserer polnischen Freunde nehmen. Ganz zu Recht bedankt sich sogar der neue Bundeskanzler Olaf Scholz bei den Polen für den Schutz der Schengen-Außengrenze. - Sie sehen, der Irak holt mittlerweile seine Staatsbürger per Luftbrücke mit dem Flugzeug wieder zurück in die Heimat. Unser haushalterischer Dank geht in diesen Tagen daher auch an die polnischen Grenzschützer. Sie schützen mittelbar unsere Haushalte vor zukünftig weiteren Belastungen. Danke Polen!

(Lachen Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt im Haushalt noch weitere Posten, bei denen man etwas genauer hinschauen muss.

Wir beantragen, die im Innenministerium für sogenanntes nachhaltiges Flächenmanagement vorgesehenen 3 Millionen € zu streichen.

Flächenmanagement - klingt doch gut, wenden Sie jetzt bestimmt ein, und nachhaltiges Flächenmanagement sei noch besser. Das sei ein Beitrag zum Klimaschutz und überhaupt irgendwie gut fürs Land.

Die Realität könnte nicht weiter entfernt sein. Es handelt sich hierbei um Gelder, mit denen das Land den Kreisen Stellen finanziert, die den Kommunen dann gute Ratschläge geben sollen. In vielen Kreisen gab es also Bestrebungen, entsprechend Flächenmanager mit Zuschüssen vom Land einzuwerben, die in den Kommunen Selbstverständlichkeiten wie beispielsweise den Grundsatz „Binnenentwicklung vor Außenentwicklung“ erklären sollen.

Meine Damen und Herren, diese Art von Bevormundung und Paternalismus benötigen die Gemeinden nicht. Aus einer gut gemeinten Idee wird bei Ihnen im Handumdrehen Bürokratie. Deshalb ist es auch nur richtig und konsequent, dass etwa der Kreistag in meinem Kreis Segeberg dieses Anliegen im Hauptausschuss einstimmig - bei zwei Enthaltungen - abgelehnt und der Landrat die Vorlage daraufhin zurückgezogen hat.

(Jörg Nobis)

Zumindest im Kreis Segeberg hat die Subsidiarität an dieser Stelle gegen bürokratischen Zentralismus aus Kiel die Oberhand behalten. Wir beantragen, die hierfür vorgesehenen 3 Millionen € Landesmittel einzusparen.

Weiter geht es mit wohlklingenden, aber letztlich unsinnigen Projekten. Insgesamt 8,5 Millionen € wollen Sie beispielsweise im kommenden Jahr für Maßnahmen zum Schutz der Insekten zur Verfügung stellen. Dabei haben die Haushaltsberatung gezeigt, dass es selbst für die Mittel, die in diesem Jahr zur Verfügung gestellt wurden, nicht einen einzigen Antrag gibt. Wenn die Verbände und die Vereine, die sich täglich mit Bienen und Hummeln beschäftigen, nicht wissen, wofür sie diese Millionenbeträge ausgeben sollen, spart man sie lieber ein. Investieren Sie lieber zuerst einmal in Forschung und Bestandsaufnahme statt wahllos in irgendwelche staatlich subventionierten Insektenhotels!

Passend zu diesen Ideen erinnere ich auch in diesem Jahr wieder an Ihre absurdeste Geldverschwendung: das Versuchsprojekt E-Highway an der A 1. Das sollten Sie dringend streichen, bevor diese Beträge im Schwarzbuch der Steuerzahler auftauchen. Es ist schon heute absehbar, dass sich Lkw mit Stromabnehmern nicht durchsetzen werden. Niemals werden die rund 13.200 km deutscher Autobahn elektrifiziert werden.

Das Projekt hat auch Probleme durch die Oberleitungen im Rettungseinsatz aufgezeigt. Jeder weitere Steuereuro, der in dieses Projekt fließt, ist am Ende verschwendet. Dabei ist es herzlich egal, dass diese Gelder vom Bund kommen und nur durch den Landeshaushalt hindurchfließen. Steuergeld bleibt Steuergeld.

Auch originär schleswig-holsteinisches Steuergeld geben Sie weiter an Stellen aus, wo eine Förderung längst nicht mehr notwendig ist, wo der Markt eine Regulierung vornehmen könnte und sollte. Wir beantragen daher auch die Streichung von 500.000 €, die Sie mit Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger - einmal mehr wohlklingend - etikettiert haben. Doch nicht das Klima wird hier geschützt, nein, Sie schützen den Geldbeutel einiger weniger grüner Wohlstandsprofiteure.

Wie so oft, wenn Sie versuchen, in Schleswig-Holstein die Welt zu retten, ist die Gleichung ganz einfach: Wer hat, dem wird gegeben, und alle anderen sollen halt sehen, wie sie ihre Stromrechnungen oder die nächste Tankfüllung, um zur Arbeit zu fahren, bezahlen.

Frau Ministerin Heinold, sehr geehrte Damen und Herren, dieser Haushalt ist verfassungswidrig, er ist unsolid, und er ist unsolidarisch. Wir lehnen ihn mit guten Gründen und aus voller Überzeugung ab. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt 2022 ist ein Haushalt der Pandemie und der Nothilfe, der Infrastruktur, der Zukunftsinvestitionen und ein Haushalt der Stärkung der Bildung in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir gehen mitten in der Pandemie in ein Jahr mit großen Herausforderungen. Es ist gut, dass wir den Notkredit auch im nächsten Jahr weiter nutzen können, denn wir wissen noch nicht, was auf uns zukommt. Rund 700 Millionen € sollen aus dem Notkredit im Haushalt 2022 genutzt werden.

Natürlich muss hier ein herzliches Dankeschön an das Parlament gesagt werden. In der Krise stehen wir zusammen. Mein Dank umfasst natürlich auch SPD und SSW. Gern haben wir von Ihnen Anregungen und Programme in dieses Notprogramm aufgenommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Die Jahre 2020 und 2021 haben gezeigt, wie wichtig es ist, nicht kleinkariert und erbsenzählerisch voranzugehen, sondern zu schauen: Wo braucht die Wirtschaft Unterstützung? Wo brauchen Vereine und Verbände Unterstützung? Wo müssen wir gerade jetzt in Zukunft in Klimaschutz investieren, um die Weichen auf qualitatives Wachstum zu stellen, damit wir gestärkt aus der Krise kommen und nicht stranden?

Wir merken, dass das Geld an der einen oder anderen Stelle in der Nothilfe schon wieder knapp wird. Deshalb danke für die Neuregelung zur Restkreditermächtigung. Danke auch dafür, dass wir gemeinsam im Vollzug in diesem Jahr wie erneut im nächsten Jahr Geld zurücklegen. Wir brauchen das so dringend. Das sage ich auch an die Adresse des Rechnungshofs, der kritisch dazu steht. Wir brau-

(Ministerin Monika Heinold)

chen es für Gesundheitsschutz, für das UKSH und seine Defizite, für den ÖPNV, für den Härtefallfonds, für die Wirtschaft. Wir wissen nämlich nicht, was auf uns zukommt.

Eines muss vollkommen klar sein: Der Kauf von Tests für unsere Schulkinder darf nicht am Geld scheitern.

(Beifall FDP und SSW)

Wir dürfen unsere Krankenhäuser nicht alleinlassen. Wir müssen unsere Wirtschaft unterstützen, damit die gut aufgestellten Betriebe durch diese schwierige Zeit durchkommen. Dafür wollen wir gern an ihrer Seite stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Neben der Pandemie geht es natürlich auch um Infrastruktur und Modernisierung unseres Landes. Ich sage an dieser Stelle: Dieser fünfte Jamaika-Haushalt ist ein starker Haushalt, ein Haushalt mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung, ein guter Haushalt, der unsere gemeinsamen Vorstellungen zusammenführt. Das ist richtig so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Natürlich haben wir uns entschieden, Impulse gerade dort zu setzen, wo es um Dynamik geht, wo es um nachhaltiges Wachstum geht, wo es um das Zusammendenken und das Zusammenführen von Ökonomie und Ökologie geht.

Schauen Sie sich die fünf Jahre an. Was steckt da in Schleswig-Holstein inzwischen alles drin? Ein ehrgeizig aufgestellter Nahverkehrsplan, ein Semesterticket, ein Jobticket, der Ankauf von modernen Triebwagen, damit die alte Diesellok durch emissionsarme Fahrzeuge ersetzt wird, Nachhaltigkeit bei der Beschaffung, der Bewirtschaftung, der Sanierung unserer Landesliegenschaften, verbunden mit einem ambitionierten Klimaschutzgesetz, verbunden mit kommunalem Klimaschutz, wo wir helfen, damit es gelingt, verbunden mit einer grünen Wasserstoffstrategie, verbunden mit einem Netzausbau im Dialog mit den Menschen vor Ort, verbunden mit Biodiversität, dem Schutz von Mooren, Wäldern und Arten für die Menschen in unserem Land. All das ist im Haushalt 2022. Das ist gut so. Es ist ein starker Haushalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Natürlich investieren wir auch kräftig in Digitalisierung. Mit harten Zahlen bedeutet das, dass unser

Einzelplan 14 für IT und Verwaltung im Vergleich zu 2017 inzwischen die doppelte Höhe erreicht hat. Über 300 Millionen €! Das ist viel Geld, Geld, das mobilisiert werden muss. Wir brauchen es, weil wir unser Land digital aufstellen wollen und müssen - mit dem Onlinezugangsgesetz, mit den Schulen am Netz, mit dem Breitbandausbau. Auch da geht es kräftig voran.

Der Motor für unsere Infrastruktur ist das IMPULS-Programm. IMPULS wirkt - planbar und verlässlich bei der Mobilität, bei der Bildungsinfrastruktur, bei der Sanierung unserer Krankenhäuser, beim Küstenschutz und bei den Häfen, bei der Modernisierung unserer Verwaltungsliegenschaften, bei Polizei und Justiz; alle profitieren davon, dass es in unserem Land bei der Modernisierung und Sanierung der Infrastruktur vorangeht.

Wir haben in der Zeit von 2017 bis 2022 rund 1,4 Milliarden € aus dem IMPULS-Programm investiert, und bis 2030 haben wir noch einmal 3,2 Milliarden € vorgesehen. Das ist viel, das ist Aufbruch, und das ist richtig so. Auch hier ist es gut, dass wir das mit dem Notkredit abgesichert haben. Ja, ich weiß, es gibt Kritik, aber aus meiner Sicht ist es gerade in dieser Zeit wichtig, Planbarkeit und Verlässlichkeit zu geben, damit wir in diesen schwierigen Zeiten der Pandemie nicht ins Stocken kommen.

Meine Damen und Herren, natürlich hoffen wir, vom Aufbruch der Bundesregierung zu profitieren. Da ist es doch wurscht, wer in Berlin regiert, Hauptsache, es gibt Kohle für uns hier in Schleswig-Holstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Wir wollen in Schleswig-Holstein Betriebe in den Bereichen der Energiewende und der ökologischen Transformation ansiedeln. Liebe Frau Midyatli, mir geht es hier ein bisschen anders als Ihnen. Wenn ich aus Berlin zurückkomme, dann sage ich: Ade Hauptstadt, ade Stadt der Wichtigtuerei,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

ich fühle mich hier im echten Norden bodenständig wohl und komme sehr gern nach Hause.

Meine Damen und Herren, natürlich heißt Jamaika auch ganz viel Bildung, weil uns dieses Thema verbindet. Wir haben im Bildungsbereich bei den Stellen für die Lehrkräfte viel geschafft, und auch beim Schulbau sind wir erste Schritte gegangen. Wir haben die Digitalisierungsmittel des Bundes verbun-

(Ministerin Monika Heinold)

den mit Landesmitteln genutzt, um unsere Schulen in dieser schweren Zeit zu digitalisieren. Ja, das hätten wir schon lange machen müssen, aber immerhin haben wir jetzt die Situation genutzt, um voranzugehen. Wir alle wissen, wie schwierig es ist, in diesem Landeshaushalt immer wieder neue Punkte zu setzen, die nicht einmalig wirken, sondern die über die Jahre dauerhaft Kosten verursachen und durchfinanziert werden müssen.

Wir haben bei der Grundfinanzierung der Hochschulen gehalten, was wir versprochen haben. Jahr für Jahr sind die Zuschüsse gestiegen. Wir haben Zielvereinbarungen neu auf den Weg gebracht und damit unsere Schulen auch internationaler ausgerichtet.

Unser großes Kraftpaket ist die Kitareform mit einer mehr als Verdopplung der Mittel. Das war nicht einfach. Ja, man kann noch mehr tun an jeder Stelle, aber es war ein Riesenkraftakt, und dieser hat die Eltern entlastet. Er hat den Kommunen geholfen, und er hat die Qualität gesteigert, und das lasse ich mir hier auch nicht madigmachen.

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Jetzt kommt durch die Fraktionsanträge noch ein bisschen mehr Kitaförderung dazu. Es kommen noch Baumittel in Höhe von 25 Millionen € für die Kitas dazu. Auch das ist richtig und gut. Ja, wir wissen, in den nächsten Jahren werden wir bei der Kita mehr tun müssen als bisher, aber wir werden uns auch entscheiden müssen, wo die Schwerpunktsetzung ist. Wir können doch nicht alles machen. Wir können doch nicht die Beitragsfreiheit, den Bau, die Qualitätsverbesserung und die Ausbildungsverbesserung leisten. Das wird nicht funktionieren, das wird Schritt für Schritt gehen müssen.

Meine Damen und Herren, ich komme aus dem Bereich. Wenn Sie mich fragen, dann sage ich: Das Wichtigste ist die Entlastung der Fachkräfte. Da muss es weitergehen, denn wenn uns die Erzieherinnen und Erzieher davonlaufen, weil sie die Arbeit bei der Belastung des Alltags nicht mehr schaffen, dann haben wir alle miteinander verloren, weil die Familien dann keine verlässliche Betreuung haben. Das darf nicht passieren, hier wird und muss es weiter vorangehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Wir haben den kommunalen Finanzausgleich neu aufgesetzt, wir haben mit Notkrediten unseren Kommunen geholfen, und wir haben an vielen an-

deren Stellen und gerade die sozialen Bereiche gestärkt: die Frauenhäuser, die Barrierefreiheit, die Wohnraumförderung. Ja, auch Sport und Kultur sind gestärkt, und ich will für den Kulturbereich, der in den letzten zwei Jahren so gelitten hat, explizit sagen: Es ist ganz wichtig, dass wir dazu beitragen, dass Kultur in Schleswig-Holstein weiterbesteht, dass die Kulturschaffenden auch nach der Pandemie noch da sind, denn Kultur ist das, was unser Herz und unsere Seele bereichert. Vielleicht sind wir auch deshalb in Schleswig-Holstein die glücklichsten Menschen, weil wir kulturelle Angebote haben, und die müssen fortbestehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, mit dem Stellenaufwuchs sichern wir, dass unser Staat funktioniert. Auch das hat uns die Pandemie gezeigt: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Wir brauchen einen guten öffentlichen Gesundheitsdienst, und ich will es noch einmal sagen, Heiner, ich glaube, ich habe es in meiner letzten Rede schon gesagt: Das, was der Gesundheitsbereich zurzeit leistet, das, was ihr im Ministerium leistet, was die Krankenhäuser leisten, was die Krankenpflegerinnen und -pfleger, die Ärztinnen und Ärzte leisten, was aber auch an anderer Stelle die leisten, die in der Küche, im Reinigungsbereich in den Krankenhäusern arbeiten, ist so unglaublich viel. Sie haben so unglaublich viel geschafft. Ich weiß, warme Worte sind warme Worte, aber trotzdem von mir - ich glaube, von uns allen - ein herzliches Dankeschön an alle Gesundheitsbereiche.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, natürlich sagt die Opposition: Das ist zu wenig. Sonst wäre das ja keine gute demokratische Auseinandersetzung, und wir gehen ja in Richtung Wahljahr. Aber ich sage Ihnen: Dieser Haushalt ist weder ein Wahlkampfhaushalt, noch ist er Wolkenkuckucksheim. Er ist pragmatisch, er ist aber auch ambitioniert. Meine Damen und Herren, er ist vor allem solide und mit Vorsorge - so wie immer.

Frau Midyatli, ich musste ein wenig schmunzeln, weil Sie uns den Vorwurf machten, der Haushalt sei ehrlich. Ich glaube, viele Finanzminister und Finanzministerinnen vor mir und an anderer Stelle würden sich wünschen, dass die Opposition sagt: Der Haushalt ist ehrlich. Insofern: Danke!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

(Ministerin Monika Heinold)

Schauen wir uns das einmal an: Sie sagen in Ihrer Pressemitteilung, Sie schichten 70 Millionen € um. Ich sage: Das ist fast schon ein Lob. Das sind 0,5 %. Das heißt, 99,5 % finden Ihre Zustimmung. Ich kann damit leben. Ich glaube, viele von uns können damit leben. Ich sage: Diese Jamaika-Regierung hat vieles möglich gemacht. Sie macht vieles möglich.

Ich bitte nachher am Nachmittag oder am Abend um Zustimmung zu diesem Haushalt 2022, in dem so viel Gutes ist. Allen, die daran mitgearbeitet haben, sage ich ein Dankeschön - vor allem auch dir, Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident. Ich habe einmal gelernt: Hier am Pult darf nicht geduzt werden. Ich halte mich gern an die Regeln. Wir erwarten ja auch von den Menschen im Land, dass sie sich an die vielen Regeln halten, die wir aufgestellt haben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Meine Damen und Herren, die Finanzministerin hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. - Ich sehe nicht, dass von dieser zusätzlichen Redezeit Gebrauch gemacht werden soll. Damit schließe ich die erste Runde.

Bevor wir zum Aufruf der Einzelpläne kommen und in die Abstimmung zum Haushalt 2022 eintreten, lasse ich zunächst über die weiteren gemeinsam beratenen Tagesordnungspunkte abstimmen.

Ich rufe die Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 26 A auf.

Ich lasse über den Antrag abstimmen und weise darauf hin, dass nach Artikel 61 Absatz 3 der Landesverfassung eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages erforderlich ist. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist der Antrag bei Enthaltung des Zusammenschlusses der AfD mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf, Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2021 bis 2025 - Fortschreibung der Finanzplanung bis 2030, Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/3359.

Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Finanzausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf, Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2020, Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/3486. Ich schlage vor, den Bericht dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Beides sehe ich nicht. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 2, das heißt über den Entwurf der Landesregierung zum Haushaltsbegleitgesetz 2022, Drucksache 19/3201.

Ich rufe aus dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3498, den Buchstaben D auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3510, zum Haushaltsbegleitgesetz auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der AfD mit allen anderen Stimmen angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3511, Nummer 2, zum Haushaltsbegleitgesetz auf. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Abgeordneten des SSW sowie des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3514, Nummer 2, zum Haushaltsbegleitgesetz auf. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Damit ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der AfD angenommen.

Ich lasse nun über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2022 abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/3201, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung,

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Drucksache 19/3459, einschließlich der angenommenen Änderungsanträge aus den Drucksachen 19/3510, 19/3511 Nummer 2 und 19/3514 Nummer 2 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD und des Abgeordneten Dr. Brodehl das Haushaltsbegleitgesetz 2022 in der Fassung der Drucksache 19/3459 mit den soeben beschlossenen Änderungen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt in die zweite Runde. Bevor wir mit dem Aufruf der Einzelpläne und den Abstimmungen zum Haushaltsentwurf 2022 beginnen, weise ich zum Ablauf darauf hin, dass zunächst - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Änderungsanträge nach der Stärke der Oppositionsfraktionen, dann des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD und dann der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung aufgerufen werden. Nach der Verabredung im Ältestenrat wird der Einzelplan 11 zuletzt aufgerufen und abgestimmt.

Für den mir gestern übermittelten Antrag auf namentliche Abstimmung gehe ich davon aus, dass die erforderliche Unterstützung gemäß § 63 Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Landtags - durch 18 Abgeordnete - vorliegt. - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Wir treten nunmehr in die Debatte und die Abstimmung zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen ein.

Ich rufe Einzelplan 01 - Landtag - auf. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Also rufe ich den Änderungsantrag des Zusammenschlusses der AfD zu Einzelplan 01 auf; es ist aus der Drucksache 19/3500 (neu) die laufende Nummer 1. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Brodehl abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN, FDP und SSW gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Brodehl angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 02 - Landesrechnungshof - auf. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Änderungsanträge liegen nicht vor.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 02 bei Enthaltung des Abgeordneten Dr. Brodehl und Zustimmung aller anderen Abgeordneten angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 - -

(Beratung Sitzungspräsidium)

- Zurück zu Einzelplan 02 - Landesrechnungshof. Zur Klarheit: Der Einzelplan 02 wurde gegen die Stimmen der - -

(Zuruf: Des Abgeordneten Dr. Brodehl!)

- Gegenstimme oder Enthaltung?

(Jörg Nobis [AfD]: Wir haben zugestimmt!)

- Gegen? Also - -

(Jörg Nobis [AfD]: Wir haben zugestimmt!)

Der Einzelplan 02 wurde gegen die Stimme des Abgeordneten Dr. Brodehl angenommen.

(Zuruf AfD: Wir haben zugestimmt, und Herr Brodehl hat sich enthalten!)

- Dann sind wir uns jetzt alle einig?

(Zurufe: Ja!)

Sie auch?

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber wendet sich an das Sitzungspräsidium)

- Gut.

Wenn es recht ist, nutzen wir jetzt die Gelegenheit, das Präsidium kurz zu tauschen. - Danke.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Wir fahren fort. - Ich rufe den Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf. Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen. Es ist jedoch ein Kurzbeitrag der CDU-Fraktion von dem Abgeordneten Tim Brockmann angekündigt worden, dem ich jetzt das Wort erteile. - Bitte schön.

Tim Brockmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Blick, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf den Einzelplan 03 richten - dieser soll auch am heutigen Tag nicht unerwähnt bleiben - und mich insbesondere dem Titel „Zukunftsentwicklung des Landes Schleswig-Holstein“ widmen. Die Oppositionsführerin hatte schon beklagt, wir würden nichts möglich machen. Dieser Titel zeigt aber sehr deutlich, was wir alles in Schleswig-Holstein machen. Deshalb ist es auch eine gute Entscheidung gewesen, diesen Titel um 50.000 € aufzustocken, meine Damen und Herren.

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Mit diesen 50.000 € haben wir nämlich die Chance, ein wirklich innovatives Projekt auf der Eisenbahnstrecke Malente-Lütjenburg zu fördern.

(Unruhe)

Hierzu haben sich bereits Kommunen, Industrie, Wissenschaft zusammengetan, um einen innovativen Ansatz zu verfolgen. Das ist wichtig. Wenn man die Verkehrswende, die Energiewende ernst meint, muss man nicht immer nur auf die großen Themen schauen, sondern auch darauf, was vor Ort tatsächlich möglich ist.

Die Idee einer innovativen Solartram voranzubringen, ist eine hervorragende Sache. Das passt richtig gut in diesen Titel hinein. Damit schaffen wir neue Dynamik und nachhaltiges Wachstum in Schleswig-Holstein. Es gibt genug Menschen, die sagen: Mensch, was ist das für ein Projekt? Das ist doch alles viel zu kleinteilig und so weiter. - Nein, wir haben große Chancen. Deutschlandweit gibt es 400 Strecken dieser Art, die reaktiviert werden können. Wenn man dabei gemeinsam vorangeht, in Schleswig-Holstein die Industrie, Wirtschaft, Kommunen und das Land, kann dort wirklich etwas Großes entstehen.

Meine Damen und Herren, wir stehen auf dem Hauptgleis dieses Projektes und nehmen Fahrt auf. Wir sitzen in der Lokomotive und nicht im Bremswagen.

(Heiterkeit CDU - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Das ist die entscheidende und wichtige Botschaft an dieser Stelle. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockmann. - Wir kommen zu den Änderungsanträgen der SPD-Fraktion. Ich rufe zunächst auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3498, hier die laufenden Nummern 1 bis 12, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW von allen anderen Abgeordneten abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag zum Stellenplan, Drucksache 19/3498, hier die laufende Nummer 197, auf. Wer der Änderung des Stellenplans zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch die Änderung zum Stellenplan gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Abgeordneten der SSW von allen anderen Abgeordneten abgelehnt.

Wir kommen nun zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW. Ich rufe zunächst Einzelabstimmung aus der Drucksache 19/3499 die laufende Nummer 3 des Änderungsantrages zum Einzelplan 03 - Sicherstellung der Arbeit der Lokalradios - auf. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD durch die Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie des Abgeordneten Dr. Brodehl abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf, hier die laufenden Nummern 1, 2 und 4. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW sowie des Zusammenschlusses der AfD gegen die Stimmen der Abgeordneten der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie des Abgeordneten Dr. Brodehl bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

zung der Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 - Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung - auf.

Hier sind Kurzbeiträge der CDU und der SPD angekündigt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Wortbeiträge?)

Gibt es noch zusätzliche Redebeiträge? - Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tim Brockmann. - Bitte schön.

Tim Brockmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die innere Sicherheit ist ein zentrales landespolitisches Thema. Dies zeigt sich auch wieder im Einzelplan 04, der mit einem Volumen von 1,05 Milliarden € ein Schwergewicht unter den Einzelplänen ist. Das ist auch gut so, denn die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine Herkulesaufgabe. Ich möchte deshalb die Gelegenheit der Haushaltsdebatte nutzen und mich bei allen Polizistinnen und Polizisten, bei unseren Feuerwehrleuten, bei unseren Katastrophenschützern, bei allen, die dazugehören und unsere Sicherheit im Land gewährleisten, bedanken.

(Beifall CDU, SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Gerade unter den aktuellen Gegebenheiten ist das nicht immer einfach.

Als Union haben wir deshalb auch in der diesjährigen Haushaltsberatung großen Wert darauf gelegt, die kontinuierliche Stärkung der inneren Sicherheit voranzubringen. Dies ist uns auch für das Jahr 2022 wieder gelungen. So wächst allein der Polizeihaushalt auf 524 Millionen € an; das sind 150 Millionen € mehr als unter der Vorgängerregierung mit einem SPD-geführten Innenministerium, meine Damen und Herren.

Wir setzen damit den dringend benötigten Personal- aufbau konsequent fort. Das gilt sowohl für das 500er-Stellenpaket als auch für den Aufbau der zweiten Einsatzhundertschaft, für die im kommenden Jahr - mein Fraktionsvorsitzender sprach es bereits an - 25 weitere Stellen zur Verfügung gestellt werden. Wir halten damit unser Versprechen gegenüber der Polizei und den Menschen in unserem Land.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir modernisieren und erneuern auch die Infrastruktur unserer Polizei. Für den Neubau des Kriminaltechnischen Instituts der Landespolizei stellen wir 7,1 Millionen € aus IMPULS-Mitteln bereit und schaffen so die Grundlage für ein modernes kriminaltechnisches Arbeiten im 21. Jahrhundert. Wir werden zudem den Erneuerungsprozess der Boote unserer Wasserschutzpolizei starten und 2,6 Millionen € für die dringende Ersatzbeschaffung zur Verfügung stellen. Erwähnen möchte ich auch die Fortführung des Einbruchschutzprogramms mit 1 Million €. Die stets hohe Nachfrage nach den Mitteln zeigt, dass wir mit diesem Programm genau richtig liegen.

Helpen, meine Damen und Herren, ist ein gutes Stichwort. Nach der Flutkatastrophe im Sommer und der aktuellen Pandemie hat der Katastrophenschutz eine Neubewertung erfahren. Das ist gut und richtig so. Das Innenministerium hatte sich bereits vor dem Starkregenereignis im Ahrtal mit der Neufassung der Bevölkerungsstrategie befasst und sehr gute Vorschläge unterbreitet, die sich konkret in dem Zehnpunkteplan wiederfinden. Der neue Stellenwert des Katastrophenschutzes spiegelt sich auch im Haushalt wider. Knapp 32 Millionen € stehen im Kapitel Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz und Zivilschutz zur Verfügung. Vergleicht man diesen Ansatz mit dem Jahr 2016, so ist das fast eine Verdopplung der Mittel. Weitere Mittel werden durch den Übertrag aus dem Jahr 2021 hinzukommen, sodass wir eine völlig neue Dimension im Katastrophenschutz erreichen werden. Einher geht dieses mit der deutlichen Verstärkung des Feuerwehr- und Katastrophenschutzreferates. Das ist auch dringend erforderlich, um die vielfältigen Themen - ich nenne beispielsweise das Sirenenprogramm - abarbeiten zu können.

Aber auch andere Bereiche können sich sehen lassen, wie etwa der Sport oder der Wohnungsbau. Wir haben überall klare Akzente gesetzt und werden im Jahr 2022 für dieses Land viel Gutes bewegen können.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren, für die gute Arbeit. Der Innenministerin alles Gute für das Jahr 2022. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich weise darauf hin, dass sämtlichen Fraktionen jeweils 30 Minuten Redezeit zustehen. Es ist im Gro-

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

ßen und Ganzen eine Redeaufteilung gemeldet worden. Ich bitte daher die Redner, selbst ein bisschen auf die Redezeit zu achten, weil das bei Überziehung auf das Gesamtfraktionskontingent angerechnet wird. Alternativ kann ich natürlich den Redefluss immer unterbrechen und nach Ablauf der vorgesehenen Zeit darauf hinweisen, aber ich denke, wir versuchen es einmal so, oder?

(Zurufe: Ja!)

Sehe ich da Einvernehmen? - Okay.

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun die Abgeordnete Aminata Touré.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Im vorerst letzten gemeinsamen Jamaika-Haushalt sind auch im Einzelplan 04 Schwerpunktsetzungen, die dem politischen Anspruch entsprechen, den wir uns von Anfang an vorgenommen haben, und zwar in allen Themenbereichen: von der Sicherheitspolitik über die ländlichen Räume und die Integrationspolitik bis hin zur Gleichstellungspolitik.

Der Schwerpunktsetzung, die bereits durch den Entwurf der Landesregierung vorgenommen wurde, konnten wir als Jamaika-Fraktionen weitestgehend folgen, haben aber dennoch eigene weitere Schwerpunkte gesetzt, wie die Bezuschussung des Landesfrauenrats, des Projekts Myriam - My Rights as a female Migrant - oder von contra, der Fachstelle gegen Frauenhandel. Wir fördern E-Sport im Land durch den Aufbau einer kommunalen Infrastruktur und durch die Förderung des Fachverbandes.

Ein weiteres Projekt, das für uns Grüne besonders wichtig ist, ist das Pilotprojekt zur Sicherstellung der Wasserrettung auf den Inseln und Halligen, das Northern Helicopter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Sie alle wissen, dass sich der Möllner Brandanschlag nächstes Jahr zum 30. Mal jährt. Für die Gedenkarbeit, für die Vernetzung der Initiativen und öffentliche Veranstaltungen stellen wir ebenfalls Mittel zur Verfügung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Bei unserer Landespolizei werden wir einen Aufwuchs um 122 Stellen haben, der gerade mit Blick auf die Altersabgänge relevant sein wird. Wir wissen, dass wir die Polizei auch in Zukunft ausrei-

chend mit Personal ausstatten müssen, vor allem um die Belastung und die Überstunden verringern zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Personal bedeutet aber auch solches, das sich um die psychologische Verfasstheit der Polizistinnen und Polizisten und Angestellten kümmert. Deshalb wollen wir einen Ausbau des psychologischen Dienstes, um für gute Arbeitsbedingungen bei dieser schweren Aufgabe zu sorgen.

Sie wissen, dass unser grüner Ansatz, deutlich erkennbar auch in der Novellierung unseres Polizeigesetzes, immer einer ist, der eine Ausgewogenheit zwischen einer vernünftigen Ausstattung der Polizei - rechtlich, personell und in der Ausrüstung - und den Bürgerinnen- und Bürgerrechten, die jederzeit gewahrt sein müssen, bedeutet.

Wir sind außerdem der Überzeugung, dass wir im nächsten Haushalt die finanzielle Unterfütterung des Landesaktionsplans gegen Rassismus ausbauen müssen,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Martin Habersaat [SPD])

besser noch: den Aktionsplan in ein Landesantidiskriminierungsgesetz münden lassen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir wollen die guten und kritischen Debatten, die wir für den Bildungsbereich, den Innenbereich und insgesamt für den öffentlichen Dienst geführt haben, fortführen. Wir alle wissen, dass 97 % der Landesfläche in Schleswig-Holstein den ländlichen Raum umfasst. 87 % unserer Bevölkerung lebt dort. Damit diese Orte lebendige und starke Räume bleiben, wollen wir das Potenzial dieser Räume noch mehr ausschöpfen. Deshalb investieren wir auch weiter in die Entwicklung und unterstützen die Kommunen bei der Daseinsvorsorge. Dafür nutzen wir vor allem die EU-Mittel der EU-Fonds, in erster Linie ELER, aber auch EFRE und ESF, und die Mittel des Bundes im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben durch Bereitstellung der erforderlichen Kofinanzierungsmittel und ein breites Portfolio an Fördermaßnahmen. Dabei spielen natürlich die AktivRegionen, spielt das Miteinander der verschiedenen Akteure und Akteurinnen eine extrem wichtige und tragende Rolle. Darum an dieser Stelle auch mein Dank an die vielen Engagierten vor Ort, in den AktivRegionen und in den Projekten.

(Aminata Touré)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Eine große Herausforderung ist dabei der Zugang zu klimafreundlicher und barrierefreier Mobilität. Zukünftig wollen wir die Chancen der Digitalisierung noch stärker nutzen und die Vernetzung der ländlichen Räume mit den Städten verstärken, zum Beispiel durch Co-Working-Spaces.

Besonders hervorzuheben ist auch das 20-Millionen €-Programm „Wohnraum für besondere Bedarfsgruppen“ für Menschen, die sonst nur schwer Wohnraum finden, wie Wohnungslose, Frauen aus Frauenhäusern, aus der Haft Entlassene oder von Armut bedrohte Personen. Es bietet maximale Flexibilität für Investoren und Investorinnen, aber vor allem auch die Kommunen und Institutionen wie kein anderes Programm. Neubau, Modernisierung und sogar Gebäudekauf mit anschließendem Umbau sind förderfähig. Das müssen und werden wir fortführen und gleichzeitig, solange noch nicht genügend angemessener Wohnraum überall vorhanden ist, für eine Stabilität der Mieten und der Mietnebenkosten sorgen.

Meine Zeit reicht nicht aus, um auf alle Bereiche intensiv einzugehen. Erwähnung finden muss dennoch, dass wir auch im Bereich des Katastrophenschutzes ein Bevölkerungsschutzpaket für die Jahre 2022 bis 2030 mit 35 Millionen € vorgesehen haben. Wir haben 22 Millionen € für unsere Sportstätten bereitgestellt, eine Aufstockung der Mittel für Dorferneuerungsmaßnahmen und viele weitere Punkte vorgesehen. Auch wenn wir viele politische Projekte in den vergangenen fünf Jahren umsetzen oder zumindest anstoßen konnten, gibt es auch für die kommenden Jahre noch eine Menge zu tun. Nichtsdestotrotz finde ich, dass wir ganz zufrieden auf diesen Einzelplan blicken können, und danke Ihnen recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat nun die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Einzelplan 04 ist ein sehr umfangreicher Einzelplan. Ich möchte daher nur einige wenige Punkte hervorheben, die uns besonders wichtig sind. Da wären wieder die Stellenpläne, sowohl für die Polizei als auch für den Justizbereich.

In der Nachschiebeliste wurde diesbezüglich ja zumindest etwas nachgelegt, und das ist auch grundsätzlich lobenswert. Allerdings reichen diese Stellenaufstockungen aus unserer Sicht noch immer nicht aus. Seit Langem fordern wir hier die Streichung der kw-Vermerke in den Stellenplänen; denn wir brauchen schlicht und ergreifend mehr Polizeikräfte, insbesondere im Streifendienst, und auch im Justizbereich wird jede Kraft gebraucht.

(Beifall SSW)

Ein zweites Thema ist für uns die Förderung der Frauenhäuser. Die Zahlen sind wirklich bitter und erschreckend. Gewalt gegen Frauen ist leider nach wie vor allgegenwärtig und trat insbesondere während der Lockdown-Phasen in der Coronapandemie noch einmal verstärkt auf. Die Mehrbedarfe nach Schutzplätzen, bezahlbarem Wohnraum für betroffene Frauen und Kinder und allgemeiner Unterstützung sind hoch. Es ist furchtbar und inakzeptabel, dass auch 2021 hilfesuchende Frauen und ihre Kinder aufgrund von Platzmangel teilweise abgewiesen werden mussten. Lobenswerterweise hat die Landesregierung reagiert und die Förderung insgesamt aufgestockt. Dennoch müssen wir die Situation im Blick behalten. Die Ansätze müssen bedarfsdeckend und die Standortverteilung muss flächendeckend sein.

Schon seit Langem haben sich der SSW und unser Frauenpolitisches Forum daher insbesondere für die Errichtung von Frauenhäusern im Norden, sprich in den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland, starkgemacht; denn hier gab es bislang ein paar Plätze in Flensburg, ein paar in Rendsburg und dazwischen einen leeren Fleck; für betroffene Frauen dort ein unhaltbarer Zustand. Inzwischen haben wir ja endlich die Zusage, dass hier etwas passieren wird. Es wird zwei weitere Frauenhäuser geben, eines in Schleswig-Flensburg und eines in Nordfriesland. Dies ist ein großartiges wie ja leider auch dringend notwendiges Projekt.

(Beifall SSW und Serpil Midyatli [SPD])

Ein weiteres Instrument, um der Gewalt an Frauen frühzeitig wirksam etwas entgegenzusetzen, ist die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention. Diese setzt deutlich früher an, indem sie nämlich ausdrücklich niedrigschwellige Prävention fordert. Hier müssen wir die Angebote noch weiter stärken und ausbauen; denn Ziel muss es weiterhin bleiben, dass wir als Gesamtgesellschaft daran arbeiten, Frauenhäuser insgesamt möglichst überflüssig zu machen, auch wenn dies wohl leider noch ein sehr langer Weg ist.

(Jette Waldinger-Thiering)

Ein langer Weg wird es wohl auch für unser Thema Nummer drei, die Förderung des E-Sport im Land. Die Jamaika-Koalition hat ja immerhin den Titel zur Förderung von kommunalen E-Sport-Häusern auf 120.000 € erhöht,

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Sehr gut!)

aber auf langfristige Sicht wird diese Summe nicht ausreichen. Zudem werden Projekte auf die lange Bank geschoben, die eigentlich einmal vonseiten des Landes angestoßen worden waren, wie eben ganz prominent die bereits eingangs erwähnte E-Sport-Akademie an der FH Westküste in Heide. Hier hat die Landesregierung eklatant versagt, aber der SSW wird die Systeme, wie angekündigt, weiter im Auge behalten.

(Beifall SSW und Stephan Holowaty [FDP])

Ansonsten beinhaltet unsere Antragstabelle zu diesem Einzelplan sämtliche Einzelposten und die übergeordnete Maßnahmengruppe zum Betrieb der Abschiebehafte in Glückstadt. Diese lehnt der SSW nach wie vor entschieden ab. Daher sollte diese Maßnahmengruppe auch komplett gestrichen werden. Gut 9 Millionen € Ausgaben könnten so auf einen Schlag eingespart und anderswo sinnvoller investiert werden.

(Beifall SSW)

Gleiches, meine sehr geehrten Damen und Herren, gilt natürlich auch für die Abschiebehafte-Einzelposten im Einzelplan 12, den wir mit derselben Begründung ebenfalls ablehnen.

(Beifall SSW und Serpil Midyatli [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Für die CDU hat sich der Abgeordnete Heiner Rickers gemeldet.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kollegen! Was wäre der ländliche Raum, wenn er nicht vernünftig erschlossen würde? Bei aller Digitalisierung hilft es nichts: Die Menschen müssen immer noch von A nach B kommen, und das möglichst umweltneutral und so, dass sie damit zufrieden sind und die ländlichen Räume nicht abgehängt werden.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Dazu gehört auch der ländliche Wegebau. Sie kennen die Spurbahn - so nennen wir das - oder Plattenwege: Die stammen zum größten Teil aus dem letzten Jahrtausend und sind abgängig. Für diejeni-

gen, die sie mitnutzen, nämlich für Fahrradfahrer - das haben wir in der letzten Landtagstagung hier ausführlich diskutiert - sind sie unerlässlich, um von A nach B zu kommen. Deswegen bedanke ich mich auf diesem Wege beim Ministerium für ländliche Räume für die Initiative, dass wir Mittel für den ländlichen Wegebau zur Verfügung stellen, der multifunktional aussehen soll und alles miteinander verbindet, was der ländliche Raum heute fordert.

Das ist nicht nur der Anspruch der Landwirtschaft, mit größer gewordenen Maschinen vernünftig zu ihren Feldern zu kommen, die Ernte einzufahren oder das, was man dafür braucht, auszubringen. Es ist auch für die ländliche Bevölkerung wichtig, um tatsächlich in Anspruch nehmen zu können, was ich erwähnt habe. Es ist gut angelegtes Geld. Die Wegunterhaltungsverbände, die viele von Ihnen kennen werden, die in den Regionen die Kommunen vertreten und oft auf Kreisebene, gebunden als Zweckverband, die ländlichen Wege nicht nur unterhalten, sondern auch neu bauen und ausbauen, werden uns dieses danken. Hängen Sie die ländlichen Räume nicht ab!

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Dazu gehört auch, dass wir den Weg bauen und nicht nur digitalisieren. - Herzlichen Dank für diese Initiative.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Özlem Ünsal.

Özlem Ünsal [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Thema, das uns nach wie vor unter den Fingernägeln brennt, sind die hohen Mieten, wenig Platz für die Ärmsten bis hin in die Mitte unserer Gesellschaft. Ich predige es mantraartig.

Die Mieten steigen in Schleswig-Holstein, insbesondere in den Ballungsgebieten, deutlich stärker als die Inflation oder die Löhne und Gehälter. Das trifft vor allem die Einkommenschwächsten unserer Gesellschaft in ihrer Existenz. Das bezahlbare Wohnen bleibt deshalb für uns als SPD weiterhin die soziale Frage unserer Zeit und ist leider auch im Land weiterhin ungelöst: Baustellen en masse.

Zudem hat Corona die Strukturprobleme auch in unseren Innenstädten und Ortszentren verstärkt. Unsere Fraktionsvorsitzende hat es ausgeführt.

(Özlem Ünsal)

Jamaika muss endlich die erweiterten Instrumente des Baulandmobilisierungsgesetzes freigeben, damit die Kommunen in der Entwicklung ihrer Vorhaben nicht ausgebremst werden. Bisher ist hier leider Fehlanzeige. Es braucht mehr Tempo bei der Umsetzung des von uns initiierten Baulandfonds für Schleswig-Holstein. Wir sind auch hier deutlich im Verzug. Dank Ihnen gibt es hier als erstem Bundesland in der gesamten Republik nicht mehr die Mietpreisbremse. Diese Entscheidung kollidiert diametral mit den wohnungspolitischen Entwicklungen des Bundes. Der Markt alleine regelt es nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie oft müssen wir das hier noch diskutieren?

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

Für uns gehören deshalb im Baukasten mehrere Bausteine zusammen. Ich möchte das hier im Rahmen meiner beschränkten Zeit kurz ausführen: In Schleswig-Holstein fallen weiterhin mehr Wohnungen aus dem sozialen Wohnungsbau, aus den Sozialbindungen. Wir haben es in der letzten Landtags-tagung diskutiert. Das muss dringend kompensiert werden, liebe Jamaikaner!

Im vergangenen Herbst haben wir als SPD deshalb erfolgreich 60 Millionen € - meine Kollegin Aminata Touré hat ja die 20 Millionen € bereits erwähnt - zentral im Corona-Nothilfeprogramm verhandelt. Dies betrifft nicht nur den Bereich, den Sie genannt haben, sondern für uns gehört studentisches Wohnen ebenfalls dazu. Gleiches gilt für unseren Vorstoß mit 10 Millionen € was die Trendwende in unseren Innenstädten angeht.

Ich muss dazu feststellen: Ohne uns wäre das in dieser Form weder im Wohnungsbau noch im Innenstadtbereich erfolgreich von Ihnen gekommen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das stimmt!)

Wir sehen auch weiter die Notwendigkeit, es zu unterstützen, und haben deshalb einen Förderantrag in Höhe von 5 Milliarden € eingebracht. Da muss noch ein bisschen was passieren!

(Zurufe: 5 Milliarden?)

- 5 Millionen € 5 Milliarden fände ich auch gut, es sind aber 5 Millionen. Ich hätte da viel mehr Lust zu, aber 5 Millionen € sind es auf alle Fälle, und die braucht es auch, solange diese Entwicklung noch nicht gestoppt ist.

Für uns gehören aber auch die kommunalen Wohnungsbaustrukturen dazu. Auch die wollen wir stärken, weil sie als Korrektiv am Markt auftreten müssen. Wir wollen, dass dieses wunderschöne Bundes-

land gemeinwohlorientierten Wohnraum nicht aus den Augen verliert. Auch da müssen wir weiter ran. Zum Klimaschutz - wir haben es eben gesagt: sozial, digital, klimafreundlich - gehört für uns auch die Begrünung von Dächern und Fassaden. Auch das vernachlässigen wir nicht.

All das haben Sie in ihrer Bilanz bisher nicht vorzuweisen. Wenn das Ihre Fünfjahresbilanz in diesem Bereich ist, sage ich nur: Gute Nacht! Tatsächlich schafft es diese Landesregierung bisher so mit Ach und Krach, das Notwendigste dort, wo Sie von uns getrieben werden, in Gang zu bringen. Alles andere ist liegen geblieben. Deshalb hoffen wir, dass wir am 8. Mai auch in der Landespolitik eine Trendwende einleiten können. In diesem Sinne: Stimmen Sie unseren Anträgen zu! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Stefan Weber.

Stefan Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Chance verpasst“, würde ich sagen. Zum Thema Frauenhausfinanzierung haben Sie, Frau Ministerin Sütterlin-Waack, gute Vorlagen gehabt, aber leider den Punkt nicht gemacht. Meine Kollegin Beate Raudies brachte es in ihrer Rede im September auf den Punkt. Ich zitiere - mit Erlaubnis der Präsidentin -:

„Mit der Bedarfsanalyse ... haben wir etwas Großartiges auf den Weg gebracht. Wir haben ... zum ersten Mal einen umfassenden Überblick darüber ..., was in unserem Land beim Thema Gewaltschutz geleistet wird. Die Bedarfsanalyse zeigt, dass wir gute Strukturen haben - nur nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne ausreichende finanzielle Unterstützung.“

Ich könnte jetzt die komplette Rede von Frau Raudies zitieren, denn sie beschreibt die aktuelle Situation immer noch sehr gut. Unsere Frauenhäuser sind aber trotz der Erhöhung der Platzkostenpauschale immer noch nicht vollumfänglich finanziert. Das ist auch den Stellungnahmen der Einrichtungen und der Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser zum Haushaltsbegleitgesetz 2022 im Rahmen der Anhörung des Finanzausschusses im November dieses Jahres deutlich zu entnehmen.

Vor allen Dingen werden die real entstehenden Miet- und Betriebskosten weiterhin nicht gedeckt.

(Stefan Weber)

Auch die Personalkosten und die Personalschlüssel sind noch nicht bedarfsgerecht gelöst. Wir fordern Sie auf, Frau Ministerin, endlich eine flächendeckende und bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser und -beratungsstellen sicherzustellen, damit diese so wichtige und notwendige Arbeit - das betonen alle demokratischen Parteien in diesem Haus immer wieder - auch in den nächsten Jahren sichergestellt ist. Daher wollen wir mit unserem entsprechenden Haushaltsantrag deren Finanzierung um 1,7 Millionen € erhöhen, und zwar dauerhaft. Tun wir das zum Schutz der Frauen vor Gewalt oder, um fachkundliche Beratung zu bekommen. Tun wir es, weil es eine gesellschaftliche Pflichtaufgabe ist, Frauen und ihre Kinder vor jeglicher Gewalt zu schützen. Tun wir es, um den Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen Planungssicherheit zu geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Jamaika-Koalition: Stimmen Sie unserem Antrag zu, stimmen Sie für unsere Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen! - Vielen Dank.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Schwerpunkt in der gesamten Legislaturperiode bildete die innere Sicherheit. Für die Polizei wurden und werden 755 Planstellen und Stellen geschaffen beziehungsweise bereitgestellt. Der größte Anteil entfällt auf die zusätzlichen 500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten, davon 324 für schutzpolizeiliche Belange, 22 für die Wasserschutzpolizei und 154 für die Kriminalpolizei. Darüber hinaus wurden neue Stellen bereitgestellt, nämlich zum Aufbau der ständigen zweiten Einsatzhundertschaft, für die Bekämpfung von Terror und Kindesmissbrauch, für das Kompetenzzentrum Digitale Spuren, für die Luftbildauswertung und zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, Stichwort Rader Hochbrücke.

Darüber hinaus werden wir den psychologischen Dienst ausweiten, damit unsere Polizistinnen und Polizisten nach belastenden Einsätzen die dringend benötigte Hilfe bekommen. Mit der Nachschiebelis-

te 2022 werden - als Reaktion auf die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal - die haushaltsrechtlichen Grundlagen für ein umfangreiches Bevölkerungsschutzpaket auf den Weg gebracht, das in den Jahren 2022 bis 2030 umgesetzt werden soll. Zur anfänglichen Finanzierung können Mittel in Höhe von 35 Millionen € aus dem Jahr 2021 genutzt werden, die aus der nicht benötigten Zinsvorsorge kommen. Das Konzept der Krisenmanagementstruktur wird organisatorisch neu gestaltet und räumlich und technisch den heutigen Anforderungen zukunfts-sicher angepasst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Frau Ünsal, es ist nicht richtig, „gute Nacht“ zu sagen, sondern, was das Thema Bauen und Wohnen angeht, sage ich: Guten Tag!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dieses Thema hat nämlich die gesamte Legislaturperiode geprägt. Wir haben in den letzten Jahren in diesem Bereich eine gute Entwicklung gesehen. Die Baugenehmigungs- und Fertigstellungszahlen sind so hoch wie seit Anfang der 2000er-Jahre nicht mehr. Damit wird ganz aktiv zur Entspannung der Wohnungsmärkte in Schleswig-Holstein beigetragen.

Steigende Baukosten stellen die Wohnungsunternehmen aktuell jedoch vor immer größere Herausforderungen. Daher ist es gut und unerlässlich, dass wir im Landeshaushalt weiterhin in großem Umfang Mittel bereitstellen, um die Wohnraumförderung in die Lage zu versetzen, die Förderangebote immer wieder an die bestehenden Bedarfe anzupassen. So haben wir zu Beginn dieses Jahres den Zuschuss im Mietwohnungsneubau von 375 € pro Quadratmeter auf bis zu 450 € pro Quadratmeter erhöht und bereiten eine weitere Nachsteuerung vor. Mehr als 900 Millionen € - eine Rekordsumme - stehen in dieser Förderperiode bereit und werden auch gut in Anspruch genommen. Dies sichert die Schaffung bezahlbarer Wohnungen.

Zudem unterstützen wir mit dem Wohngeld gezielt diejenigen Haushalte, deren Einkommen nicht ausreicht, um die Miete zu begleichen. Mehr als 25.000 Haushalte profitieren von dieser Leistung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf, die laufenden Nummern 13 bis 34. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der SPD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion, die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW. Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf, die laufenden Nummern 5 bis 26. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann den Änderungsantrag zum Stellenplan in der Drucksache 19/3499 auf, die laufende Nummer 27. Wer der Änderung des Stellenplanes zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD. Ich rufe die Änderungsanträge des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD zum Einzelplan 04 auf, die laufenden Nummern 1 bis 15. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Abgeordneten des SSW, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 - Finanzministerium - auf. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf, die laufenden Nummern 35 bis 62. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Abgeordneten des SSW und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe dann den Änderungsantrag zum Stellenplan in der Drucksache 19/3498 auf, die laufende Nummer 198. Wer der Änderung des Stellenplanes zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Abgeordneten des SSW und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW. Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf, die laufenden Nummern 28 bis 34. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus - auf. Als Erstes hat der Abgeordnete der CDU-Fraktion Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Midyatli hat heute Morgen zu Beginn gesagt, dass es ein ehrlicher Haushalt ist.

(Lukas Kilian)

Die Finanzministerin hat das schon aufgegriffen und gesagt, dass viele vorangegangene Finanzminister mit dieser Kritik gut leben können. Ich muss feststellen, dass es auch eine ehrliche Debatte ist: Denn dass die SPD-Fraktion zu den Themen Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Tourismus und Technologie gar keine Redezeit angemeldet hat, ist auch sehr ehrlich - man soll ja nur zu den Themen reden, von denen man eine Ahnung hat.

(Beifall CDU und FDP)

Mit dem Einzelplan 06, dem Haushalt für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Tourismus und Technologie modernisieren wir unser Land weiter. Der Einzelplan 06 ist ein wahrer Investitionshaushalt: 239,5 Millionen € werden dort für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen veranschlagt. Über 90 Millionen € davon investieren wir - auch das haben Sie nicht ganz korrekt zitiert, Frau Midyatli - in Straßen und Radwege; ich betone: und Radwege. Denn unsere Landespolitik zeichnet sich dadurch aus, dass wir nicht wie die vorangegangene, SPD-geführte Landesregierung unsere Infrastruktur verfallen lassen. Nein, wir zahlen den Unterhalt für unsere Landesstraßen und wollen die Infrastruktur in einen guten Zustand versetzen und erhalten.

(Beifall CDU und FDP)

Mit dem Ausbau von Straßen- und Radwegen, mit dem Ausbau von Radschnellwegen zeigen wir auch: Gute Verkehrspolitik spielt Straße und Radweg nicht gegeneinander aus. Man sieht an der Landeshauptstadt, was passiert, wenn man mit ideologischen Schranken das eine will und das andere nicht umsetzt.

Im Schienenbereich haben wir die Weichen auf Zukunft gestellt. Mehr als 20 Millionen € Landesmittel stehen zur Verfügung, um in unserem Land die Schieneninfrastruktur zu verbessern. Die dienen ganz nebenbei als Hebel für Bundesmittel, mit denen wir wahnsinnig viel für unser Land erreichen werden. Ob Taktverbesserungen, Reaktivierung, Elektrifizierung - wir modernisieren unsere Infrastruktur massiv. Wenn das kein Beitrag zum Klimaschutz ist, müssen Sie mir das einmal erklären.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Auch wirtschaftspolitisch gibt es eine Vielzahl von Themen, die man hier ansprechen könnte. Ich möchte nur ganz kurz zwei herausgreifen, weil die Redezeit begrenzt ist. Einerseits finde ich es sehr positiv, dass auch in Zeiten wie diesen - in der Co-

ronakrise - Gründungen in unserem Land massiv im Trend liegen. Der Gründungsgeist in diesem Land ist geweckt und aktiv. Deswegen ist es wichtig, dass wir mit dem Landeshaushalt weiterhin die großartige Arbeit im Bereich von StartUpSH und Ähnlichem unterstützen. Wer in dieser Zeit etwas gründet, verdient die bestmögliche Unterstützung durch das Land. Deswegen handeln wir.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ein weiteres Feld ist die Tourismusbranche. Corona hat den Tourismus hart getroffen. Auch hier setzen wir weiterhin Akzente, fördern die Tourismusagentur Schleswig-Holstein, damit unsere nachhaltige Tourismusstrategie umgesetzt werden kann. Auch das halte ich für einen richtigen Ansatz. Da ist viel Musik drin, das ist der Modernisierungsmotor in unserem Einzelplan 06.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kay Richert.

Kay Richert [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir als Jamaika-Koalition sind angetreten, um durch jede unserer Maßnahmen das Leben für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ein bisschen besser zu machen, und wir haben das bisher ganz gut hingekriegt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahrscheinlich liegt das auch daran, dass wir wissen, dass Wirtschaftspolitik auch immer Sozialpolitik ist, weil es eben immer um die Menschen geht.

Wir investieren in Infrastruktur, damit Menschen und Unternehmen in Schleswig-Holstein mobil werden. Da haben viele zuallererst Straßen und Wege im Auge, aber auch der Ausbau der Glasfaserversorgung betrifft wichtige Infrastruktur, gerade im ländlichen Raum, mit der wir unser Land modern und robust aufstellen.

Wir investieren in die Ausbildung der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, zum Beispiel durch die Förderung von Ausbildung in Gesundheitsfachberufen. Das sind wichtige Berufe, die sowohl zur Wertschöpfung als auch zum Wohl-

(Kay Richert)

befinden der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beitragen.

(Beifall FDP und CDU)

Wir investieren in das Handwerk. Das ist ein Bereich, der mir persönlich sehr am Herzen liegt. Mit unserer Meistergründungsprämie haben wir inzwischen schon über 450 Meisterinnen und Meistern geholfen, ihren Traum vom eigenen Betrieb zu verwirklichen und gleichzeitig zum Wohlstand und zur Sicherheit in ihrer Region beizutragen.

(Beifall FDP und CDU)

Hervorheben möchte ich aber noch zwei andere Projekte, die sehr wichtig für die Menschen in Schleswig-Holstein sind. Das eine ist die Ansiedlungsstrategie. Wir wollen, dass sich mehr Unternehmen bei uns ansiedeln, dass mehr Betriebe gute, anspruchsvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein schaffen. Wir wollen, dass sich Unternehmerinnen und Unternehmer bei uns willkommen fühlen. Wir wollen, dass man über Schleswig-Holstein sagt: Das ist das Land, in dem wir gut und gerne wirtschaften können.

Die schriftliche Anhörung zur Ansiedlungsstrategie hat durchweg ausgesprochen positive Rückmeldungen gebracht. Die Anregungen, die wir bekommen haben, besonders was das Engagement im nördlichen Landesteil betrifft, werden wir mit den Expertinnen und Experten im Wirtschaftsausschuss weiter beraten und zu guten Ergebnissen kommen.

Das andere Projekt, über das ich reden möchte, ist unser Einsatz für Social Entrepreneurship und Social Innovation. Sie kennen das alle noch gut; wir haben im März 2021 darüber diskutiert, sehr emotional, wenn ich mich richtig erinnere. Am sozialen Unternehmertum und an sozialen Innovationen kann man meiner Meinung nach deutlich ersehen, wie sehr Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik miteinander verwoben sind und voneinander abhängen. Wir wollen nämlich, dass engagierte Menschen durch die Verbindung von sozialem Engagement und Unternehmertum unsere Gesellschaft verbessern. Wir wollen nicht nur, dass junge Menschen ihre unternehmerische Ader entdecken, sondern wir wollen ihnen auch zur Umsetzung ihrer Ideen verhelfen. Dafür werden wir im Bereich des sozialen Unternehmertums eine Lücke schließen, die es bislang gab. Das ist gut investiertes Geld in die Zukunft unserer Gesellschaft.

(Beifall FDP und CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich sehe, dass die Zeit sich dem Ende neigt. Deshalb möchte ich nur

noch eine abschließende Bemerkung machen. Frau Midyatli hat heute Morgen gesagt: Jamaika ist am Ende. Ich sage: Wir sind am Ende der ersten Legislaturperiode, und es war eine ausgesprochen gute Zeit für dieses Land. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

Stephan Holowaty [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Jamaika sorgt für mehr Mobilität im Land. Wir wollen, dass Menschen einfach besser dort hinkommen, wo sie hincollen, dass Waren besser dort hinkommen, wo sie hinsollen, dass Ideen, Wissen und Gedanken im Land überall hinkommen und zu hören sind. Dafür ist Mobilität die Grundlage. Ob es Datenverbindungen sind, die Schiene, Radwege oder Straßen, sie schaffen diese Mobilität. Da investiert Jamaika auch im nächsten Jahr in die Zukunft Schleswig-Holsteins.

(Beifall FDP und CDU)

Auch 2022 werden wir wieder 90 Millionen € in unsere Landesstraßen und die begleitenden Radwege - bitte genau zuhören: in die Radwege - investieren. Das ist gut angelegtes Geld. Wir wissen aber, dass das größte Hemmnis beim Infrastrukturausbau nicht allein das Geld ist, sondern die nach wie vor unglaubliche Dauer von Planungsvorhaben. Es ist wirklich gut, dass sich die neue Bundesregierung zum Ziel gesetzt hat, die Planungsdauer zu halbieren. Das ist übrigens, was Jamaika im Koalitionsvertrag 2017 auch schon als besonders wichtig aufgeführt hat. Deshalb fühlen wir uns unter der Jamaika-Flagge auch bei der Planungszeitverringering sehr wohl.

(Beifall FDP)

Genauso wichtig ist es daher, dass wir das Amt für Planfeststellung Verkehr im Land weiter stärken, es schneller und schlagkräftiger machen. Das schaffen wir durch personelle Wertschätzung, das schaffen wir durch aufgabengerechte Entlohnung. Allein der Titel für planmäßige Beamte steigt um fast 50 %.

Ich wünsche mir in dem Zusammenhang übrigens die Umweltverbände als Partner bei der umweltschonenden Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen.

(Stephan Holowaty)

men - als Partner. Es muss doch darum gehen, wichtige Infrastrukturmaßnahmen im Land für die Menschen hier umzusetzen, und nicht darum, einen Infrastrukturstillstand zu produzieren.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP])

Deshalb wäre es gut, Umweltverbände als Partner und nicht als Gegner von Infrastruktur zu haben. Wenn aber konsequent immer genau dann, wenn alle Einwände berücksichtigt sind und eigentlich alles fertig ist, die nächste Haselmaus aus dem Busch hüpft, gibt es doch Zweifel, ob es um Partnerschaft oder fundamentales Verhindern geht.

Genau diesen Lobbyismus auch noch - wie die SPD es beantragt hat - mit staatlich finanzierten Stellen zu unterstützen, hat mit einer klaren Aufgabentrennung zwischen Staat und Zivilgesellschaft nichts mehr zu tun. Deshalb ist Ihr Antrag, liebe SPD, zur staatlichen Finanzierung von Stellen in den Umweltverbänden aus meiner Sicht absolut absurd. Die Stärkung des Amtes für Planfeststellung Verkehr ist genau der richtige Weg für eine sachgerechte Abwägung zwischen Umwelt und Infrastruktur. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat der Abgeordnete Peer Knöfler.

Peer Knöfler [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir in Schleswig-Holstein leben vom Tourismus. Das ist auch gut so. Wichtig dabei ist, dass man den Tourismus auf das ganze Jahr überträgt, das heißt ganzjährig ausbaut. Was haben wir in der Winterzeit weniger? Wir haben weniger Sonne. Aber was haben wir mehr? Wir haben mehr Leute, die hierherkommen, die Angeln fahren wollen. Insofern freue ich mich darüber, dass wir über einen Fraktionsantrag im Haushalt eine Summe von 200.000 € verankert haben, um die letzten Angelkutter, die wir an der Küste noch haben, zu erhalten.

(Unruhe)

Wir brauchen Schiffe, damit Leute, die aus der Stadt Kiel kommen, wenn sie denn in kleine Orte, in kleine Häfen ans Wasser fahren, vielleicht auch noch einmal einen Kutter sehen. Wir brauchen Schiffe, damit - wenn in Zukunft der Klimawandel weiter fortschreitet, was unstrittig ist - einige der Dinge, die im Ampel-Vertrag in Berlin niederge-

schrieben sind und umgesetzt werden sollen, auch in Schleswig-Holstein tatkräftig unterstützt werden können. Auch wenn wir Weltkriegsmunition bergen wollen, brauchen wir Schiffe, die noch vorhanden sind.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es gibt zwar nur noch sechs Angelkutter - allesamt Familienbetriebe -, aber diese sechs Betriebe machen eine Wertschöpfung von mindestens 70 Millionen € in der Region aus. Denn es kommen Menschen, die hier übernachten, die Restaurants besuchen, den Einzelhandel nutzen und entsprechendes Equipment kaufen. Das sollte nicht vernachlässigt werden. Nachgeordnet gibt es Handwerksbetriebe, die das Ganze pflegen müssen.

Diese Betriebe werden, wenn wir nichts tun, in den nächsten Jahren nicht mehr vorhanden sein. Dann ginge eine ganze Menge verloren, dann fehlte uns auch eine ganze Menge Tradition.

Insofern ist es gut, dass wir einen Haushaltstitel um 200.000 € erhöhen und diese Summe für die betroffenen Betriebe reservieren. Wichtig ist dabei, dass die Förderrichtlinie so ausgestaltet wird, dass es nicht zu Mitnahmeeffekten kommt und andere daran teilhaben, die jetzt plötzlich eine Ader für das Angeln entdecken.

Ich freue mich darüber, dass dieser Fraktionsantrag Zustimmung gefunden hat, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat sich der Abgeordnete Joschka Knuth gemeldet.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich freue mich sehr über Einzelplan 06, weil er deutlich die Handschrift von Jamaika trägt, weil er deutlich zeigt, wie ernst wir es meinen mit dem Gestaltungswillen dieses Landes, wie ernst wir es meinen mit dem Angehen der Zukunftsherausforderungen, die vor uns liegen, beispielsweise im Bereich des Mittelstandes und der Wirtschaft - die Ansiedlungsstrategie ist angesprochen worden -, der guten Ausbildungs- und Gründungsbedingungen im Handwerk und der Gründungen allgemein. Da gibt es immer wieder neue Projekte, die wir gemeinsam auf den Weg bringen. Das

(Joschka Knuth)

freut mich sehr, und das zeigt, wie viel Gestaltungswillen in dieser Koalition steckt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Das Gleiche gilt selbstverständlich für den Bereich der Mobilität, wenn wir uns anschauen, was wir tun für die Mobilitätswende, für den Ausbau von Radwegen, die Schieneninfrastruktur, die Elektrifizierung unserer Schieneninfrastruktur und den Erhalt und Ausbau unserer Landesstraßen. Das ist ein wichtiges und richtiges Signal, das von diesem Einzelplan ausgeht.

Zum Thema Infrastruktur möchte ich, weil mich der Beitrag des Kollegen Holowaty dazu ermutigt hat, eines deutlich machen: Es ist nicht die Schuld der Umweltverbände, dass Planungen länger dauern, dass sie zum Teil scheitern oder nicht vollständig sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe)

Wenn man es ernst meint, diese Zukunftsgestaltung partnerschaftlich und gemeinsam anzugehen, ist es falsch, auf potenzielle Partnerinnen und Partner draufzuschlagen. Vielmehr braucht man eine ausgestreckte Hand, damit man tatsächlich gemeinschaftlich, wie wir es uns wünschen, eine gute Infrastrukturplanung im Land machen kann.

Das muss der Geist sein, mit dem wir in die nächsten Jahre gehen. Wir müssen deutlich machen, dass die Umweltverbände selbstverständlich partnerschaftlicher Teil von Planungsvorhaben sind. Das setzt voraus, dass man sie nicht schon im Voraus verurteilt und ihnen eine Rolle zuschreibt, sondern dass man es ernst meint mit der Partnerschaftlichkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Kay Richert [FDP])

Denn die Natur, die Tiere, die Pflanzen haben keine natürliche Stimme, mit der sie sich im Planungsprozess beteiligen können. Dafür braucht es die Fachbehörden und die Verbände, die ihre Interessen vertreten. Da gibt es sehr viel positives Wissen, das dazu beitragen kann, die Qualität und Akzeptanz der Planungen deutlich zu erhöhen. Da spielen die Naturschutzverbände eine wertvolle Rolle, die wir anerkennen, akzeptieren und in unseren Planungsprozessen aufgreifen sollten, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz, das Wort.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einzelplan 06 repräsentiert nicht nur die Kontinuität dessen, was Jamaika in den letzten Jahren als zentrale Herausforderungen adressiert hat, sondern er adressiert auch die zentralen Herausforderungen der Zukunft, die in diesem Land nach wie vor oben auf der Tagesordnung stehen. Der Infrastrukturausbau gehört immer noch dazu. Wir sind nicht am Ende, ganz im Gegenteil, wir sind mitten dabei. Wir haben da einen Schwerpunkt gelegt. Das betrifft alle Bereiche der Infrastruktur: die Straße, die Schiene, die Wasserstraße, die Häfen, aber auch die Digitalisierung und den Glasfaserausbau im Land, der in den nächsten Jahren flächendeckend zu Ende geführt werden muss. Das ist ein klarer Schwerpunkt in diesem Haushalt.

Einzelplan 06 adressiert aber auch die Herausforderungen beim Thema Innovationskraft des Landes. Wir sind ein Land, in dem die Innovationsausgaben, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, insbesondere in den Unternehmen so gering sind wie in kaum einem anderen Land. Deshalb ist es wichtig, dass wir über die Programme, die in Einzelplan 06 adressiert sind - EFRE, ESF -, die richtigen Anreize setzen, um Innovation im Lande zu ermöglichen, Unternehmergeist, Gründergeist zu befördern, in StartUpSH zu investieren. Ich freue mich darüber, dass wir inzwischen das flächenaktivste Gründungsland der Bundesrepublik Deutschland sind.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre falsch, da nachzulassen; da braucht es mehr.

Ich möchte auf einen Bereich hinweisen, der in Einzelplan 06 adressiert ist. Nicht nur für den Hotel- und Gaststättenbereich, sondern für das ganze Land ist eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft und ein potenzielles Wachstumshemmnis der Fachkräftemangel. Wir müssen den Fachkräftemangel angehen, auch gerade über das ESF-Programm der Europäischen Union, und Integration in den Arbeitsmarkt für Menschen gewährleisten, die vom

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Arbeitsmarkt vielleicht noch weit entfernt sind, die man heranholen kann. Denn wir brauchen sie alle, ob sie zugewandert sind oder nicht, und wir müssen Weiterbildung als zentrale Herausforderung der Zukunft adressieren, weil sich unsere Wirtschaft transformieren wird. - All das findet sich im Einzelplan 06.

Ich bin froh darüber, dass das alles angelegt wurde, und dankbar dafür, dass die Größenordnung dieses Haushalts in dieser Art und Weise zur Verfügung steht. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 63 bis 87, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU. Der Zusammenschluss der AfD und der SSW enthalten sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW, zunächst gemeinsame Einzelabstimmungen über Nummer 41 des Änderungsantrags „Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung innovativer Fahrradinfrastruktur wie Ladestationen für elektrisch unterstützte Räder, Abstellmöglichkeiten und weitere Bike&Ride-Angebote“ und Nummer 42 „Zuweisungen an Oberzentren und Mittelzentren zur Förderung der Sanierung und des Neubaus von Radwegen im innerstädtischen Bereich“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Zusammenschluss der AfD. Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 35 bis 40 und 43, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Zusammenschluss der AfD. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen des Zusammenschlusses der AfD. Ich rufe die Änderungsanträge des Zusammenschlusses der AfD zum Einzelplan 06, die laufenden Nummern 1 bis 9, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der AfD. - Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten im Haus. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion der SPD und der Zusammenschluss der AfD. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist Einzelplan 06 angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung 13:00 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Liebe Kollegen und Kolleginnen, nach Mitteilung der Regierung ist Minister Dr. Buchholz erkrankt. - Wir wünschen gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe den Einzelplan 07 - Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur - auf.

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Legislaturperiode haben wir bleibende Pflöcke für gute Bildungspolitik eingeschlagen.

Ein Beispiel, das wird in diesem Haushalt deutlich, ist die Unterrichtsversorgung, bei der wir mittlerweile 100 % erreicht haben. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Schritt für gute Bildung in Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

In dieser Legislaturperiode haben wir als Flächenland in Schleswig-Holstein mit dem Perspektiv-Schul-Programm - und das will ich an dieser Stelle sagen - etwas Besonderes auf den Weg gebracht. Damit unterstützen wir gerade schwierige Stadtteile. Das möchte ich besonders als ein Jamaika-Projekt hervorheben - ich weiß, dass Lasse Petersdotter

(Tobias von der Heide)

sich dort engagiert hat -, das auch Bundespolitik wird. Ähnlich, wie es auch bei „Kein Kind ohne Mahlzeit“ war, wird das - glaube ich - am Ende Bundespolitik. Das ist ein großes Signal der Jamaika-Koalition, mit dem wir in Richtung Berlin sagen: So kann man gute Bildungspolitik machen!

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir haben einen Quantensprung in der Digitalisierung der Schulen auf den Weg gebracht. Das machen wir auch mit diesem Haushalt deutlich. Ich erinnere noch einmal daran, dass die SPD, als sie noch das Bildungsministerium geführt hat, nicht einmal in der Lage war, jedem einzelnen Lehrer E-Mail-Adressen einzurichten. Wir stellen jetzt allen Lehrkräften digitale Endgeräte zur Verfügung, kümmern uns um den Support und sagen auch, wie das in der Zukunft funktioniert. Das ist ein echter Beitrag zur Digitalisierung.

Ihre Vorschläge bei Endgeräten von Schülern machen deutlich, dass Sie erstens bei dem Thema wenig Ahnung haben, wie man das auf den Weg bringt, und zweitens überhaupt nicht sagen können, wie man gute Ideen finanziert. Das machen wir anders.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir schaffen eben nicht nur bei der Hardware dauerhafte Strukturen.

Ein großes Thema ist auch das verpflichtend eingeführte Unterrichtsfach Informatik. Es war lange ein Problem und immer eine Ausrede, dass wir nicht genug Lehrkräfte hätten, die dieses Fach unterrichten können. Das haben wir als Jamaika-Koalition mit einer Weiterbildungsoffensive gelöst.

Jetzt geht es los: Wir werden Informatik an vielen Schulen jetzt als echtes, ordentliches, verpflichtendes Unterrichtsfach einbringen können. Auch das ist ein wahnsinnig guter Schritt, den wir mit diesem Haushalt zum Thema Digitalisierung an Schulen auf den Weg bringen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir machen auch etwas gegen den Fachkräftemangel. Wir haben das ja schon bei den Bauingenieuren so auf den Weg gebracht, jetzt schaffen wir auch einen neuen Pflegestudiengang. Das ist vom Wissenschaftsrat schon 2012 empfohlen worden. Der de-

mografische Wandel und die Coronapandemie haben gezeigt, was für ein großer Handlungsbedarf besteht. Wir wollen in Schleswig-Holstein einen neuen Studiengang auf den Weg bringen, einen Bachelor-Studiengang Pflege, ergänzend zu dem, was wir an der Universität Lübeck schon haben. Wir wollen in Schleswig-Holstein zügig 100 Pflegestudiendienplätze schaffen.

Auch da zeigen wir, dass wir als Jamaika an den Punkten, bei denen wir Probleme sehen - Fachkräftemangel ist so einer -, am Ende auch Lösungen liefern. Das ist also ein guter Haushalt, dem man am Ende nur - so wie es der SSW und die meisten anderen auch tun - nur zustimmen kann. - Danke.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP und Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der größte Teil des Budgets des Bildungsministeriums sind die Personalkosten, etwa 1,4 Milliarden € Davon wird ein Großteil für die Lehrkräfte an unseren 793 Schulen ausgegeben. Mit diesem Haushalt wird - legislaturperiodenübergreifend - der Weg fortgesetzt, die Unterrichtsversorgung an den Schulen Stück für Stück zu verbessern.

Das ist gut, das darf aber nicht über das neue Problem hinwegtäuschen: Während jahrelang die Schaffung der notwendigen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer das Problem war, ist es heute deren Besetzung. 100 % Unterrichtsversorgung oder mehr klingen super. Das relativiert sich allerdings, wenn auf den zweiten Blick deutlich wird, dass damit nur Stellenhüllen gemeint sind, die bekanntlich keine Kinder unterrichten. Vor allem an unseren Grundschulen und Förderzentren sind die Schwierigkeiten immens, diese Stellen wirklich zu besetzen. Selbst eine besetzte Stelle sorgt nicht zwingend für Unterricht, wenn krankheitsbedingter Ausfall, Abordnungen, Sabbatjahre oder Elternzeit dem entgegenstehen.

Über Jahre wird uns zudem beschäftigen, dass ein größer werdender Anteil unserer Lehrkräfte keine abgeschlossene Ausbildung in diesem Beruf hat. Letzten Monat haben Sie die Vorstellung einer Alli-

(Martin Habersaat)

anz für Lehrkräftebildung angekündigt. - Wir warten gespannt.

Die Coronapandemie mit dem zeitweisen Wegfall von Präsenzunterricht beeinflusst seit fast zwei Jahren den Schulalltag. Mit Bundes- und Landesmitteln sollen unter der Überschrift LERNCHANCEN:SH Programme für die Schülerinnen und Schüler gestartet werden, vor allem für diejenigen, die aufgrund ihres Lernstandes oder sozialer Benachteiligung einen besonders hohen Unterstützungsbedarf haben.

Allein: Fast die Hälfte der Schulen macht nicht mit. Fast die Hälfte der Schulen macht nicht mit! Ob Schülerinnen und Schüler auf diese Programme zurückgreifen können, hängt also nicht nur von ihrem Bedarf ab, sondern zu 50 % vom Zufall, nämlich davon, auf welche Schule sie gehen - wieder einmal. Sie verweisen auf das Programm, haben gute Beispiele parat, wo im Land irgendetwas stattfindet, aber verlassen kann man sich vor Ort auf diese Unterstützung nicht.

Die unheilvolle Kraft des Zufalls ist besonders dramatisch beim digitalen Lernen. Zieht der Schulträger mit? Interessieren sich meine Lehrkräfte für digitales Lernen? - Daran entschied sich, was in Zeiten des Distanzunterrichts möglich war. Bei der Lernplattform immerhin haben Sie Schritte zu mehr Verbindlichkeit gewagt - leider nur da, sonst hielten Sie sich raus.

Eines muss ich einräumen: An einer Stelle setzen auch wir auf den Zufall. Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen 1 Million € zur Verfügung stellen, damit sich die Schulen in Sachen Pädagogik und Didaktik mit digitalen Medien Fortbildungen ins Haus holen können. Wir hoffen darauf, dass die Schulen diese Möglichkeiten klug nutzen und die Ergebnisse dieser Fortbildungen, an denen nicht nur einzelne Lehrkräfte teilnehmen dürfen, sinnvoll einsetzen. Mehr können wir an dieser Stelle momentan nicht tun, weil Sie sich geweigert haben, das Schulgesetz in unserem Sinne zu ändern und das digitale Lernen und das Schulgesetz so zusammenzuführen, wie es dem Jahr 2021 angemessen gewesen wäre.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Sie halten sich da lieber raus. Noch immer haben nicht alle Schülerinnen und Schüler ein digitales Endgerät, obwohl es den Schülerinnen und Schülern von Herrn Günther sogar schon vor Corona für 2022 versprochen worden war.

(Zurufe SPD: Hört, hört!)

Noch immer warten viele Lehrkräfte auf ihre Dienstgeräte, laut Philologenverband 70,9 % der Befragten. Über die Hälfte der Befragten hält das an ihrer Schule installierte WLAN für den Unterricht für nicht brauchbar, meine Damen und Herren.

Glücklicherweise hat sich die Ampelkoalition im Bund auf eine Verstärkung des Digitalpakts verständigt. Kommunen in Schleswig-Holstein haben aber zunächst noch das Problem, dass nirgendwo sonst so schulträgerunfreundliche Förderbedingungen gelten wie bei uns. 15 % Eigenanteil werden fällig, während andere Länder mehr oder sogar alles übernehmen. Finanzstarke Schulträger in Schleswig-Holstein kompensieren so, dass finanzschwache Schulträger keinen Eigenanteil leisten müssen. Das Land hält sich raus. Ja, meine Damen und Herren, das ist das Kernproblem Ihrer Bildungspolitik: Wo immer es wichtig wird, halten Sie sich raus. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Hinter dem Einzelplan 07 steht ein Ministerium, das nicht nur in Zeiten der Pandemie besonders im Fokus steht. Die Coronapandemie hat die Bereiche Bildung und Kultur ja besonders hart getroffen und wirkt auch weiterhin nach. Entsprechend muss dieser Einzelplan mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Wir haben sehr wohl registriert, dass die Jamaika-Koalition hier in diesem Jahr einige Haushaltstitel, für die der SSW schon über die letzten Jahre immer Aufstockungen beantragt hatte, nun endlich auch auf dem Schirm hatte und die Fördersummen angepasst hat, beispielsweise bei der Musikschulförderung, der Soziokultur oder auch prominent der Digitalisierung der Volkshochschulen. Das ist soweit schon mal löblich.

Unsere Änderungsanträge zu diesem Einzelplan sind daher dieses Mal übersichtlicher und beinhalten vor allem weitere und altbekannte SSW-Initiativen. Ganz prominent ist hier natürlich die eSports-Akademie an der FH Westküste in Heide zu nennen. Wir haben dazu sowohl in der Generaldebatte als auch bei der Debatte um den Einzelplan 04 ausgeholt. Für 250.000 € wäre die Akademie zu haben, und wir werden unseren entsprechenden Haushalts-

(Jette Waldinger-Thiering)

antrag auch hier und heute erneut zur Einzelabstimmung stellen.

Des Weiteren finden sich auch die Zuwendungen zur Förderung von Museumsvorhaben seit Jahren in unserer Antragstabelle wieder: Für die Arbeit in zertifizierten Museen wünschen wir uns lediglich 20.000 € zusätzlich, um insbesondere auch die museumspädagogische Arbeit sowie die Vernetzung von Museen untereinander zu stärken. Auch die kostenlose Entleihe in Bibliotheken wäre ein echter Mehrgewinn für Jung und Alt.

(Beifall SSW)

Worüber wir uns sehr freuen, ist die Zustimmung zu unserem Haushaltsantrag zur Förderung von Foreningen Norden für nun insgesamt 20.000 € jährlich.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Foreningen Norden übernimmt damit nun die Arbeit von Nordisk Info in Flensburg. Nordisk Info hat als kleines Informationsbüro bis einschließlich dieses Jahres Veranstaltungen und Projekte auf lokaler und regionaler Ebene organisiert, oftmals auch in Kooperation mit beispielsweise der dänischen Zentralbibliothek in Südschleswig sowie der dänischen Abteilung von Foreningen Norden. Es hat so insbesondere dem Publikum aus der Mehrheitsgesellschaft die Kultur und die Gesellschaft der nordischen Länder näherbringen wollen, aber es hat eben auch Informationen über die dänischen Minderheiten bereitgestellt. Diese wertvolle Arbeit wird Foreningen Norden nun in Zusammenarbeit mit der dänischen Zentralbibliothek fortführen und ausbauen.

Insgesamt bleibt es in diesem Einzelplan also spannend, und unsere Anträge wären eine gute und praktikable Ergänzung. Wir bitten daher um die Zustimmung des Hauses und werden den Einzelplan 07 im Ergebnis mittragen.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat die Abgeordnete Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle herzlichen Dank an die Kollegin Waldinger-Thiering für die lobenden

Worte für den Bereich Kultur. Der Bereich Kultur im Einzelplan 07 ist in dieser Legislaturperiode um immerhin 10 Millionen € aufgewachsen, und ich glaube, es ist der Rede wert, dass wir das in dieser Zeit hier gemeinsam noch einmal in den Vordergrund stellen. Es haben alle mitgewirkt: Kommunen, Land, Bund, aber auch Stiftungen, um diesen großen und vielfältigen Bereich im Land in der Pandemie noch schöner zu machen.

Die Finanzministerin hat uns heute Morgen gesagt: Hier leben die glücklichsten Menschen. - Das hat einen Zusammenhang, nicht nur, weil wir hier zwischen den Meeren leben, sondern weil wir hier ein vielfältiges Kulturangebot haben. Deswegen bin ich nach vorn gekommen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte kurz einige Dinge nennen, die uns wichtig sind und wichtiger geworden sind. Da sind die Leseförderung, die Literaturförderung und das, was in die Büchereivereine fließt. Es sind die Kinos im ländlichen Raum, es ist der Bereich Film, es sind Nordische Filmfesttage, die wir stattfinden lassen können. Es ist das Kompetenzzentrum für musikalische Bildung, es ist die Stärkung des Nordkollegs, es sind eine Vielzahl an Unterstützungen, die der Landesmusikrat, der Landesmusikverband, die Musikschulen bekommen. Es ist auch die Förderung der Freien Theater und, was aktuell enthalten ist, die Förderung der Gedenkstätte in Springhirsch. Diese wird durch den Landeshaushalt neu unterstützt. Es ist die Weiterentwicklung der Soziokultur, es sind die Kulturknotenpunkte, und es sind Zuschüsse, die an kirchliche Zentren fallen. In diesem Fall profitiert der Ratzeburger Dom.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Annabell Krämer [FDP])

Ich bin sehr dankbar, dass wir all das in dieser Zeit umsetzen konnten. Liebe Frau Midyatli, möge es auch Sie ermuntern, wenn Sie aus Berlin zurückfahren, sodass Sie zukünftig nicht mehr unter einem Kulturschock in Schleswig-Holstein leiden müssen. Es ist ein Land, das man lieben kann, weil wir hier eine vielfältige Kultur haben. Wir sind Vertreter des Landes, um diese Dinge zu stärken. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur sind der zentrale Schlüssel, um als Gesellschaft gestärkt aus dieser Pandemie hervorzugehen. Mit ihnen ermöglichen wir es unseren Kindern und Jugendlichen, die eigene Zukunft mit Kraft und mit Zuversicht zu gestalten. Zugleich leisten wir einen entscheidenden Beitrag, um Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit zu geben.

Erlauben Sie mir das kleine Wortspiel: Wir müssen, wir wollen die Gesellschaft mit Bildung boostern. Deshalb haben Bildung, Wissenschaft und Kultur für die Landesregierung weiterhin absolute Priorität. Sie stellen 2022 erneut den größten Einzelhaushalt mit 2,63 Milliarden € das sind knapp 17,7 % der Nettoausgaben unseres Landes.

Besonders im Blick haben wir dabei - das ist eine Frage der Bildungsgerechtigkeit - Schülerinnen und Schüler in sozial herausfordernden Lagen. In 2022 haben wir erneut die Ansätze für die Perspektiv-Schulen um 1 Million € auf 10,4 Millionen € erhöht.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir treiben darüber hinaus weiterhin systematisch und mit sehr hohem Tempo die Digitalisierung an unseren Schulen voran. Auch das ist eine Frage der digitalen Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf die Bedeutung des Lernmanagementsystems und der Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler ist bereits hingewiesen worden. Inzwischen haben alle Schülerinnen und Schüler mit Bedarf ein Endgerät erhalten. Auch für die Lehrkräfte haben sie hohe Bedeutung. Wir kippen übrigens - anders als andere Bundesländer - den Schulträgern nicht einfach die Verantwortung vor die Füße, sondern wir flankieren das Ganze mit Support, Wartung und Wiederbeschaffung. Das hat System. Das hat eine langfristige, nachhaltige Perspektive. Deshalb ist es genau richtig, es so zu machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, für dieses Projekt sehen wir im Haushalt für 2022 immerhin 21 Millionen € vor. Ich sage Ihnen: Das ist eine große Kraftanstrengung, die wir hier unternehmen. Viele andere Bundesländer beneiden uns darum, dass wir das tun.

Meine Damen und Herren, es gehört schon heute dazu und wird in Zukunft noch viel mehr dazugehören, im Hinblick auf die digitalen Technologien die notwendige Allgemeinbildung zu erwerben. Es ist wichtig, die Grundlagen, die Funktionsweise und die Grenzen digitaler Technologien zu verstehen. Deshalb wollen wir das Pflichtfach Informatik in der Sekundarstufe I - an den allgemeinbildenden Schulen beginnend - mit dem kommenden Schuljahr einführen. Die dafür zunächst notwendigen 25 Lehrkräftestellen stellen wir zur Verfügung. Wir werden das Ganze auch wissenschaftlich begleiten, um noch bessere Erkenntnisse darüber zu bekommen, in welcher Jahrgangsstufe man dieses Pflichtfach tatsächlich einführen sollte. Ich bin froh, dass wir in Schleswig-Holstein mit dem IPN die in Deutschland führende Leibniz-Institution haben, die uns bei diesem Prozess begleiten wird.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, auch das ist bereits erwähnt worden: Wir stärken die Kultur. Das hat einen Grund. Ich glaube, wir alle haben gespürt, welche Bedeutung der Kultur in unserem Land zukommt; durch die Pandemie ist uns das noch bewusster geworden.

Die Theaterlandschaft in Schleswig-Holstein ist ein prägender Bestandteil der kulturellen Infrastruktur; diese unterstützen wir. Nicht nur die großen Theater - das Landestheater, die Theater in Kiel und in Lübeck - erhalten Mittel für Investitionen. Auch die private Theaterszene haben wir hinsichtlich ihrer Struktur und Finanzierung auf ganz neue Füße gestellt. Die Zuwendungen des Landes sind jedenfalls deutlich gestiegen. Wir freuen uns genauso über die Amateurtheater und die Niederdeutschen Bühnen. Die freie Theaterszene wird mit 170.000 € aus diesem Haushalt erneut gestärkt.

Lassen Sie mich erwähnen, dass wir uns noch intensiver mit der Provenienzforschung im Kontext des Kolonialismus beschäftigen werden. Wir werden erstmals Mittel zur Verfügung stellen, um dieses Thema zu erforschen. Das ist uns ja gemeinsam sehr wichtig, Frau Waldinger-Thiering.

(Ministerin Karin Prien)

Lassen Sie mich zum Abschluss etwas zu den Hochschulen sagen. Der Aufwuchs um 10 Millionen € im Haushalt 2022 zeigt, dass wir Wort gehalten haben. Wir entwickeln unser Hochschulsystem und damit die Innovationsfähigkeit unseres Landes weiter. Damit das in Zukunft so bleibt, wollen wir vorhandene Potenziale des Wissenschaftssystems transparent machen und neue Chancen für die Weiterentwicklung im Interesse des gesamten Landes identifizieren. Dazu werden wir eine Begutachtung durch den Wissenschaftsrat in Auftrag geben und hierfür die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Am Ende dieses Beitrags möchte ich noch einmal allen, die in den vergangenen anderthalb Jahren daran gearbeitet haben, unser Bildungssystem und unsere Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein am Laufen zu halten, ausdrücklich danken. Sie haben unter Anstrengungen Großartiges geleistet.

Wenn Sie es mir einmal erlauben, dann will ich an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums danken, die in dieser Zeit wirklich Großes geleistet haben. Ich danke ihnen dafür sehr.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Volker Schnurrbusch [AfD] und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Die Ministerin hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überschritten. Diese Zeit steht jetzt theoretisch auch allen Fraktionen zur Verfügung. - Ich sehe aber nicht, dass davon Gebrauch gemacht wird. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD mit den laufenden Nummern 88 bis 109 auf. Wer diesen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und der SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, der Zusammenschluss der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf. Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über Nummer 47: „Zuschuss an die Fachhochschule Westküste in Heide“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW und der Zusammenschluss der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das

sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über Nummer 48 des Änderungsantrags zu Einzelplan 7: „Zuwendungen an Gemeinden für die kostenlose Entleihe“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und der SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Zusammenschluss der AfD und der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die übrigen Änderungsanträge, die laufenden Nummern 44 bis 46 und 49 bis 52, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl. Wer enthält sich? - Das sind SPD-Fraktion und der Zusammenschluss der AfD. Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Änderungsanträgen des Zusammenschlusses der AfD. Zunächst geht es um die gemeinsame Abstimmung über Änderungsanträge zu Einzelplan 07. Wir beginnen mit Nummer 5, „Ausgaben zur Förderung des außerschulischen Schulsports“, und Nummer 6, „Förderung schulsportlicher Projekte und Maßnahmen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge des Zusammenschlusses der AfD zu Einzelplan 07, die laufenden Nummern 1 bis 4 und 7 bis 11, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3515, Satz 1, Titel 07 46-686 16, Maßnahmengruppe 01, Kommunalpolitische Bildungsarbeit, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie die Abgeordneten des SSW und der Zusammen-

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

schluss der AfD. Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Das ist der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenommenen Änderungsantrags aus der Drucksache 19/3515 Satz 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das ist der Zusammenschluss der AfD. Damit ist der Einzelplan 07 mit diesen Änderungen angenommen.

Ich rufe Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Europa und Verbraucherschutz - auf.

Es sind zwei Kurzbeitrag der SPD angemeldet worden. Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Regina Poersch.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich den Europahaushalt für das nächste Jahr anschaut und dort so etwas wie Aufbruchsstimmung im Ostseeraum oder frische europapolitische Initiativen sucht, der wird leider enttäuscht. Welches europapolitische Profil die Landesregierung hat, welche konkreten Projekte sie vorantreibt, das ist nicht erkennbar.

Wir sagen immer so gern: Europapolitik gehört in unseren Alltag. - Der Alltag in diesem Parlament sieht leider so aus: Europapolitische Initiativen meiner Fraktion werden regelmäßig vertagt, verwässert, verweigert. Auf Nachfragen im Europaausschuss ist die Landesregierung in den seltensten Fällen sprechfähig, ob es sich um die aktuelle Coronalage in Dänemark oder um die Situation an der Grenze handelt oder um unser Nachhaken zu den Frühwarndokumenten der Europäischen Kommission. Gar eigene Impulse aus dem Ministerium? - Leider Fehlanzeige.

Schauen wir also über den Einzelplan 09 hinaus; denn Europapolitik geht viele Bereiche an und findet natürlich nicht nur im Einzelplan 09 statt. Man könnte dann annehmen, dass das Europaministerium die europapolitische Arbeit der Landesregierung koordiniere. Dann müsste es Ambitionen geben, auch in anderen Häusern für mehr Europa zu werben.

Wir sagen immer gern: Eigentlich brauchen wir in der aktuellen Situation mehr Europa, nicht weniger.

Angesichts dessen könnte man sich zum Beispiel auch einmal mit der Bildungsministerin um die Stärkung unserer 47 Europaschulen streiten. Die Kulturschulen kommen mit 5.000 € pro Schule super weg. Die Europaschulen - 47 an der Zahl - werden aber mit insgesamt 40.000 € abgespeist; das sind 851 € pro Schule. Dass Europabildung an allen Schulen viel stärker verankert werden muss, hat die Anhörung im Europaausschuss zur Konferenz zur Zukunft Europas eindringlich gezeigt.

Im Einzelplan der Staatskanzlei könnte man sich Gedanken über die Regional- und Minderheitensprachenkompetenz der Beschäftigten in der Landesverwaltung machen. Das wäre ein weiterer wichtiger Beitrag zur Umsetzung der europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen.

(Beifall SPD und SSW)

Dazu könnte ein Impuls kommen, aber er kommt leider nicht.

Die Evaluation unseres Hanse-Office in Brüssel wird kampfflos der Staatskanzlei überlassen. Eine zusätzliche vierte Stelle wird zwar gewünscht, aber sie wird nicht gefordert, sie wird nicht durchgesetzt. Alles nur Sonntagsreden, dass man in Brüssel auf der Höhe der Zeit sein müsse, dass das Hanse-Office eine super Arbeit mache. Ich sage Ihnen: Sie machen eine super Arbeit, aber sie haben mehr als warme Worte verdient.

(Beifall SPD)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie unseren Anträgen zu. Vor allem: Schaffen Sie die angekündigte - von allen gewollte, aber von Ihnen nicht durchgesetzte - vierte Stelle im Hanse-Office. Stärken Sie die Europaschulen. Stärken Sie die Regional- und Minderheitensprachen. Damit würden wir im gesamten Landeshaushalt einen wirklich wichtigen Beitrag für Europa leisten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Poersch. - Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Thomas Rother.

Thomas Rother [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden bemerkt haben, dass wir zum Einzelplan 09 nur wenige Änderungsanträge gestellt haben. In der Tat geht es in diesem Bereich des Haushaltes vor allem vor dem Hintergrund der

(Thomas Rother)

finanziell glücklichen Zeit weniger um seine Aufstellung, sondern mehr um den Haushaltsvollzug. Im Bereich des Vollzugpersonals wurden und werden die meisten Engpässe durch den Pakt für den Rechtsstaat gelöst; Herr Koch hatte freundlicherweise auch schon darauf hingewiesen. An dieser Stelle bedanke ich mich mehr bei der ehemaligen Justizministerin Christine Lambrecht und dem ehemaligen Finanzminister Olaf Scholz als bei der Landesregierung.

(Beifall SPD)

Im Koalitionsvertrag ist festgelegt, dass dieser Pakt weitergeführt wird und - ich hoffe - dann auch irgendwann einmal den Justizvollzug erreicht.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Doch Stelle bedeutet nicht besetzte Stelle, Herr Koch. - Unsere Kleinen Anfragen und die Antworten auf unsere Fragen zum Haushalt machen deutlich, dass insbesondere im Bereich der Verwaltung - auch wenn es dort mehr Stellen geben wird - und der Rechtspflege mehr Schein als Sein vorherrscht. Des Weiteren bleibt auch eine mögliche Aufgabenübertragung von Richterschaft und Staatsanwaltschaft zur Entlastung dieser Personengruppen in Bezug auf die Rechtspflege beziehungsweise Anwaltschaft hinter den Möglichkeiten zurück. Auch das haben Berichterstattungen ergeben. Andere Bundesländer sind da schon viel weiter.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Im Jamaika-Koalitionsvertrag ist davon die Rede, die Gehalts- und Besoldungsstruktur zu überarbeiten und ausreichend Fachkräfte für die öffentliche Verwaltung zu gewinnen. Liebe Jamaikaner und Jamaikanerinnen, schauen Sie bitte nochmal in das Kapitel Gerichte und Staatsanwaltschaften in die Abschnitte Personal und Ausstattung und Attraktivität der Justiz Ihres Vertrages. Mit den dort beschriebenen Maßnahmen hätten Sie vielleicht schon im Jahr 2017 beginnen sollen, denn dann wären die Beschäftigten in Ihrem Verantwortungsbereich jetzt nicht in dieser offenkundig belastenden Situation.

(Beifall SPD)

Das betrifft in der Folge auch den Abschnitt Digitalisierung. Auch dort hatten Sie flott formuliert, dass dafür in der Umsetzungsphase die erforderlichen personellen Ressourcen bereitgestellt werden müssten. Die Hilferufe aus der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit nach der Umstellung angesichts der Schwierigkeiten scheinen Sie nicht zu erreichen. Die Befragung zur E-Akte in der Sozialgerichtsbar-

keit, die gerade die Neue Richtervereinigung durchführt, wäre Aufgabe Ihres Ministeriums gewesen.

Einsparen wäre auch einmal etwas. Die CDU-Justizministerin Baden-Württembergs hat beispielsweise ein Projekt zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen auf den Weg gebracht. Geschuldet werden in Schleswig-Holstein - das hat eine Kleine Anfrage ergeben - im Durchschnitt 17,89 € pro Hafttag. Der Hafttag selbst kostet um die 200 € Also wäre die Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit an dieser Stelle angebracht. Das würde sich rechnen und den Justizvollzug entlasten, von einer grundsätzlichen Neuregelung in diesem Bereich einmal ganz abgesehen. Aber das wäre eine Neuerung dahin gehend, dass es eine aktive Justizpolitik gäbe. Die ist eben mehr als nur Personalpolitik.

Dazu, Herr Minister, fällt einem in der Bewertung nur eine Frage ein: Haben wir hier ein Werk ohne Autor, oder waltet gar eine unsichtbare Hand, wie an so vielen anderen Stellen?

(Heiterkeit Martin Habersaat [SPD])

Aber auf eine sichtbare, nachvollziehbare Justizpolitik müssen wir offenbar bis Mai 2022 warten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rother. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, hier die laufenden Nummern 110 bis 127, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag zum Stellenplan, Drucksache 19/3498, hier die laufende Nummer 199, auf. Wer der Änderung des Stellenplans zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Vizepräsidentin Aminata Touré)

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, hier die laufenden Nummern 53 bis 59, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge zum Stellenplan, Drucksache 19/3499, hier die laufenden Nummern 60 bis 65, auf. Wer der Änderung des Stellenplans zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das sind die SPD-Fraktion und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD zum Einzelplan 09, hier die laufenden Nummern 1 bis 9, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren - auf.

Das Wort hat die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion. - Bitte schön.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle noch einmal über den Fachkräftemangel in Kindertagesstätten reden. Das wissen wir alle. Uns erreichen Briefe, Schreiben und E-Mails, die das sehr gut darstellen. Wir müssen handeln, meine Damen und Herren!

Ein Erfolgsmodell, diesem Fachkräftemangel etwas entgegenzusetzen, ist die PiA-Ausbildung, die praxisintegrierte Ausbildung. Das ist eine Art duale Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher. Dieses wird seit einiger Zeit in Schleswig-Holstein angeboten. Im Jahr 2019 waren es noch sechs Fachschulen, und in diesem Jahr sind es bereits elf Standorte, die diese Ausbildungsform anbieten und bei denen diese Ausbildung angewandt wird. Hoffentlich werden es auch bald mehr. Ich wünsche mir im Besonderen auch in Norderstedt eine solche Schule.

Hilfreich war hier das Bundesprogramm, das sehr gut geholfen und die Träger unterstützt hat. Das haben wir alle gesehen. Aber so schnell, wie es kam, so schnell ist es auch verschwunden. Das vor-schnelle Aus hat viele in Schwierigkeiten gebracht und war wieder einmal für die so erfolgreiche Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern nicht förderlich.

Im letzten Schuljahr 2020/2021 gab es im ersten Ausbildungsjahr 336 PiAs, zwei Jahre davor - im Schuljahr 2018/2019 - waren es nur 319. Wie Sie sehen, haben wir mehr Auszubildende in diesem Bereich. Diese Ausbildungsform wird also angenommen, und diesen positiven Trend müssen wir mitnehmen. Das wollen wir als Jamaika-Koalition auch. Deshalb haben uns entschlossen, die PiA-Ausbildung für mehr Fachkräfte, vor allen Dingen in den Kindertagesstätten, zu fördern und zu unterstützen.

(Beifall CDU, FDP und Lasse Petersdotter
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir schaffen Anreize für jetzt 350 Plätze. Eigentlich waren nur 250 geplant. Diese werden wir im ersten Ausbildungsjahr für mehr Erzieherinnen und Erzieher fördern.

Wir werden auch die Anleiterinnen- und Anleiterstunden in den Kitas fördern, denn die Kräfte, die sich in dieser dualen Ausbildung befinden, brauchen auch in der Kita Unterstützung und Anleitung. Dafür wird es eine Stunde pro Woche mehr geben, sodass wir auch da dem Wunsch der Erzieherinnen, die ausbilden, entsprechen, damit dort eine gute Ausbildung stattfinden kann.

(Beifall CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und FDP)

Selbstverständlich wird diese Zusatzleistung im SQKM genauso finanziell hinterlegt wie die Ausbildungsjahre zwei und drei. Deswegen brauchen wir dort keine Förderung, und wir brauchen da

(Katja Rathje-Hoffmann)

schon gar keine Doppelförderung, wie es die SPD vorschlägt. Es ist richtig, dass wir das erste Jahr fördern und die weiteren durch das SQKM gefördert werden. So schaffen wir eine runde Sache für unsere Kinder in den Kindertagesstätten.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Ja, klar.

Serpil Midyatli [SPD]: Ich höre Ihren Ausführungen sehr interessiert zu, Frau Kollegin Rathje-Hoffmann. Werden die Mittel, die Sie jetzt einstellen, dann, wenn die Mittel vom Bund dazu kommen - das ist so im Koalitionsvertrag vereinbart worden; ich habe ein wenig daran mitgewirkt -, weiterhin in dem Topf bleiben?

- Das müssen wir sehen. Aber ich höre solche Nachrichten von der Ampelkoalition aus Berlin sehr gern. Wir werden das bewerten, und natürlich werden wir keinen Cent ausschlagen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Serpil Midyatli [SPD]: Das war nicht meine Frage!)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Dr. Marret Bohn.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Einzelplan 10 wird der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft finanziell abgebildet. Der soziale Zusammenhalt ist das Fundament unserer Demokratie. Deswegen möchte ich bei einigen Punkten noch einmal ganz besonders aufmerksam machen; denn in der Coronapandemie sehen wir gerade beim Thema Gesundheit, wie wichtig dieses Thema ist. Dass es seit Monaten im Vordergrund steht, macht doch einmal mehr deutlich, wie wichtig es ist, dass wir dieses Thema auch bei den Haushaltsberatungen berücksichtigen. Ich freue mich riesig darüber, dass wir bei den Gesundheitsfachberufen, über die wir morgen noch weiter sprechen werden, nicht nur dafür gesorgt haben, dass die Ausbildung endlich kostenfrei ist, sondern dass wir da noch eine Schippe drauflegen und die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöhen. Das ist ein

gutes Signal an alle, die dort arbeiten, und freut mich riesig.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Tobias von der Heide hat es eben schon gesagt: Es gibt noch mehr gute Nachrichten. Es ist ganz klar, dass das Thema Pflege uns ein ganz großes Anliegen ist. Ich freue mich, dass wir im Bereich Pflegepädagogik mehr investieren. Und eine weitere gute Nachricht: Ein zusätzlicher Studiengang Pflege, ein neuer Pflegecampus wird in Schleswig-Holstein mit einem Fördervolumen von 500.000 € entstehen. Das ist ein Meilenstein für die Aufstiegschancen in der Pflege, und es ist auch ein deutliches Signal, wie wichtig uns von Jamaika das Thema Pflege ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der stationären Gesundheitsversorgung schieben wir seit Jahren eine Bugwelle, einen Sanierungsstau bei den Krankenhäusern vor uns her. Aber genau wie die Küstenkoalition hat Jamaika das Thema deutlich erkannt. Wir arbeiten daran und stemmen uns mit aller Kraft gegen diesen Investitionsstau. Ich hoffe sehr, wir werden sehen, dass dieses Thema auch bei der nächsten Landesregierung weiter im Fokus ist und vorangetrieben wird.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das größte Projekt, das wir Grüne in Schleswig-Holstein je begleitet haben, ist das UKSH. Unsere Uniklinik mit ihren Neubauten zeigt gerade in der Coronapandemie, was in ihr steckt. Es ist eine der modernsten Kliniken Europas geworden, und ich bin jeden Tag froh und dankbar darüber, dass wir unsere Uniklinik haben.

Wir werden aber auch den ländlichen Raum immer im Blick behalten. Dazu gehören - liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, was jetzt kommt - auch die Inseln und Halligen. Mit dem Versorgungssicherungsfonds haben wir insbesondere für sektorenübergreifende Versorgungsprojekte Geld zur Verfügung gestellt, weil dort eine Lücke im Finanzierungssystem ist. Im Jahre 2022 werden wir weitere 5 Millionen € in die Hand nehmen, um dieses wichtige Projekt voranzutreiben. Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir investieren mit Hochdruck in die Gesundheitsversorgung. Ich sage Ihnen auch: Jeder Euro, den wir dort investieren, ist gut investiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

(Dr. Marret Bohn)

Es gibt ein weiteres Thema, das uns Grünen ein Herzensanliegen ist: die Inklusion. Was den Fonds für Barrierefreiheit angeht, so weiß ich noch, wie wir darüber bei den Koalitionsverhandlungen diskutiert haben, und ich weiß auch, dass der Kollege Baasch schon lange davor immer für dieses Projekt geworben hat. Mit dem Fonds für Barrierefreiheit bauen wir Schritt für Schritt Barrieren ab. Wir nähern uns der Inklusion. Ich freue mich sehr, dass wir im Jahre 2022 noch einmal nachbessern werden. Die Mittel werden noch einmal um 1,5 Millionen €aufgestockt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ferner werden wir weitere 7,5 Millionen € für inklusive Sozialräume investieren. Das ist eine gute Investition, und ich freue mich sehr darüber, dass wir das mit Jamaika auf den Weg bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Ebenso wie die Zusammenarbeit mit den großen Wohlfahrtsverbänden ist es uns Grünen ein großes Anliegen, die Trägerstruktur bei den kleineren Beratungsstellen zu fördern. Es ist manchmal so - das kann jedem von uns passieren -, dass einem die Probleme irgendwann im Leben einmal wirklich über den Kopf wachsen und Menschen nicht mehr weiterwissen. Da ist es gut, jemanden zu haben, der ein offenes Ohr hat und der weiterhelfen kann. Deswegen haben wir bei der ZSL die Mittel aufgestockt. Wir stocken auch die Mittel bei der PETZE auf. Zusammen mit dem SSW sind wir der Meinung, dass PETZE großartige Arbeit leistet, und das wollen wir weiter fördern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt CDU)

- Genau. Ich sage auch in Bezug auf alle anderen Beratungsstellen - Frauen, Sucht, Gesundheit, bei der Obdachlosenhilfe, in ganz vielen Bereichen -, eine Beratungsstelle kann mit 50.000 € im Jahr die Lebensqualität und das Leben der Menschen entscheidend beeinflussen. Deswegen ist es gut, dass wir sie im Blick haben, und deswegen ist es gut, dass wir sie auch weiterhin finanziell fördern.

Bei den Obdachlosen sind wir von Jamaika in den letzten Jahren sehr aktiv gewesen. Obdachlosigkeit, Wohnungslosigkeit ist eines der brennenden Themen, und das nicht nur im Winter, wenn es draußen kalt wird. Ob es die stadtmision, das Sozialkaufhaus oder die Tafeln sind, auch sie haben wir alle im Blick. Auch sie alle werden von uns gefördert.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt komme ich noch zu einem ganz wichtigen Anliegen, bei dem wir als Grüne nie gedacht hätten, dass so viel möglich wäre, nämlich der Queerpolitik. Wir haben in den letzten Jahren HAKI und SCHLAU besser gefördert. Jetzt werden wir NASOWAS besser fördern. Wir hätten auch gerne, das sage ich ganz offen, die Transberatung noch besser gefördert. Aber das machen wir dann im nächsten Jahr mit einer neuen Landesregierung.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, es ist das A und O, im sozialen Bereich dafür zu sorgen, dass der Zusammenhalt gefördert wird.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen und in allen sozialen Einrichtungen in Schleswig-Holstein für ihre tägliche Arbeit. Unseren Jamaika-Partnern danke ich für die gute Zusammenarbeit und Ihnen fürs Zuhören. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gerne an meine Jamaika-Kolleginnen und -Kollegen anknüpfen und ein bisschen ergänzen, was wir von Jamaika mit dem Haushalt machen.

Die finanzielle Unterstützung der Arbeit der Aktion Kinder- und Jugendschutz werden wir um 25 % auf nunmehr eine Viertelmillion Euro erhöhen. Hierüber können pädagogische Fachkräfte in Kitas, Schulen und Vereinen geschult werden, um Problemlagen wie Diskriminierung, Gewalt oder Mobbing besser begegnen und beheben zu können. Im Vorwege zu dieser Plenartagung hatte ich einen ausführlichen Austausch mit Frau Lissinna und Herrn Baydas von der AKJS, bei der wir uns auch über zukünftige Herausforderungen in dem Bereich ausgetauscht haben. Die aus Sicht der Freien Demokraten wachsende Anerkennung von E-Sport hat natürlich auch eine Kehrseite, nämlich was Jugendschutz oder suchtähnliches Spielverhalten angeht. Auch hier möchte die AKJS Partner für die Jugendleiter der neuen Vereine beziehungsweise innerhalb der bestehenden Vereine neu gegründeten E-Ga-

(Dennys Bornhöft)

ming-Sparten sein. Es ist sehr zu unterstützen, dass das aus dieser Perspektive begleitet wird.

Ein Mehr an Möglichkeiten und ein Mehr an eigenen Entscheidungen gehen in der Regel auch mit einem Mehr an Verantwortung und einem Mehr an Prävention einher. Daher wählt Jamaika und insbesondere die FDP häufig den Weg der Anerkennung und Legalisierung. Wenn wir E-Sport aus guten Gründen aufwerten, das Online-Glücksspiel endlich rechtskonform in Deutschland regeln und mittelfristig den Konsum von Cannabis legalisieren, dann birgt all das natürlich auch Risiken, Risiken der Suchtgefährdung. Die Präventionsarbeit ist deshalb ein ganz wesentlicher Faktor, wenn Menschen mehr in der Lage sein sollen, für sich eigene Entscheidungen treffen sollen, und sei es bezüglich des eigenen Zeitvertreibs.

Ich begrüße es daher ausdrücklich, dass wir im ersten Schritt der Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein im kommenden Jahr eine kleine Erhöhung zur Anpassung der Gehälter geben können. Mittelfristig wird durch mehr Einnahmen aus dem Glücksspielgeschäft sowie insbesondere durch den lizenzierten Cannabisverkauf der öffentlichen Hand mehr Geld zur Verfügung stehen. Hiervon muss ein Teil auch in die Präventionsarbeit gehen - nicht, weil ich davon ausgehe, dass die Fallzahlen der Suchterkrankungen automatisch steigen, sondern weil es zu einem professionellen Umgang dazugehört, angemessene Beratungsangebote vorzuhalten.

Die Coronapandemie ist und war nicht nur zeitlich und fachlich der Hauptjob des Sozial- und Gesundheitsministeriums, auch finanziell schlägt sie sich nieder. Es gibt aber auch ein paar positive Effekte, wie die nun verstärkte Digitalisierung im öffentlichen Gesundheitsdienst. Auch hier unterstützt das Land und verbessert die Kontaktnachverfolgung, wie durch die Ausweitung des Kompetenzzentrums Meldewesen am UKSH, das die Gesundheitsämter bei der Nachvollziehung des Ausbruchgeschehens unterstützt.

Über weitere wichtige Themen, wie zum Beispiel die Schulgeldfreiheit bei Gesundheitsfachberufen oder den Fonds für Barrierefreiheit, den Frau Kollegin Bohn angesprochen hat, werden wir morgen noch ausführlich sprechen, worauf ich mich sehr freue. - Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Christian Dirschauer.

Christian Dirschauer [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 ist einer der umfangreicheren und sensibleren Einzelpläne und hat gerade in der Pandemiezeit noch einmal viel mehr Bedeutung bekommen, als ihm ohnehin schon vollkommen zu Recht zuteilwird.

Den SSW machen insbesondere seine sozialen Themen aus, das war schon immer so. Entsprechend intensiv und detailliert haben wir auch für den Haushalt 2022 unsere Anträge zu eben diesem Einzelplan vorbereitet, zusammengetragen und ausformuliert.

Zwei Initiativen lagen uns dabei ganz besonders am Herzen, und wir freuen uns, dass die Jamaika-Koalition diese beiden Haushaltstitel im Finanzausschuss unterstützt hat. An dieser Stelle vielen Dank dafür, denn wir unterstützen damit zwei wirklich tolle Projekte und Projektträger, die ich im Folgenden kurz vorstellen möchte.

Bei dem ersten Projekt handelt es sich um den Verein Lichtblick aus Flensburg. Dieser wurde im November 2000 in Flensburg gegründet, ist unter anderem Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und in der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention und hat den Anspruch, Menschen in akuten Lebenskrisen eine schnelle, kostenlose, persönliche und diskrete Hilfe anzubieten. Hier finden suizidgefährdete Menschen und deren Angehörige direkte Hilfe durch umfassende Beratungsangebote und partnerschaftliche Begleitung.

Für mich persönlich und für den SSW steht dabei insbesondere das Beratungs- und Präventionsangebot für betroffene Kinder und Jugendliche im Fokus, und - damit zusammenhängend - auch die entsprechende Fortbildung von Lehrkräften und Schulpersonal. Hierfür macht sich der SSW gerne stark, und ich freue mich, dass es uns im Finanzausschuss gelungen ist, eine dauerhafte Förderung von 110.000 € jährlich durchzusetzen. Der Bedarf ist durch die Coronapandemie leider gestiegen, daher ist das Geld hier wirklich gut investiert.

(Beifall SSW)

Jedes Leben, das der Lichtblick erreicht und dem der Lichtblick wieder neuen Mut gibt, ist diese Förderung wert.

(Christian Dirschauer)

Das zweite Projekt wird über das PETZE-Institut organisiert und umgesetzt. Dieses wird im kommenden Jahr 98.000 € vom Land erhalten, um umfangreiche Gewaltschutzkonzepte für Menschen mit Behinderung umzusetzen.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als Projektträger erhält das PETZE-Institut ja schon seit Langem Fördergelder für verschiedene Gewaltschutzprojekte vom Land - ganz prominent zur Prävention von sexuellem Missbrauch von Kindern. Als sich nun also unsere dortigen Ansprechpartner mit einer weiteren gut begründeten Projektentwicklung an uns wandten, mussten wir nicht lange prüfen. Denn dass Menschen mit Behinderung leider ein erhöhtes Risiko haben, Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu erleiden, ist ja hinlänglich bekannt und erwiesen. Die Coronapandemie hat diese Situation leider noch verschlechtert. Dem müssen wir entschieden entgegenzutreten, und daher sind wir dem PETZE-Institut für die Entwicklung eines derart umfangreichen Präventionsprojektes sehr dankbar.

Einrichtungen der Eingliederungshilfe stehen insgesamt vor vielfältigen Herausforderungen. Die gesetzlichen Regelungen haben sich in den letzten Jahren verändert - im Hinblick auf den Schutz immerhin stark verbessert - und müssen entsprechend angepasst und umgesetzt werden. Gleichzeitig wirkt sich auch in diesem Bereich der Fachkräftemangel aus. Die Unterstützung von Fachberatungsstellen ist hier also dringend notwendig, insbesondere um auch dort hinzuschauen, wo es wehtut, denn wir müssen die blinden Flecken aufdecken und auslöschen. Mit dem PETZE-Institut haben wir hierfür den absolut richtigen Projektträger und -partner an der Seite des Landes, und wir freuen uns über die breite Zustimmung zu unserem entsprechenden Haushaltsantrag.

Ansonsten finden sich in unserer Antragstabelle zu diesem Einzelplan die bekanntesten Posten und Forderungen des SSW, beispielsweise die Aufstockung der Mittel für die Frauenmilchbanken - eine SSW-Initiative aus dem letzten Jahr, die wir gerne ausbauen würden -, oder auch die Aufstockung der Fördergelder für die Aidhilfen, bei denen wir einfach sicherstellen wollen, dass der Betrieb auch angesichts der Coronaauswirkungen langfristig aufrechterhalten werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall SSW und Wolfgang Baasch [SPD])

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Wir kommen zu den Kurzbeiträgen. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Ministerin Heinold! Ich will mit meinem Beitrag nicht die Kitapolitik der Jamaika-Koalition madigmachen, sondern ich will versuchen, auf Fehlentwicklungen und Schief lagen hinzuweisen und dabei deutlich machen, dass es in der Kitareform auch Grundfehler gibt. Jamaika war doch gestartet, eine Kitareform umzusetzen, die die Qualität der Kita stärken und Kommunen und Eltern entlasten sollte. Dieses Vorhaben bekommt tatsächlich Schlagseite.

Nun sollen Finanzspritzen die Grundfehler der Kitareform beheben. Das Fehlen beziehungsweise das Nichtgestalten der Inklusion im Kitabereich soll mit einer Finanzspritze überdeckt werden. Das ist ein Grundfehler, auf den wir von Anfang an aufmerksam gemacht haben. Es ist ein Fehler, die Inklusion nicht gleich vernünftig in der Kitareform abzubilden.

(Beifall SPD)

Sie bauen Kompetenzzentren für Inklusion auf. Wäre es nicht viel richtiger, mit diesem Geld Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Logopädinnen und Logopäden sowie Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten in den Kitas zu finanzieren, und zwar nicht nur für eine begrenzte Zeit, Therapeutinnen und Therapeuten, die dazu da wären, die Pädagoginnen und Pädagogen bei der Inklusion in den Kitas zu unterstützen? Stattdessen werden diese ja noch aus ihrer aktiven Arbeit herausgezogen, um in Beratungszentren zu arbeiten - ein Fehler, der eigentlich unverzeihlich ist.

Aktuell werden in den Kitas diejenigen Inklusionsgruppen mit geringer, angepasster Kinderzahl zurückgefahren und in normale Kitagruppen mit 20 Kinder umgewandelt, denn nur so haben diese Gruppen die Möglichkeit, durchgängig zwei Fachkräfte für die Betreuung zu haben. Das ist kontraproduktiv und schon gar nicht im Sinne der Kinder mit besonderen Unterstützungs- und Hilfebedarfen. Für die Familien dieser Kinder ist diese Einschränkung eine große Veränderung und Enttäuschung.

Zusätzlich müssen diese Familien jetzt auch noch Gebühren für den Besuch ihrer Kinder in der Kita aufbringen. Dies belastet die Eltern, und das Versprechen, Eltern zu entlasten, bekommt auch an

(Wolfgang Baasch)

dieser Stelle eine Schlagseite. Also: Inklusion gehört nicht notdürftig geheilt, sondern umfangreich ins Kitagesetz geschrieben.

(Beifall SPD)

Zur Reform der Ausbildung kann ich mich im Wesentlichen den Anmerkungen meiner Kollegin Rathje-Hoffmann anschließen. Ich glaube aber, wir müssen deutlich machen, dass Ausbildungsvergütungen auch im Sozialbereich gezahlt werden müssen. Auch in der Erzieherausbildung kann es nicht sein, dass die Menschen Geld mitbringen müssen, wenn sie eine Ausbildung beginnen, sondern sie brauchen eine Ausbildungsvergütung, weil das einfach zum normalen Standard dazugehört, wenn man motivieren will - und wir müssen in diesem Bereich motivieren. Insofern glaube ich, dass es auch hier noch etwas nachzubessern gibt.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Kommen Sie jetzt bitte zum Schluss.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Es ist sicherlich nichts Verwerfliches dabei, auch in Schleswig-Holstein die Gebührenfreiheit in der Kita zu fordern. Die frühkindliche Bildung wird in allen norddeutschen Bundesländern gebührenfrei gestellt; es wäre wirklich ein Hohn, wenn Schleswig-Holstein eine Ausnahme darstellen würde. Also: Es ist sinnvoll, Gebührenfreiheit zu fordern und umzusetzen.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Bornhöft, in der Tat haben wir uns etwas für die Glücksspielabhängigen überlegt, das wir erreichen wollen. Wir wollen etwas mehr tun. Das ist richtig. Allerdings - da möchte ich an meinen Vorredner, Wolfgang Baasch, anknüpfen - wollten wir im Grunde genommen unsere Kompetenzqualität im Bereich Glücksspielsuchtabhängige voranbringen.

Sie haben deutlich gemacht und das noch einmal richtig betont - deswegen ist es für mich auch so

schön nachvollziehbar -: Sie wollten einen Zuschuss für die LSSH, der allerdings nur die Tarifanpassung umfasst. Deswegen haben Sie auch gesagt: einen kleinen Zuschuss. - Das ist richtig.

Wir wollen aber mehr für die Glücksspielabhängigen tun. Das wollten wir alle gemeinsam; da haben Sie alle geklatscht, meine Damen und Herren. Jetzt haben wir gesagt: Wir wollen die Koordinierungsstelle der Landesstelle verdoppeln, aus einer halben Stelle eine ganze machen. - Das ist unser Antrag. Der folgt Ihrer gemeinsamen Idee.

Jetzt sagen Sie einfach: Wir wollen einen kleinen Beitrag zur Tarifanpassung machen, die gar nichts mit Glücksspielsucht zu tun hat, sondern die mit der gesamten Suchtsituation zu tun hat.

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Petersdotter?

Bernd Heinemann [SPD]:

Ja, gerne.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, sehr geehrter Herr Kollege Heinemann. - Haben Sie auch den ganzen Zusammenhang der Glücksspielgesetzgebung und der Ausgaben zur Kenntnis genommen, die wir tätigen werden, oder den Anteil der Glücksspielsucht an den Einnahmen durch Glücksspiel, der sich deutlich erhöht?

- Das habe ich wohl gemerkt, dazu sage ich auch etwas. Sie haben eine Menge für die regionalen Koordinierungsstellen oder die regionalen Beratungsstellen unter anderem für Glücksspielabhängige getan. Das stimmt, das ist richtig. Sie haben das in die Breite gelegt, aber wir sind als Land dafür verantwortlich, diese Aufgaben zu koordinieren. Dafür haben wir eine Koordinierungsstelle bei der Landesstelle. Das ist eine halbe Stelle; die wollte ich jetzt gerne einmal wirklich unterfüttern. Dazu haben wir beantragt, dass es eine ganze Stelle wird, und da haben Sie gar nichts gemacht.

Also, Sie haben sich um die Kommunen gekümmert. Das ist wahrscheinlich auch sinnvoll, hat aber mit dem Anliegen der Glücksspielsuchthilfe als Land nichts zu tun. Da sind wir in der Verantwortung und bleiben in der Verantwortung, Herr Petersdotter. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt, von einer halben auf eine ganze Stelle zu gehen. Das ist mit einem Preis unterlegt, den wir da hinzu-

(Bernd Heinemann)

gefügt haben. Der hat genau damit zu tun und nicht mit einer Tarifanpassung.

Insofern möchte ich gern noch einmal zum Ausdruck bringen: Wir müssen etwas tun für die Menschen, die im Glücksspiel gerade jetzt im Winter, in Coronazeiten ihr ganzes Geld ausgeben, damit wir sie irgendwie stützen können. - Danke schön.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eka von Kalben.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte tatsächlich noch einmal etwas zur Kitapolitik sagen.

Erstens. Natürlich wünschen auch wir uns - das steht auch in vielen Wahlprogrammen, bei uns auf jeden Fall auch - eine Gebührenfreiheit für Eltern, am besten auch noch nicht steigende Verpflegungskosten, wie es im Moment in vielen Kommunen - egal, von welcher Partei geführt - gemacht wird. Aber: Es kommt darauf an, welche Prioritäten ich setzen kann. Wenn ich für eine gute Qualität Inklusion leisten kann und zusätzlich Beitragsfreiheit erreiche, wäre ich glücklich. Ich halte es für sehr wichtig, dass gerade Familien entlastet werden und bei den Kleinen angefangen wird. So ist aber die Haushaltslage nicht. So sind im Übrigen auch nicht die Haushaltsanträge, die Sie hier einbringen.

(Beifall CDU - Zuruf CDU: So ist es!)

Deshalb ist es wohlfeil, das zu fordern. Denn meiner Meinung nach ist es im Moment, gerade bei dem Fachkräftemangel, wichtiger, dass wir eine verlässliche, gute Kita haben. Die Beitragsfreiheit nützt mir gar nichts, wenn die Kita geschlossen ist, weil nicht genug Personal da ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Herr Baasch, Sie wissen, dass ich viele Dinge, die Sie sagen, teile. Wir müssen bei der Inklusion tatsächlich einen deutlichen Schritt vorankommen. Aber Vieles, was Sie gesagt haben, hat eigentlich nichts mit der Kitareform zu tun. Die Kitareform hat die Situation zur Inklusion in den Kitas nicht verschlechtert. Wir haben nicht den großen Sprung gemacht, den wir uns wünschen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ach!)

Aber das hat auch etwas damit zu tun, wie viel Geld dafür zur Verfügung steht. Wir haben 1 Milliarde € - wir haben es gehört: zusätzlich waren es 568 Millionen € - nur für die Kitareform in das System gegeben. Dann ist die Frage: „Wo soll es herkommen?“, wenn wir es deutlich anführen. Was Sie nämlich diese 10 Millionen € auf Stellen umzusetzen, stellen Sie fest, es sind 0,04 Stellen pro Kita. Das würde vollkommen verpuffen. Gäbe man jeder Kita nur eine halbe Stelle, was für Inklusion nicht viel ist, kostet das strukturell 130 Millionen € pro Jahr.

Wir sollten uns dafür einsetzen, da einen Schritt weiterzukommen - gerne. Aber so zu tun, als ob man das einmal eben machen könnte, ohne darzustellen, woher es kommen soll, finde ich wohlfeil.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Raudies?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gerne.

Beate Raudies [SPD]: Frau Kollegin von Kalben, ich sage noch einmal, was ich beim letzten Mal gesagt habe: Sie kennen einen Träger in unserem gemeinsamen Landkreis, in dem wir beide Abgeordnete sind, der seit Jahrzehnten segensreiche Arbeit leistet - seit Jahrzehnten, unter allen Bedingungen.

- Ja, mehrere.

- Ja, ich rede von der Lebenshilfe. Den Träger kenne ich nun wirklich seit Jahrzehnten, der das unter widrigsten Umständen angefangen hat.

Geben Sie denn dem Vortrag von Herrn Baasch recht, dass sie diesem Träger mit diesem Modell jetzt sozusagen die Beine unter dem Bauch wegschlagen, weil die I-Gruppen kein ausreichendes Personal mehr haben?

- Nein, das Modell nimmt den Gruppen ja kein Personal weg.

(Zurufe: Doch! Das weiß man ja! Natürlich!)

Ich verstehe den Punkt überhaupt nicht: Wieso sollten die dadurch weniger Personal haben? Die ganzen Projekte, die es im Bereich Inklusion schon gibt, werden weiter finanziert. Insofern wüsste ich

(Eka von Kalben)

überhaupt nicht, warum ich diesem Träger die Beine wegschläge. Also: nein. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe somit die Beratung.

Ich lasse über die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 abstimmen.

Ich rufe zunächst die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Ach, guck mal! Das kommt davon, wenn die Rednerliste nicht geführt wird, wie man es sonst kennt. Dann macht man nur Murks.

(Zurufe - Heiterkeit)

Herr Minister, ich bitte um Entschuldigung. Selbstverständlich hat jetzt der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg, das Wort. Entschuldigung.

(Zuruf: Kaum ist der Parteitag durch! - Heiterkeit)

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Diese Vorbemerkung geht nicht auf mein Zeitkonto. Erst muss ich mir von der Kollegin Finanzministerin anhören: Heiner, nur drei Minuten! - Dann werde ich nicht aufgerufen. Ich würde trotzdem gern etwas sagen. Ich versuche wirklich ausnahmsweise einmal, es kurz zu machen.

Diese Gesellschaft befindet sich seit rund 22 Monaten in einem Ausnahmezustand. Das betrifft Familien, Pflegeheime, Krankenhäuser, Schulen. Alle beteiligen sich daran, irgendwie bei der Pandemiebekämpfung zu helfen. Ich möchte mich bei allen, inklusive diesem Parlament, bei allen Demokratinnen und Demokraten, dafür einmal herzlich bedanken.

(Beifall)

Ich möchte mich aber ganz besonders - erlauben Sie mir das ausnahmsweise - einmal die Gelegenheit nutzen, mich bei den Kolleginnen und Kollegen meines Hauses auf das Herzlichste dafür zu bedanken, dass hier niemand auf Uhren guckt, dass hier jeder und jede seit 22 Monaten Leistungen bringt,

von denen wahrscheinlich kaum jemand gedacht hätte, dass das einmal notwendig wäre. Ich bin zutiefst dankbar. Für mich ist es alles andere als selbstverständlich, dass die Kolleginnen und Kollegen auch noch im Dezember 2021 so engagiert dabei sind und versuchen, unseren Beitrag zu leisten, damit Schleswig-Holstein einigermaßen glimpflich durch diese Pandemie kommt.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, das Wichtigste ist hier gesagt worden. Wir müssen Lehren aus der Pandemie ziehen. Gesundheitsinfrastruktur ist nicht nice to have, sondern sie ist mit das Wichtigste, was unsere Gesellschaft braucht, eine leistungsfähige Infrastruktur, sowohl im ambulanten Bereich als auch insbesondere - dafür tragen wir als Land ganz besondere Verantwortung - im stationären Bereich. Deswegen ist es richtig, durch Erhöhung der Investitionsmittel zu versuchen, den Investitionsstau weiter abzubauen. Es ist richtig, kurzfristig die Liquidität der Krankenhäuser zu sichern. Auch dafür sage ich herzlichen Dank, dass das so schnell funktioniert.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, eines lasse ich Ihnen bei allem vorweihnachtlichen Dank und bei aller Dankbarkeit für die konstruktive Zusammenarbeit allerdings nicht durchgehen: Das ist Ihre Einordnung der Kitareform. Warum? Sie können die Beitragsfreiheit, die sich übrigens jeder in diesem Parlament wünscht, wohlfeil fordern. Was wir übernommen haben, sind in manchen Kreisen Schleswig-Holsteins die höchsten Elternbeiträge bundesweit gewesen. Dass hier zunächst einmal für die Eltern die Beiträge spürbar gesenkt worden sind, ist schon allein ein Erfolg unserer Kitareform.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man kann es noch so oft erzählen. Die von mir sehr verehrte ehemalige Sozialministerin Heide Moser hat einmal gesagt, getretener Quark mache nicht stark. Sie können es noch so oft wiederholen: Herr Abgeordneter Baasch, in den Inklusionszentren wird nichts abgezogen, sondern diese Personalresource wird den Kitas auf Abruf zur Verfügung gestellt.

Ich akzeptiere, dass Sie eine andere Auffassung dazu haben, dass Sie sich das anders wünschen. Ich stelle aber fest, dass hier mit einer Parlamentsmehr-

(Minister Dr. Heiner Garg)

heit ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung getan wurde. Auch dafür sage ich von Herzen danke.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Midyatli?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Selbstverständlich, vielleicht hat sie noch einen Bericht aus Berlin.

Serpil Midyatli [SPD]: Sehr geehrter Herr Minister Garg, Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie in einigen Kreisen - das ist überwiegend der Hamburger Rand gewesen - die höchsten Krippen- und Kitagebühren übernommen haben und da jetzt eine Deckelung stattfindet. Was ist denn mit anderen Kreisen und kreisfreien Städten, gab es dort eine Erhöhung der Kitagebühren?

- Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir nicht ausschließen können, dass es im Einzelfall zu etwas höheren Beiträgen für den einen oder die andere kommt. Im Schnitt werden die Eltern durch die Kitareform massiv entlastet.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Midyatli, was mich ein bisschen enttäuscht, ist, dass Sie das auch wissen. Sie wissen auch, dass, wenn das Land seine Kitamittel fast verdreifacht, davon nicht nichts ankommt, sowohl bei der Qualitätsverbesserung als auch bei der Entlastung der Kommunen und der Eltern. Das kann man sich an fünf Fingern abzählen, und auch Sie wissen das ganz genau.

Es ist legitim, demokratisch darüber zu streiten, alles in Ordnung. Sie wollen die Beitragsfreiheit, Sie wollen von allem mehr. Ich hätte dann allerdings von Ihnen erwartet, dass Sie dieses Mehr auch beziffern und ganz klar sagen, mit welchem dreistelligen Millionenbetrag Sie die Beitragsfreiheit planen. Zur Inklusion hat Ihnen die Abgeordnete von Kalben bereits vorgerechnet: Allein mit 0,5 Stellen kommen Sie schon auf eine zusätzliche Summe von 130 Millionen €. Das hätten Sie abbilden müssen, wenn Sie das der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit als Alternative wirklich glaubhaft verkaufen wollen.

Das haben Sie nicht getan. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie alles anders und besser machen wollen, aber nicht wissen, wie Sie es finanzieren wollen.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Midyatli?

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Ja.

Serpil Midyatli [SPD]: Eher eine Bemerkung. - Ich habe eine ganz einfache Frage gestellt, die man mit Ja oder Nein beantworten kann. Es geht um die Höhe der Kitagebühren für die Eltern im Rest des Landes. Ist es da zu Erhöhungen gekommen? Ihre Antwort war: in Einzelfällen.

(Zurufe)

- Meine Güte, Jungs, ganz ruhig, ist doch kurz vor Weihnachten, meine Güte!

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, aber du bist nicht der Weihnachtsmann! - Unruhe)

Ich möchte Ihr Haus nicht zusätzlich belasten, aber es kribbelt schon in meinen Fingern, eine kleine Anfrage zu der Frage zu stellen, ob das wirklich nur in einigen Einzelfällen im Land vorgekommen ist. - Vielen Dank.

- Ich kann und will niemanden davon abhalten, kleine Anfragen zu stellen. Ich habe gesagt, dass ich nicht ausschließen kann, dass es Fälle gibt, in denen mehr gezahlt wird. Insofern habe ich Ihre Frage sehr präzise beantwortet und weiß nicht, warum es Sie wo kribbelt.

Ich stelle abschließend fest - auch wenn ich meine Redezeit jetzt eine Minute überzogen habe -: Einzelplan 10 ist ein Jamaika-Plan für ein soziales, zukunftsgewandtes Schleswig-Holstein. Ich bedanke mich bei all denjenigen, die diesen Einzelplan mittragen.

Liebe Serpil Midyatli, ich bedanke mich ausdrücklich auch für die überwiegend extrem konstruktive Zusammenarbeit. Das ist auch in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern des Finanz- und Sozialausschusses, auf

(Minister Dr. Heiner Garg)

die wir in der gegenwärtigen Situation häufig angewiesen sind, dass sie das alles so kurzfristig mitmachen. Auch das ist ein Teil des Erfolgsgeheimnisses, dass Schleswig-Holstein bisher vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen ist. Das liegt auch an Ihnen. Dafür noch einmal danke. Über alles andere reden wir morgen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Jetzt sage ich einmal ganz zaghaft: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich jetzt die Beratung.

Ich lasse über die Änderungsanträge zum Einzelplan 10 abstimmen, zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD. Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 138 des Änderungsantrags zum Einzelplan 10 „Förderungen nach dem Standard-Qualitäts-Kosten-Modell (SQKM) an örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion sowie die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen dann zu den übrigen Änderungsanträgen der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 128 bis 137 sowie 139 bis 148. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Die Abgeordneten des SSW enthalten sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW auf. Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 68, „Zuschüsse zur Unterhaltung von Frauenmilchbanken an Perinatalzentren in Schleswig-Holstein“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 70, „Förderung der Aidshilfen und des Landesverbandes der Aidshilfen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 73, „Förderung von Baumaßnahmen an und Neubauten von Notunterkünften für Wohnungslose“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW sowie die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Im Übrigen die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 66 und 67, 69, 71 und 72 sowie 74. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Änderungsanträgen des Zusammenschlusses der AfD. Ich rufe die Änderungsanträge des Zusammenschlusses der AfD zum Einzelplan 10, die laufenden Nummern 1 bis 10, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des Zusammenschlusses der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind sämtliche anderen Abgeordneten. Somit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und die Abgeordneten des SSW stimmen dafür. Wer stimmt dagegen? - Die Fraktion der SPD, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl stimmen dagegen. Damit ist Einzelplan 10 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes - auf. Eine Aussprache hierzu ist nicht vorgesehen.

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 166 bis 169. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Abgeordneten des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. - Es enthalten sich die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 89 bis 94, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Es enthält sich die SPD-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Es stimmen die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD zu. Wer stimmt dagegen? - Das ist die SPD-Fraktion. - Es enthalten sich die Abgeordneten des SSW sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist er mehrheitlich angenommen.

(Unruhe)

- Ich bitte um Nachsicht, das blendet hier. Ich sehe zum Beispiel den Kollegen Vogt zweimal. Das ist auch nicht immer schön.

(Heiterkeit und Zurufe - Christopher Vogt [FDP]: Was für ein Luxus!)

- Ich danke für die Mitleidsbekundungen.

(Heiterkeit)

Wenn sich die Kollegin Jette Waldinger-Thiering in die andere Richtung dreht, dann sehe ich gar keinen mehr. Bitte schauen Sie in meine Richtung! Das wäre klasse. Danke.

Ich rufe den Einzelplan 13 - Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung - auf.

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zum Einzelplan 13. Da wir in Schleswig-Holstein nach wie vor ein Agrarland und von zwei Meeren umgeben sind, will ich feststellen, dass wir nicht ohne Landwirtschaft, nicht ohne Umweltschutz, aber auch nicht ohne Küsten- und Gewässerschutz können. Darum ist das, was in dem Einzelplan von Jamaika gemeinsam erarbeitet worden ist, genau richtig: Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit für die Landwirtschaft, für die ländlichen Räume, mit Umwelt-, Gewässer- und Klimaschutz in Einklang bringen. Genau dafür bietet uns das Zahlenwerk in Einzelplan 13 die Chance.

(Beifall CDU)

Ich will dafür auch Beispiele nennen. Sie können sich alle daran erinnern, dass es mehrere Dialogforen gab, bei denen alle, die mit dem ländlichen Raum, die mit der Landwirtschaft, die mit Nachhaltigkeit und Umwelt zu tun haben - also Nutzer von Natur und auch Naturschutzverbände -, an einen Tisch geholt wurden. Diese Dialogforen haben auf einer Abschlussveranstaltung 26 Thesen formuliert. Wenn man gemeinsam Thesen formuliert, sollte man sich in Zukunft auch an diesen orientieren. Man muss dieses Gesprächsformat verstetigen und auch im nächsten Jahr wieder durchführen. Dafür werden Mittel bereitgestellt. Das können wir natürlich nur begrüßen.

Für Nachhaltigkeit im Bereich des Klimaschutzes gilt es nicht nur, die Energiewende vernünftig zu gestalten, sondern dabei auch diejenigen, die die Natur nutzen, mit ins Boot zu holen. Deshalb gibt es Mittel für den Umbau des Waldes hin zu mehr Nachhaltigkeit und zur CO₂-Senke; es gibt Moorschutzprogramme und eine Klima- und Gewässerschutzberatung.

Besonders freut mich, dass nach wie vor der Förderanteil für die Beratung der Landwirte - die sich natürlich durch den Staat gepiesackt fühlen - zur Umsetzung der neuen Düngeverordnung hoch ist. Lassen Sie mich kritisch anmerken, dass wir die Landwirte mitnehmen müssen. Wir können ihnen nicht nur aufzeigen, was wir vom grünen Tisch aus - entschuldigen Sie den Ausdruck - vermeintlich alles besser können und wissen und was wir theoretisch umbauen wollen - was am Ende für die Praxis nicht relevant ist.

Wer heute mit einem landwirtschaftlichen Betrieb vielfältig aufgestellt ist - das ist immer noch politischer Wunsch -, hat es umso schwerer, all die büro-

(Heiner Rickers)

kratischen Vorgaben umzusetzen. Großbetriebe stellen extra Fachpersonal dafür ein, um alles, was mit Prämien, Recht und Vorgaben vom Staat zu tun hat, auch vernünftig abarbeiten zu können. Das können die Kleinen nicht. Da sollten wir aufpassen, dass wir am Ende nicht denen schaden, denen wir eigentlich helfen wollen.

(Vereinzelter Beifall CDU, FDP, Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christian Dirschauer [SSW])

Küstenschutz und Deichsicherheit, Unterstützung der Wasser- und Bodenverbände im Hinblick auf die Zielvereinbarung und die Zukunft 2030, wie gehen wir um mit unseren Niederungen - alles das habe ich erwähnt. Ökolandbau stärken oder die Wettbewerbsnachteile ausgleichen, die entstehen, wenn andere Bundesländer eine hohe Prämie ausloben - auch das ist Aufgabe des Einzelplans 13.

Insofern bedanke ich mich für die kollegiale Zusammenarbeit. Wir haben ein hervorragendes Zahlenwerk Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. - Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Joschka Knuth das Wort.

Joschka Knuth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorab sagen, dass ich diese Rede stellvertretend für meine Kollegin Marlies Fritzen halte, die weiterhin krank ist und der wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Der Einzelplan 13 zeigt - wie der Haushalt insgesamt -, dass es der Jamaika-Koalition ernst damit ist, auch im Bereich des Naturschutzes, des Umweltschutzes, der Energiewende und der Landwirtschaftspolitik eine konstruktive Politik zu machen, in der auch neue Projekte zur Bewältigung der Herausforderungen entwickelt werden.

Wir lassen uns bei der Verabschiedung des Umwelthaushaltes von einschlägigen Mahnungen aus der Wissenschaft bezüglich der Überschreitung unserer planetaren Grenzen leiten. Daraus folgt zum einen natürlich die Begrenzung des Klimawandels, dessen verheerende Auswirkungen vielen Menschen inzwischen bekannt sind. Zu den Projekten im Bereich Wasserstoff und Klimaschutz ist bereits heute Vormittag vieles gesagt worden. Ich möchte noch hervorheben, dass den Kommunen beim Klimaschutz

eine Schlüsselrolle zukommt und wir unter anderem dafür der Energie- und Klimaschutzinitiative weitere 200.000 € zur Verfügung stellen.

Weniger im Fokus der Öffentlichkeit ist oftmals zum anderen der fortschreitende Verlust der Biodiversität, der aber genauso alarmierend ist und ein mindestens ebenso entschlossenes Handeln erfordert. Darum stehen wir Grünen auch nicht für eine Politik zur Verfügung, die das eine gegen das andere ausspielt. Deshalb ist auch die Arbeit der Naturschutzverbände so wichtig, für deren unermüdliche, hauptamtliche und zum Großteil auch ehrenamtliche Arbeit ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken möchte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stocken deshalb auch die Mittel für die Betreuung von Schutzgebieten um 200.000 € auf, weil wir wissen, dass der tatsächliche Aufwand in den letzten Jahren stetig gewachsen ist, ohne dass dies entsprechend bei den Mitteln berücksichtigt wurde. Das ist also überfällig.

Die Naturschutzverbände leisten aber weit mehr als die Betreuung der Schutzgebiete. Sie betreuen zahlreiche Naturschutzprojekte, auch außerhalb von Schutzgebieten, sie betreiben Umweltbildung und wirken als Transmissionsriemen in die Breite der Gesellschaft.

Eine vorbildliche Einrichtung der Umweltbildung ist das Umwelthaus in Neustadt. Dorthin geben wir 400.000 € investiv für seine energetische Sanierung.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir arbeiten daran, Förderprogramme auch für Träger der Bildung für nachhaltige Entwicklung zugänglich zu machen. Leider ist das momentan noch nicht möglich.

Die Naturschutzverbände leisten außerdem eine unschätzbare wertvolle Aufgabe durch die vielen fachlich sehr fundierten Stellungnahmen zu Planungen und Gesetzesvorhaben. Dafür werden sie nur allzu oft und zu Unrecht von manchen in die Ecke der Verhinderer gestellt. Dabei ist eine rechtssichere und auch zügige Planung, wie wir sie für den Transformationsprozess - für erneuerbare Energien, für Stromtrassen, für den Ausbau der Schieneninfrastruktur brauchen -, den wir vor uns haben, ohne die wertvolle Arbeit und Expertise der Naturschutzverbände undenkbar. Die Verbände unterstützen diese Transformation. Sie stellen sich nicht dagegen, sie fordern nur - da haben sie uns an und auf

(Joschka Knuth)

ihrer Seite -, dass dies nicht auf Kosten der Biodiversität erfolgen darf.

Die Biodiversitätsstrategie ist etwas, auf das wir stolz sind. Sie umfasst alle Bereiche, die für die Biodiversität relevant sind. Sie enthält einen Maßnahmenkatalog und eine Aufstellung der zur Umsetzung erforderlichen Finanz- und Personalressourcen bis 2030. Dies erfordert in den kommenden Jahren neue Mittel im Umfang von 235.000 € Mit dieser Strategie haben wir für die nächsten Jahre den Grundstein gelegt. Kein anderes Bundesland hat eine gerade auch in der Konkretheit vergleichbare Strategie, die zugleich mit Sach- und Personalmitteln hinterlegt ist. Dafür haben wir sehr viel Zuspruch von Naturschutzverbänden erhalten, und auch die Naturschutzverbände erhalten für ihre wichtige Arbeit zum Schutz der Biodiversität und zur Umsetzung der Strategie zusätzliche Mittel.

Allein die SPD versucht durch ihre Anträge und Redebeiträge - das habe ich bisher nicht erlebt -, regelmäßig zumindest in den Ausschüssen den Eindruck zu erwecken: Da steht etwas auf dem Papier, aber es gibt keinen Willen und keine Mittel zur Umsetzung. Das entspricht einfach nicht den Tatsachen. Die Umsetzung der Strategie, da können Sie sicher sein, ist für uns eine Bedingung auch für zukünftige Koalitionsverhandlungen. Da werden wir keine Abstriche machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die in der Strategie für 2022 benötigten aufgeführten Mittel werden wir heute beschließen. Weitere wichtige Projekte, auf die ich verweisen möchte, sind die Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie, für die wir 1,4 Millionen € einplanen, und die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, für die wir sogar 7 Millionen € einplanen. Für den Küstenschutz stellen wir rund 56 Millionen € zur Verfügung. Zu nennen ist auch die EU-Agrarförderung, zu der schon ausgeführt worden ist.

Erwähnen möchte ich noch, dass die Mittel für die Tierheime in den vergangenen Jahren erhöht worden sind und dass diese Erhöhung auch beibehalten wird, weil wir sie für ausreichend halten. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, die Kommunen und den Tierschutzverein an einen Tisch zu holen und dass sich diese auf eine neue, fundierte Richtlinie verständigt haben. Damit wird die finanzielle Absicherung der Tierheime deutlich verbessert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Aminata Touré:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Jamaika-Koalition investiert nicht nur in Bildung und in die Verkehrsinfrastruktur, sondern selbstverständlich und auch weiterhin konsequent in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung und damit in die Sicherung unserer Lebensgrundlagen.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Schwerpunkt dabei ist der Küstenschutz. Das ist auch gut so, denn Küstenschutz ist in Schleswig-Holstein wirklich systemrelevant. Auch im 21. Jahrhundert hat das alte plattdeutsche Sprichwort „De nich will dieken, de mutt wieden“ nicht an Aktualität verloren. Allerdings geht es heute nicht mehr darum, jemandem das Grundstück zu entziehen, der seinen Pflichten zur Deichunterhaltung nicht nachkommt. Es geht darum, mit öffentlichen Mitteln Deichverstärkungsmaßnahmen durchzuführen, und genau das macht die Landesregierung. So stehen 2022 rund 49 Millionen € für Investitionen in den Küstenschutz bereit. Hinzu kommen die Mittel für den laufenden Betrieb und das Personal beim LKN, und das ist wirklich gut angelegtes Geld für unser Land, meine Damen und Herren.

Ein weiteres Herzstück des Einzelplans 13 ist die schon oft erwähnte Biodiversitätsstrategie. Wir haben über die wirklich gute und breit getragene Strategie schon ausführlich hier diskutiert. Deswegen will ich nur einen Aspekt erwähnen, und zwar, dass die Strategie detailliert und vor allem auch sehr transparent die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen für eine erfolgreiche Umsetzung bis 2030 aufzeigt. Die Landesregierung hat der Strategie einen Preis gegeben, und das ist einmalig in Deutschland und sehr gut so. Heute sorgen wir mit unserem Haushaltsbeschluss dafür, dass 3 Millionen € für das Jahr 2022 bereitgestellt werden, um das Thema anzupacken, Schwung reinzubringen und die Strategie wirklich umzusetzen.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Punkte, die ich kurz stichwortartig erwähnen möchte, sind die 3,5 Millionen € für die energetische Sanierung von Landesliegenschaften, 7 Millionen € für den Bodenschutz und das Flächenrecy-

(**Oliver Kumbartzky**)

cling und rund 3,5 Millionen € für die Umsetzung der Wasserstoffstrategie.

Der Haushalt beinhaltet weitere gute Punkte. So stärken und entlasten wir zum Beispiel nachhaltig die Landwirtschaftskammer und unterstützen deren wichtige Beratungsdienstleistungen. Außerdem fördern wir moderne Einzäunungsmethoden in der Landwirtschaft und unterstützen damit den Tierschutz. Auch das Kleingartenwesen bekommt wieder einen eigenen Haushaltstitel und Mittel für Schulungsangebote. Zudem ermöglichen wir Kindern und Jugendlichen, gebührenfrei das Angeln zu erlernen und einen Fischereischein zu machen. Auch das ist eine gute Maßnahme, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, etwas über Umwelt, Ernährung und die Tierwelt zu lernen.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jamaika stärkt also konkret die Küsten, die ländlichen Räume, die Landwirtschaft sowie den Natur- und Artenschutz. Und was macht die SPD? - Man muss sagen: Wieder einmal fordern Sie wahllos irgendwelche Strategien. Sie werfen sich also wieder einmal hinter einen fahrenden Zug. Auch die Forderung nach einer Landesnetzagentur zeigt, dass Sie nicht ganz auf der Höhe der Zeit sind. Herr Hölck ist gerade nicht da. Ich nehme an, das war ein Antrag des Kollegen Hölck, aber ich will darauf verweisen: Dazu gibt es eine aktuelle Drucksache. Wir haben die Neuausrichtung der Organleihe gerade evaluiert, und diese ist sehr positiv bewertet worden. Deswegen war das eine gute Entscheidung. Es gibt keinen Grund, vor allem keinen dringenden Grund, jetzt noch eine Landesregulierungsbehörde zu fordern.

Jamaika ist also auch mit dem Einzelplan 13 hervorragend aufgestellt. Wir gehen die Zukunftsthemen entschlossen an, und ich freue mich darauf, gleich abzustimmen. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat jetzt der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht, das Wort.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will das zur fortgeschrittener Stunde

nicht in die Länge ziehen, aber doch meine Freude darüber ausdrücken, dass es uns gelungen ist, für die ganz zentralen Punkte in unserem Einzelplan die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Den Küstenschutz will ich dabei allem voran benennen. Das ist für mich eine ganz zentrale Aufgabe, die wir hier im Norden auch angesichts der enormen Herausforderungen der Zukunft stemmen müssen. Nennen will ich aber auch die Bewältigung der Herausforderungen gerade im Bereich Klimaschutz und Energiewende.

An der Stelle will ich auch benennen, dass es schon erforderlich ist, genau hinzuschauen. Man muss schauen: Wo stehen wir eigentlich bei der Finanzierung dieser Herausforderungen? Es ist heute genannt worden, dass wir hier und da kleinere Summen hin- und herschieben. Dabei wird missachtet, dass wir die Rieseninvestitionen über die IMPULSFörderung, auch über EFRE und ELER längst abgesichert haben. Dabei sind im Bundesländervergleich wir diejenigen, die diese Mittel am ambitioniertesten an die Themen Klimaschutz und Energiewende binden. Das beweist auch der letzte Bundesländervergleich des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, der Schleswig-Holstein klar die Spitzenposition bei der Energiewende zugeschrieben hat. Das kommt nicht von irgendwo her, sondern da spielen die Investitionen in diesem Bereich eine ganz zentrale Rolle.

Wir sehen, dass wir zum Beispiel die Wärmenetze in Schleswig-Holstein schon lange über die EFRE-Finanzierung ausbauen. Wir reden zum Beispiel darüber, dass über unser Programm Biologischer Klimaschutz ein Einstieg in die Moorvernässung geleistet wurde, die bundesweit seinesgleichen sucht. Ganz aktuell zu nennen ist die Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt, die bei der Gelegenheit übrigens nicht nur der Artenvielfalt und dem Erhalt der biologischen Vielfalt dient, sondern vor allem den Ausgangspunkt für die Umsetzung unserer Ergebnisse aus dem Dialogprozess zur Zukunft der Landwirtschaft darstellt. Zu nennen ist zum Beispiel auch die Bindung auch der ELER-Mittel an die Allgemeinwohlziele, die wir verfolgen.

All das braucht Kofinanzierungen. Die haben wir immer gestellt, und das ist ein ganz zentraler Aspekt, den wir mit unseren Mitteln abbilden müssen, und davon haben wir in unserem Land ja nicht unbegrenzt viel. Wir haben alles darauf ausgerichtet, die Steuerungselemente der EU-Mittel und der Bundesmittel klar darauf auszurichten, und dabei sind wir Spitzenreiter. Im Bereich kommunaler Kli-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

maschutz haben wir zum Beispiel bundesweit die meisten Fördermittel eingeworben.

Wir können uns damit sehen lassen. Insofern freue ich mich auf die Umsetzung dieser nächsten Haushaltsperiode. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 170 bis 190, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion sowie die Abgeordneten des SSW. Gegenstimmen? - Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Es enthält sich der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag zum Stellenplan, Drucksache 19/3498, die laufende Nummer 200, auf. Wer der Änderung des Stellenplans zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion sowie die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW. Ich rufe die Änderungsanträge, die laufenden Nummern 95 bis 102, auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, CDU, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Die SPD-Fraktion enthält sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD. Zunächst stimmen wir gemeinsam ab über Nummer 23, Aufträge im Rahmen des Insektenschutzes, Nummer 24, Förderung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen für Maßnahmen zum Schutz von Insekten, und Nummer 25, An Vereine, Verbände und Sonstige für investive Maßnahmen zum Schutz der Insekten. Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer

stimmt dagegen? - Das sind sämtliche anderen Abgeordneten. Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Dann stimmen wir ab über die weiteren Änderungsanträge des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD zum Einzelplan 13, die laufenden Nummern 1 bis 22. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind sämtliche anderen Abgeordneten. Damit sind diese Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist Einzelplan 13 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Digitalisierung - auf.

Hierzu erteile ich für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss gestehen: Zunächst habe ich mich gefreut, als ich die Pressemitteilung zur Nachschiebeliste las; denn darin wird die Digitalisierung als ein Schwerpunkt benannt. Super, dachte ich mir. Sollte mein Insistieren beim Digitalisierungsgesetz, dass Sie den Weg in die digitale Verwaltung nicht nur mit Bordmitteln finanzieren können, doch etwas bewirkt haben?

Umso enttäuschter war ich, nachdem ich mir angeguckt hatte, was Sie tatsächlich machen. Es geht hier schlicht um die notwendige Kofinanzierung von Mitteln des KI-Förderprogramms des Bundes. Nun gut. Abgesehen davon, dass das eine Selbstverständlichkeit ist, so ist das doch eher die Kür als die Pflicht, wenn ich mir den Zustand unserer Verwaltungsdigitalisierung anschau. Das Pflichtprogramm wäre, dass wir mit unseren eigenen staatlichen Leistungen endlich auf die Höhe der Zeit kommen und das Papierformular-Zeitalter beenden. Wenn wir das geschafft haben, können wir gern KI-Entscheidungssysteme dahinterschalten.

Was ist das eigentlich für ein Vorbild für den Rest der Gesellschaft: Wir häkeln in der Digitalisierung

(Dr. Kai Dolgner)

so vor uns hin und wollen immer noch nicht mehr Geld dafür ausgeben, machen aber anderen dazu Vorschriften.

Ich weiß aus eigener Anschauung, wie teuer und aufwendig die Digitalisierung aller Vorgänge in einer Kanzlei ist und welcher zusätzliche Personalaufwand betrieben werden muss, etwa für Anschaffung, Fortbildung, Zertifizierung und so weiter. Jede Unternehmerin, Herr Minister, lacht Ihnen ins Gesicht, wenn Sie behaupten, dass sei mit Bordmitteln zu schaffen. Herr Albrecht, haben Sie nichts aus Ihrer faktischen Bankrotterklärung beim Digitalisierungsgesetz gelernt, wenn Sie die Frist für die Herstellung der digitalen Verwaltung um fünf Jahre verlängern wollen? Vom Vorreiter in Deutschland - E-Government-Gesetz 2009; übrigens Große Koalition - sind wir auf die bundesgesetzlich vorgeschriebenen Höchstfristen zurückgefallen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- Das ist so. Sie haben wohl Probleme mit Tatsachen? - Fehlt die Erkenntnis, oder konnten Sie sich einfach nicht gegen Ihre Kabinettskolleginnen durchsetzen? Beides wäre schlecht.

Ja, die Digitalisierung läuft dort gut, wo Hauptakteur nicht diese Landesregierung ist, sondern wo es - wie beim Breitbandausbau, den Sie ein paar Mal erwähnt haben - die Kommunen sind, auch wenn ich die Verdienste von Herrn Buchholz als Motivator durchaus anerkenne.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Sehr gut!)

Aber gemacht haben es halt andere.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, klar!)

Deshalb haben Sie das übrigens in Ihren Haushaltsreden auch nicht erwähnt.

(Tobias Koch [CDU]: Natürlich haben wir es erwähnt!)

- Nein, die digitale Verwaltung haben Sie nicht erwähnt. - Das kann aber nicht davon ablenken, dass die Regierung in ihrem eigenen Brot-und-Butter-Bereich, der Digitalisierung der Verwaltung, die letzten fünf Jahre schlicht verschlafen hat.

(Beifall SPD)

Schlimmer noch, Sie wollen sich offenbar noch nicht einmal wecken lassen. Da nützen alle schönen Überschriften und Last-Minute-Ausschussumbenennungen nichts.

Heute wollen wir Ihnen noch einmal die Chance geben, wenigstens das auszufinanzieren, was Sie selbst in Ihrem eigenen Digitalisierungsgesetz als Mindestbedarfe erkannt haben. Angesichts der von Ihnen selbst festgestellten Bedarfe - und der verbesserten Steuerschätzung - sind 2,9 Millionen € ein sehr bescheidener Betrag. Auch für Ihren Schwerpunkt wäre das eigentlich sehr bescheiden.

Wir vergessen dabei nicht die Kommunen und auch nicht unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Digitalisierung ist eine zusätzliche Aufgabe. Diese immer noch ohne zusätzliche Stellen erledigen lassen zu wollen, obwohl Ihre eigenen Ministerien über 200 Stellen als Mehrbedarf ermittelt haben, ist eine Zumutung. Sieht so Wertschätzung der geleisteten Arbeit aus, wenn die Führung mit neuen Aufgaben kommt, aber ohne jeglichen Plan, wie die Menschen, die die tatsächliche Arbeit machen, das noch zusätzlich stemmen sollen?

Auch hier sind wir mit 40 Stellen - weil wir bei dem Tempo die 200 sicherlich nicht im nächsten Jahr alle gebrauchen werden - sehr bescheiden. Das ist gerade ein Zehntel Ihres sonstigen Stellenaufwuchses in diesem Haushalt.

Nein, dem digitalen Kompass der Jamaika-Regierung fehlt es ganz offenbar an der notwendigen Spannung; deshalb zeigt er nichts an. Es wird Zeit für einen neuen Kapitän und einen Wechsel am Steuerruder. Die Digitalisierung gehört zurück auf die Brücke, in die Staatskanzlei, mit Schlagkraft. Das ist die eindeutige Bilanz von Jamaika. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gut gebrüllt, Löwe, Herr Kollege Dolgner!

(Heiterkeit CDU)

Ich möchte Ihnen einmal Folgendes sagen: Im Zentralen IT-Management dieses Landes wird Vorreiterarbeit für das Bundesgebiet geleistet. Dieses hervorragende Team des kleinen Players Schleswig-Holstein sorgt dafür, dass das Chaos, das die Große Koalition in Berlin beim Thema Verwaltungsdigitalisierung ausgelöst hat, gerade auch bei der Umset-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

zung enormer Mittel durch die Länder, in Ordnung gebracht wird. Das wird hier geleistet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beate Raudies [SPD]: Jämmerliche Ausrede!)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir haben in diesem Jahr 340 Millionen € für IT und Digitalisierung bereitgestellt. Darin sind die Gelder - die ja nicht unerheblich sind - für Breitband und KI gar nicht mitgerechnet. Diese Summe ist für ein Land wie Schleswig-Holstein eine ziemlich hohe, was dieses Thema angeht. Wir tun das aber mit Überzeugung, gerade weil wir eine gut ausgestattete, digitalisierte Verwaltung voranbringen wollen und gerade weil wir weiterhin Vorbild sein und vorangehen wollen.

Ich sage Ihnen auch: Wir leisten enorme Arbeit für die Digitalisierung der Verwaltung - nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch darüber hinaus -, indem wir mit unserem Partner Dataport strukturelle Grundlagen dafür legen, dass die Dienste der digitalisierten Verwaltung von morgen in den anderen Bundesländern und in den Kommunen nachgenutzt werden können. Dafür leisten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses enorme, großartige Arbeit. Das will ich an dieser Stelle ehrlich sagen. Sie arbeiten mit Macht daran, dass die Fristen, die wir uns in Bezug auf die Digitalisierung auf allen Ebenen gesetzt haben, tatsächlich eingehalten werden können.

Sie sind herzlich eingeladen, sich mit der Abteilung, allen voran mit dem CIO Sven Thomsen, zusammenzusetzen und sich das intensiv anzuschauen. Dort wird richtig viel Arbeit geleistet. Das haben wir auch in vielen Sitzungen gegenüber dem Umwelt- und Agrarausschuss und den zuständigen Sprechern für Digitalisierung ausgeführt. Ich lade Sie wirklich herzlich dazu ein, weil das, was Sie hier vorgetragen haben, ein Unding ist.

Wir haben ein schlagkräftiges Maßnahmenpaket, mit dem wir die Digitalisierung voranbringen. Es ist komplett durchfinanziert. Die gesetzlichen Vorgaben zur Umsetzung der elektronischen Akte sind komplett ausfinanziert - anders, als Sie es dargestellt haben. Das werden wir in den kommenden Jahren über die Bühne bringen, und das als Vorreiter bundesweit. Ich glaube, insoweit sind wir gut aufgestellt. Ich lade Sie herzlich ein, daran mitzuwirken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Netter Versuch, Herr Minister!

(Beifall SPD)

Ich habe die Mitarbeiter gar nicht angegriffen. Und Herrn Sven Thomsen brauchen Sie mir nun wirklich nicht vorzustellen.

(Heiterkeit SPD)

Jetzt wird es langsam albern. Das wissen Sie auch. Mitarbeiter haben normalerweise nur einen Kombattantenstatus, deshalb werde ich darauf nicht weiter eingehen.

Ich habe Ihnen die Dinge, die Sie gerade zurückgewiesen haben, gar nicht vorgeworfen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Ich haben Ihnen vorgeworfen, dass Sie es nicht ausfinanziert haben. Ich lese Ihnen das für den kommunalen Teil vor, nämlich, was die Kommunen Ihnen dazu ins Stammbuch geschrieben haben:

„Bislang liegen keine Informationen dahingehend vor, dass das Land dem ITVSH zusätzlich 1,4 Millionen € für die oben genannten Projektfinanzierungen zukommen lassen wird. Wenn mit dieser Aussage keine zusätzlichen Landesmittel zugunsten des ITVSH verbunden sein sollten, kann sie nur so zu verstehen sein, dass der ITVSH als Ausfallbürge für die Konnexitätsverpflichtungen des Landes herhalten soll und das Digitalisierungsministerium“

- Sie! -

„die Lasten auf eine kommunal getragene Anstalt zu verschieben versucht.“

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verschwörungstheorie!)

- Verschwörungstheorie, genau, Herr Holowaty. Entschuldigung. Herr Dr. Tietze, alles klar. Geschenk!

(Heiterkeit - Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

- Es ist interessant, dass für Sie die kommunalen Landesverbände Verschwörungstheoretiker sind.

(Dr. Kai Dolgner)

Es geht hier weiter: Die Kommunen machen Sie darauf aufmerksam, dass es keine freien Mittel im ITVSH gibt, die man einfach verschieben könnte, und dass sie alle projektgebunden sind. Jetzt haben Sie die Chance, die 1,4 Millionen € für die Kommunen einzustellen. Das ist unser Haushaltsantrag, nichts anderes.

Zum Thema Strukturen: Ich habe letztes Mal auch kritisiert, dass Sie auf Freiwilligkeit und Einzelprojekte setzen. An vielen Stellen wird auf Freiwilligkeit und Unverbindlichkeit gesetzt. Die - in Klammern: aus mangelnden vorhandenen Finanzmitteln vorgeschlagene - einzelprojektbezogene Umsetzung wird zu einem Flickenteppich an Einzelprojekten führen. Dies ist aus kommunaler Sicht kein sinnvoller Ansatz, die Kostenfragen ungeklärt zu lassen. Wenn die Umsetzung ins Belieben gestellt wird, kann dies für den digitalen Fortschritt, eine flächendeckende Umsetzung und für gleichwertige Lebensverhältnisse nicht förderlich sein. Die kommunalen Landesverbände sind weder ein sozialistisch unterwanderter Kaderverband noch Verschwörungstheoretiker, sondern sind die, die die meisten Dienstleistungen - -

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

- Das höre ich gern, Herr von der Heide. Fürs Protokoll, damit wir das mitbekommen: Das sind die Dienstleister, die am Ende für einen Großteil der digitalen Verwaltung zuständig sein werden.

Diese schreiben Ihnen ins Stammbuch, dass sie nicht genug Geld haben. Jeder Fachminister müsste sich über die Unterstützung bezüglich dessen freuen, dass wir mehr Geld für ihren Fachbereich, für die Umsetzung ihrer Projekte einfordern. Darum ging es. Das können Sie vielleicht noch einmal nachlesen.

Sie können Ihr weises Haupt so viel schütteln, wie Sie wollen: Solange Sie nicht selbst die ITVSH mit den von Ihnen selbst festgestellten zusätzlichen Mitteln ausstatten, ist das nichts anderes als ein Taschenspielertrick. Das ist keine Verschwörungstheorie. Das haben die kommunalen Landesverbände richtig erkannt.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Dolgner. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf. Zunächst erfolgt die gemeinsame Einzelabstimmung über die Nummer 193 des Änderungsantrages zum Einzelplan 14, „Projektkostenumsetzung, Digitalisierungsgesetz, Landesaufgaben“, und die Nummer 194, „Projektkostenumsetzung, Digitalisierungsgesetz, Mehraufwand ITVSH“. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion sowie die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, hier die laufenden Nummern 191, 192 und 195, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Abgeordneten des SSW und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, hier die laufenden Nummern 103 bis 107, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, die Abgeordneten des SSW sowie der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Einzelplan 14 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 15 - Landesverfassungsgericht - auf. Eine Aussprache ist hier nicht vorgesehen.

Ich rufe den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, hier die laufende Nummer 196, auf. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und die Abgeordneten des SSW sowie der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

GRÜNEN und FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, hier die laufende Nummer 108, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer enthält sich? - Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 15 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit ist der Einzelplan 15 einstimmig angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 16 - Infrastrukturmodernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein, IMPULS 2030 - auf. Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, Einzelabstimmung über die laufende Nummer 109, „Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten“, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Wer enthält sich? - Das sind die SPD-Fraktion und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD zum Einzelplan 16, hier die laufenden Nummern 1 und 2, auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer lehnt diesen Änderungsantrag ab? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/3512, Titel 16 10-883 02, „Zuweisungen an Kreise und kreisfreie Städte für Investitionsförderung zum Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder in Einrichtungen und Tagespflege“ auf. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Dieser Antrag ist von allen Abgeordneten und Fraktionen einstimmig angenommen.

Wer dem Einzelplan 16 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenommenen Änderungsantrages aus der Drucksache

19/3512 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist der Einzelplan 16 mit den vorgetragenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW sowie des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 11 - Allgemeine Finanzverwaltung - auf.

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Ole-Christopher Plambeck das Wort.

Ole-Christopher Plambeck [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns immer noch in der schwersten Pandemie mit allen ihren Folgen seit Bestehen der Republik. Diese Krise verlangt allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine Menge ab. Gerade in der Krise ist es wichtig, dass das Land hilft, investiert und mit einem klaren Plan aus der Krise führt. Genau das macht die Jamaika-Koalition mit einer Menge Mut und Tatkraft. Jamaika tut Schleswig-Holstein gut!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Hierfür sind natürlich Finanzmittel erforderlich, die einen normalen Haushalt weit übersteigen. Dabei hat der Einzelplan 11 als das Scharnier für den Gesamthaushalt eine ganz besondere Bedeutung.

Nach den Haushalten für die Jahre 2020 und 2021 steht auch der Haushalt für das Jahr 2022 im Zeichen der Coronakrise. Die Einnahmen einschließlich der Inanspruchnahme der Rücklagen liegen bei 14,8 Milliarden €, die Ausgaben bei 14,6 Milliarden €. Zur Tilgung stehen circa 260 Millionen € zur Verfügung.

Zum Glück wird die ursprünglich geplante Neuverschuldung von 67 Millionen € nicht gebraucht. Das ist zunächst besser als gedacht, aber natürlich auch noch nicht so wie vor der Pandemie.

Die Steuerschätzung hat uns einen kleinen Lichtblick beschert, sodass wir ein Stück weit positiv in die Zukunft gucken können, was die Rahmenbedingungen betrifft. Aber sie sind nicht einfach.

Ich möchte auch hier noch einmal betonen: Ich bin davon überzeugt, dass die Schuldenbremse richtig ist und mit ihr vor allem in der Finanzpolitik die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden; denn unter anderem wegen der Schuldenbremse konnten wir in

(Ole-Christopher Plambeck)

den letzten Jahren dafür sorgen, dass wir solide aufgestellt und handlungsfähig sind und dass wir auch in der Krise entsprechende Maßnahmen gestalten können, wie zum Beispiel die Bereitstellung von bis zu 150 Millionen € Liquiditätshilfe für Krankenhäuser im Rahmen eines Rettungsschirms, wenn diese gebraucht werden.

Aber auch ohne Pandemie - das wissen wir alle - wird die Schuldentrückzahlung eine enorme Aufgabe sein; das muss man immer wieder betonen. Mit der geplanten Auflösung des hsh finanzfonds im kommenden Jahr kommen im Rahmen des Haushaltsvollzuges 1,5 Milliarden € Schulden dazu. Die knapp 20 Millionen € Einnahmen will ich nicht verschweigen; sie gehören natürlich auch dazu.

Ich möchte mich auch einmal bei unserer Finanzministerin und dem Finanzministerium dafür bedanken, dass sie den Haushalt immer solide und - wie heißt es so schön? - mit Netz und doppeltem Boden geplant haben und uns dadurch natürlich ordentliche Möglichkeiten geben. Dafür herzlichen Dank.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Für die kommenden Haushalte sind ein Wachstum der Wirtschaft und damit die Steigerung der Steuern ganz entscheidend. Davon profitieren auch die Kommunen. Mit dem Haushalt 2022 steigt der kommunale Finanzausgleich insgesamt auf 2 Milliarden €

Zudem investieren wir trotz der schwierigen Rahmenbedingungen enorm. Die Investitionsquote beträgt 10,9 %. Das ist nochmals mehr als im Haushaltsentwurf. Jamaika hat bisher jeden Haushalt mit mehr als 10 % Investitionsquote geplant. Über 1,6 Milliarden € gehen in Landesstraßen, Radwege, Schienen, Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, Sportstätten, Digitalisierung, KI und vieles mehr. Jamaika - das müssen wir ganz klar sagen - ist eine echte Investitionslokomotive.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ja, wir investieren mehr in den Straßenbau und in Radwege als jede Landesregierung zuvor. Das ist richtig; denn auch neue Mobilitätsformen und klimaneutrale Fahrzeuge benötigen funktionierende Straßen. Heute haben wir ja von der SPD gehört, dass funktionierende Straßen für sie eine eher weniger Rolle spielen.

Wir dagegen stärken nicht nur die Infrastruktur, wir stärken auch die Polizei, die Justiz, die Schulen, den öffentlichen Gesundheitsdienst, und zwar in

Form von Ausstattung und auch weiteren Stellen. Denn mit den steigenden Aufgaben - mit der Pandemie sind die Aufgaben erheblich gewachsen - braucht man natürlich mehr Stellen. Dabei erinnere ich daran, dass wir mit jedem neu eingestellten Beamten 100 € pro Monat in den Versorgungsfonds einzahlen, der mit einer erhöhten Aktienquote - das haben wir im Finanzausschuss beschlossen -, nämlich bis 50 %, das Geld für die Zukunft anlegt, und zwar nachhaltig mit FINISH. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Meine Kolleginnen und Kollegen haben es bereits zu den Einzelplänen berichtet: Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen setzt Jamaika die richtigen Schwerpunkte, wie Einbruchschutz, PiA-Ausbildung, Kosten für Gesundheitsfachberufe, ländlicher Wegebau, Pflegestudiengang, Breitband, Investitionen in Wald und Moore und vieles mehr. Ich muss sagen: Jamaika macht hier eine richtig gute Arbeit, Jamaika ist cool, und Jamaika schafft richtig was weg.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dazu gehört auch der Bereich Kitabau. Wir geben nämlich unseren Kommunen Planungssicherheit, und zwar mit den Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt für die Jahre 2023 und 2024 in Höhe von weiteren 25 Millionen €. Auch hier setzen wir die richtigen Schwerpunkte. Wir alle zusammen sind vor Ort im Land unterwegs. Dabei stoßen wir natürlich auch auf viele Probleme, die es zu lösen gilt. Da möchte ich zum Beispiel kleinere Projekte wie die Erweiterung der Gedenkstätte Springhirsch bei Kaltenkirchen oder die vielen kleinen Projekte aus dem Fonds für Barrierefreiheit nennen. Ich denke dabei an den barrierefreien Zugang zur Erlöserkirche Kirche in Henstedt-Ulzburg.

Ich bedanke mich zum Schluss bei den Mitarbeitern der Landesregierung, insbesondere im Finanzministerium, ebenso wie bei meinen Kollegen in der Jamaika-Koalition, lieber Lasse Petersdotter, liebe Annabell Krämer, und vor allem auch bei unseren Referenten.

(Beifall Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bedanke mich auch bei Ole Schmidt und seinem Team im Finanzausschuss, das einiges aushalten muss. Ich bedanke mich aber auch bei Lars Harms und bei Beate Raudies, die in Diskussionen doch

(Ole-Christopher Plambeck)

immer sehr konstruktiv sind. Ich glaube, das haben wir in dieser schwierigen Zeit gemeinsam gut hinkommen. Vor allem gilt es jetzt, diesen Jamaika-Haushalt 2022 zu verabschieden für ein modernes und gutes Schleswig-Holstein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Liebe Kollegen, es ist sehr laut hier im Raum, und ich glaube, auch die Kollegin Raudies hat noch ein bisschen Aufmerksamkeit verdient.

(Zuruf)

- Es weihnachtet. - Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort der Abgeordneten Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So viele Lokführerinnen und Lokführer, wow, ich bin begeistert! Es fehlte nur noch die Antwort darauf, ob die Lokomotive jetzt eigentlich mit Dampf oder mit Wasserstoff oder elektrisch fährt.

(Zuruf CDU: Mit Wasserstoff!)

- Sehen Sie, die einen sagen so, die anderen sagen so. Ich sage - da bin ich mit meiner Fraktionsvorsitzenden einer Meinung -: Jamaika hat fertig in diesem Land. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall SPD)

Wenn es dazu noch eines Beweises bedurft hat, dann hat diese Haushaltsdebatte ihn heute geliefert. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich zum Abschied - schließlich ist es der letzte Jamaika-Haushalt, schreibt Monika Heinold in ihrer Pressemitteilung - jeder Landtagsabgeordnete noch einmal etwas wünschen durfte, was denn künftig aus Landesmitteln bezahlt werden darf. In der Debatte zu den Einzelplänen oder auch vorher in den Medien ist schon relativ gut deutlich geworden

(Werner Kalinka [CDU]: Ich habe nichts bekommen!)

- Herr Kalinka, ich würde mir mal Gedanken darüber machen, wieso Sie nichts abgekliegt haben -, wessen Wünsche für seinen Wahlkreis oder sein Steckenpferd heute in Erfüllung gehen.

Auch die Performance, die wir heute Morgen von einigen Vertretern der Regierungskoalition erlebt haben, war in Teilen bemerkenswert. Der Vorsitzende der größten Regierungsfraktion arbeitet sich in

bester Buchhaltermanier an der Opposition ab, statt die eigenen Schwerpunkte zu betonen, und verliert sich in kleinteiligen Aufzählungen. Kein Wunder, dass in der CDU-Fraktion mehr Stimmung war, als die Oppositionsführerin geredet hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da war bei Ihnen was los, aber nicht bei Ihrer Rede, Herr Koch.

Liebe Kollegin von Kalben, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ich musste doch schon ein bisschen an mich halten, als Sie sagten, das Land sei seit 2017 durch eine schwierige Lage geführt worden. Da will ich die Pandemie jetzt ausdrücklich nicht gemeint wissen. Aber finanzpolitisch war das für Jamaika seit 2017 ja wohl keine schwierige Zeit. Sie haben viel Geld gehabt. Allein in 2019 hatte Jamaika fast 1,3 Milliarden € mehr Steuern in der Tasche, als 2016 zur Verfügung standen. Es sollte hier nicht der falsche Eindruck entstehen, es sei immer alles ganz, ganz schwer gewesen.

(Beifall SPD und SSW)

Trotzdem, liebe Kollegin von Kalben, sind in der Zeit von 2017 bis 2020 nur 31 Windkrafteinlagen mehr im Land geschaffen worden. Von wegen, Jamaika und der große Windkraftboom. Guckt in eure eigenen Statistiken, dann könnt ihr das nachvollziehen.

(Beifall SPD und SSW)

So bleibt der Eindruck, es gibt keine gemeinsame Idee mehr, es gibt eine Summe von Einzelinteressen. Dieser Haushalt hat erst recht keine Antwort auf die Frage, wie wir denn die auch eben vom Kollegen Plambeck beschworenen schlechten Zeiten angehen sollen. Immerhin sind wir uns ja jetzt darin einig, dass haushaltspolitisch herausfordernde Zeiten vor uns liegen. Das waren wir ja auch nicht zu jedem Punkt in dieser Debatte.

Die Ergebnisse der Steuerschätzung sind zwar positiver als befürchtet, und auch die mittelfristige Finanzplanung gibt leisen Anlass zur Hoffnung. Aber ich finde immer noch, das ist kein Grund, übermütig zu werden; denn wir wissen noch nicht, welche Belastungen mit der vierten Welle der Coronapandemie verbunden sein werden. Einen kleinen Vorgeschmack haben wir in den letzten 14 Tagen bekommen: Wir haben in Schleswig-Holstein bereits die Wirtschaftshilfen verlängert. Wir haben zusätzliche Mittel fürs Testen bereitgestellt, und wir haben heute gemeinsam den Rettungsschirm für die Krankenhäuser aufgespannt. Das ist übrigens etwas, was die SPD-Fraktion schon im Frühling gefordert hat, nämlich dass das Land in die Verantwortung geht, wenn sich der Bund nicht ausreichend küm-

(Beate Raudies)

mert. Insofern freut es uns, dass das heute zu einem positiven Abschluss kommt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

In den kommenden Jahren klafft in der mittelfristigen Finanzplanung eine Lücke in Höhe von 800 Millionen €. Ich habe Ihnen zugehört, Herr Kollege Koch. Aber, lieber Kollege Koch, wenn Sie sich an den Zahlen der November-Steuerschätzung so erfreuen und daraus entnehmen, dass jetzt alles ganz schnell von alleine wieder gut wird

(Tobias Koch [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

- das hörte sich ein bisschen so an; beim Kollegen Plambeck hörte es sich auch ein bisschen so an -, dann will ich doch darauf hinweisen, dass das Münchner ifo Institut gerade gestern seine Konjunkturprognose für das kommende Jahr um 1,4 Punkte gesenkt hat und jetzt nur noch von einem Plus von 3,7 % ausgeht. Da wir beide wissen, wie die Steuerschätzung zustande kommt, wissen wir auch, was das für die Steuerschätzung für das nächste Jahr bedeutet.

Das war übrigens gestern in den Tagesthemen; vielleicht konnten Sie das nicht verfolgen, weil Sie noch Weihnachtskarten geschrieben haben - ich weiß es nicht.

(Beifall SPD - Heiterkeit Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Lage für die öffentlichen Haushalte wird noch lange angespannt bleiben. Ausgabendisziplin wäre also ein Gebot der Stunde. Und was macht Jamaika? - Arbeitet mit globalen Minderausgaben und nennt das auch noch einen Akt der Solidarität. Das ist in der Tat kreativ, Herr Koch; das merken wir uns dann mal für die nächsten Jahre. Mit Ihnen haben wir ja dann einen kompetenten Paten für diesen Weg - ich hoffe, dass wir ihn nicht so oft gehen müssen, denn es ist eigentlich ein Offenbarungseid, wenn man mit globalen Minderausgaben arbeiten muss, weil man dann nämlich nicht mehr weiß, wie man seine Ausgaben decken kann.

Richtig wäre es gewesen, zu sagen, was sich das Land künftig noch leisten kann und was nicht. Das macht man vor einer Landtagswahl natürlich nicht gerne, Herr Koch. Sie haben mich gefragt, wo mein Rotstift sei. Aber ich frage Sie, Sie sind in der Regierung: Wo ist Ihr Rotstift, Herr Koch? Auch als Regierungsfraktion sind Sie in der Verantwortung, dazu einmal drei Töne zu sagen.

Aber jetzt - versöhnlich - zum Notkredit, über den wir uns heute alle verständigt haben. Damit haben wir im letzten Jahr die Handlungsfähigkeit sichergestellt, und dazu stehen wir auch. Wir haben so Planungssicherheit, können Investitionen in die Infrastruktur tätigen, und die Lücke in der Finanzplanung ist kleiner geworden - davon haben wir alle etwas. Aber die Spielräume bleiben eng. Es ist darauf hingewiesen worden: Die Verschuldung hat sich erhöht, und die Tilgung und irgendwann auch die Zinsen werden uns einschränken. Dass wir höhere Steuereinnahmen erzielen, entbindet uns nicht von der Verpflichtung, uns den unangenehmen Wahrheiten zu stellen. Wir alle werden in den nächsten Jahren sagen müssen, was sich das Land noch leisten kann und was nicht.

Nebenbei gesagt: Auf den gemeinsamen Antrag und darauf, was wir dadurch bewirken konnten, bin ich noch immer sehr stolz, weil wir damit als Parlament sehr deutlich gezeigt haben, was unsere Aufgabe und unsere Verantwortung ist, nämlich an der Bewältigung der Pandemie mitzuwirken. Heute nun haben wir einen Teil dieses Beschlusses geändert, weil er sich in der praktischen Umsetzung als untauglich erwiesen hat. Wieder waren auch wir als Oppositionsfraktion und der SSW bereit, Verantwortung dafür zu übernehmen, dass unser Land und die Menschen, die hier leben, diese Krise gut überstehen. Es ist mir wichtig, das hier noch einmal zu betonen, weil es doch so scheint, als sei nicht allen Kolleginnen und Kollegen in den Regierungsfraktionen klar, was wir ihnen damit eigentlich ermöglichen.

Nun ist aber auch die Landesregierung in der Pflicht und in der Verantwortung, das Parlament zeitnah, umfassend und proaktiv zu informieren. Im letzten Jahr mussten wir Ihnen ganz schön oft die Infos aus der Nase ziehen. Beschlüsse wurden unter Zeitdruck gefasst, obwohl die Sachverhalte unklar waren. Wenn Sie von uns, liebe Landesregierung, kollegiale Unterstützung erwarten, dann sollten Sie uns auch kollegial und fair behandeln. Das sage ich hier auch mit Blick darauf, was in den letzten 14 Tagen passiert ist, sehr deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Pandemie hat uns deutlich gemacht, wo wir dringend nachbessern müssen: Gesundheitswesen, Digitalisierung und - nicht zu vergessen - der Klimawandel. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, braucht es einen leistungsfähigen, finanzstarken Staat, der auch in der Lage ist, über Investitionen Impulse für das Wirtschaftswachstum zu geben. Ausgeglichene Haushalte, lieber Kollege Plambeck, sind wichtig.

(Beate Raudies)

Aber wenn sie dauerhaft das Nonplusultra politischen Handelns darstellen, beschränken wir uns unnötig. Ich habe in der letzten Debatte etwas zur Schuldenbremse gesagt, und das würde ich auch heute noch uneingeschränkt unterschreiben. Dieses Thema müssen wir uns noch einmal anschauen; das kann so nicht weitergehen.

Die Ampelkoalition in Berlin hat mit einem 50-Milliarden-€-Investitionspaket vorgelegt, von dem ein Teil auch hier im Land ankommen wird, zum Beispiel die 25 Millionen € Kitamittel, die wir hier noch als VE eingestellt haben. Das bezahlt dann also wieder mal der Bund, wie so vieles in den letzten Jahren. Freuen wir uns, dass der Bund das macht! Aber wir merken doch an vielen Stellen, dass in diesem Land viele Menschen im Bremserhäuschen sitzen.

(Zurufe Serpil Midyatli [SPD] und Tobias Koch [CDU])

- Wir merken, dass hier schon wieder der Widerspruch von denen kommt, die im Bremserhäuschen sitzen.

Da sind wir wieder bei der Lokomotive: Wir alle haben ja einmal gelernt, dass in England auch auf den Dieselloks noch Heizer mitfahren. Offenbar gibt es auch noch Bremser auf Dieselloks, denn auch in Schleswig-Holstein war ja nicht so richtig viel möglich.

(Zuruf Stephan Holowaty [FDP])

Frau Finanzministerin, ich habe doch ein bisschen gelacht, als Sie letzte Woche einen Förderbescheid für die Förderung einer Wallbox an den Landesbetrieb Verkehr übergeben haben - eine eigene Landesinstitution.

(Heiterkeit Martin Habersaat [SPD])

Das ist das, was Kai Dolgner eben angesprochen hat: Ein Brot- und Buttergeschäft. Den eigenen Fuhrpark und die eigenen Häuser voranbringen und sich dann auch noch mit einem Förderbescheid abfeiern. Liebe Leute! Das haben Sie eigentlich nicht nötig, Frau Finanzministerin.

(Beifall SPD)

So! Jetzt sind meine zehn Minuten doch, wie immer, zu kurz. Deshalb will ich nur noch einen Satz sagen: Vielen Dank an die Ministerien - vor allem an das Finanzministerium - und die Landtagsverwaltung für die gute Zusammenarbeit bei den Haushaltsberatungen. - So viel Zeit muss sein. Wir haben uns mit unseren Fragen Mühe gegeben, Sie haben sich mit Ihren Antworten sehr viel Mühe gegeben.

Unsere Anträge sind alle realistisch und solide gegenfinanziert, auch wenn Herr Vogt vorhin kurz geschickt versucht hat, einen gegenteiligen Eindruck zu erzeugen. Wir kürzen mit Augenmaß und erhöhen die Einnahmeerwartungen dort, wo es passt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben unsere Anträge fast alle abgelehnt - das ist so; damit können wir leben. Aber wir stellen uns der Verantwortung, dieses Land ab dem nächsten Jahr anders vorzubringen, als Sie es getan haben. Ab 2022 wird die Lokomotive klimaneutral fahren, digital gesteuert und mit sozialem Ausgleich. Wir sind dafür bereit. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vor uns liegt der letzte Haushalt der 19. Wahlperiode. Wir haben auf einem sehr soliden Regierungsentwurf aufbauen und dann in der Folge wichtige parlamentarische Ergänzungen aus dem Alltag der Abgeordneten umsetzen können. Von der Fraktionsvorsitzenden der SPD wird das dann als Zuwendungen für die Lieblingsprojekte einzelner Abgeordneter beschrieben. Es tut mir wirklich leid! Es ist Parlamentarismus, dass das Parlament den Regierungsentwurf verändert, und zwar mit den Erfahrungen, die man als Abgeordnete oder als Abgeordneter im Alltag schlichtweg macht.

Was soll das denn eigentlich bedeuten? Was sind denn diese Lieblingsprojekte einzelner Personen? Ist es etwa das Rettungsfahrzeug für das größte Moor Schleswig-Holsteins, das Himmelmoor, das zur Absicherung einer Landesliegenschaft dient? - Das ist kein Lieblingsprojekt einzelner Abgeordneter, sondern schlichtweg verantwortungsbewusst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ist es die Förderung des Gedenkens in Mölln? - Es ist offensichtlich eine landespolitische Aufgabe, das Gedenken aufrecht zu erhalten und weiterhin daraus zu lernen.

Sind es die 90.000 € für die Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in polnischer Sprache, die wir ausgeben, damit eben auch diejeni-

(Lasse Petersdotter)

gen gut beraten werden, die nicht deutsch, englisch, spanisch oder andere Sprachen sprechen? Ist das ein einzelnes Projekt einzelner Abgeordneter?

Sind es die 30.000 € zur Sicherung der Wasserrettung in Sankt Peter-Ording, von der wir alle profitieren, wenn es mal zum Ernstfall kommen sollte?

Ja, unsere Lieblingsprojekte sind vielleicht nicht ganz so prestigeträchtig und spielen auch nicht so große Rollen wie Spitzenkandidierende in Barcamps! Ja, wir bauen vielleicht keine neuen Städte, aber wir nehmen die Ideen, die wir in unseren Wahlkreisen aufnehmen, ins Parlament mit und setzen sie hier um.

(Beifall)

Dann haben wir in den SPD-Anträgen die Klassiker der Gegenfinanzierung: Sie setzen Personaltitel und Geschäftsbedarfe runter und die Einnahmen hoch, so wie es jedes Jahr passiert, oft durchaus von den Antworten auf Ihre Fragen zum Landeshaushalt gedeckt, weil die Mittel im vergangenen Jahr nicht so abgeflossen sind wie erwartet. Aber das, was die SPD-Fraktion hier gänzlich ignoriert, ist der Effekt durch Corona. Wenn Sie die Ausgaben, die wegen der Pandemie 2021 geringer ausfielen, als Ansatz für 2022 nehmen, bedeutet das: Die SPD schlägt vor, den Krisenzustand fortzuschreiben und so zu manifestieren. Wir tun das nicht. Wir wollen dieses Land aus der Krise herausführen.

Ein Überblick über die SPD-Anträge: Staatskanzlei, minus 1,2 Millionen € Finanzministerium, minus 6,3 Millionen € Justizministerium, minus 10,1 Millionen € Allgemeine Finanzverwaltung, minus 19,3 Millionen € Ja, den Rotstift haben Sie bewiesen; ich bin eher dafür, nach vorne zu gucken und etwas zu verändern. Die vielen Kürzungen, die Sie hier vorschlagen, sind so gestaltet, dass sie nach außen hin kaum sichtbar werden, aber gerade schlimm genug sind, den Beschäftigten die Arbeit schwer zu machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD: Ho, ho, ho!)

Wir hingegen reagieren auf die großen Krisen - zumindest auf einige von ihnen - mit unseren parlamentarischen Anträgen, nämlich auf das Artensterben, auf den Pflegenotstand und auf den Fachkräftemangel in den Kitas.

Hinzu kommen weitere Projekte: 300.000 € werden die Soziokultur im ländlichen Raum endlich deutlich stärken und nicht nur zu einem urbanen Projekt machen.

330.000 € für die Energiewendeberatung der Verbraucherzentralen, damit die Energiewende und die Transformation der Wirtschaft gelingen.

200.000 € für die psychosoziale Beratung von Studierenden an unseren Hochschulen. Wir werden diese Finanzierung fortsetzen. Wir haben aus der Pandemie gelernt und führen nicht nur die Notmaßnahme fort, sondern setzen sogar noch einen oben drauf. Das ist dringend notwendig.

Mit 96.000 € bauen wir die Studienstarthilfe aus.

Mit 120.000 € setzen die Social Innovation Strategie um, die wir im letzten Jahr in Auftrag gegeben haben. Hier denkt das Parlament eben nicht nur von der Tapete bis zur Wand, sondern weiter.

Zu guter Letzt möchte ich noch einen Hinweis machen, wie ich ihn jedes Jahr mache. Ich weise im Einzelplan 11 auf den Titel 051 01, Vermögensteuer, hin. Auch dieses Mal steht in den Erläuterungen: Vorsorglicher Leertitel. - Ich finde das bedauerlich. Man sollte dort endlich einmal einen Betrag hineinschreiben.

Um das zur Weihnachtszeit anschaulich zu machen, ein Beispiel. Angenommen, 70.000 Jahre vor Christus hätte eine unsterbliche Schwäbin in der Eiszeit gelebt und in dieser Zeit jeden Tag 10.000 € gespart. Sie wäre heute noch nicht so reich wie Elon Musk.

Die Reichen dieser Gesellschaft profitieren von der Krise. Sie verdienen weiter massiv Geld, und sie sollten endlich ihren Anteil am Gemeinwesen mitfinanzieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Weil ich weiß, dass ich mit diesem Satz meine Rede nicht abschließen kann, um einen Applaus aus der ganzen Koalition zu bekommen, sage ich: Ja, der Gesamthaushalt ist solide. Er zeigt, dass wir den Wahlkampfmoment nicht ausnutzen, sondern versuchen, gut aus der Krise herauszukommen. - Allen vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Kollege Petersdotter, zum Schluss

(Annabell Krämer)

hast du die Kurve noch gekriegt. Ich wollte schon loben, dass das eine Rede war, bei der wir zusammen sind. - Fast! Sie war fast perfekt.

Auch der Haushalt 2022 steht ganz im Fokus der Bewältigung der Coronakrise. 703 Millionen € aus dem in 2020 aufgenommenen Notkredit in Höhe von insgesamt 5,5 Milliarden € verstärken den diesjährigen Haushalt. Die November-Steuerschätzung lässt uns jedoch ein wenig Licht am Horizont sehen.

Positiv hervorzuheben ist, dass wir - entgegen dem ursprünglichen ersten Haushaltsentwurf - bereits im nächsten Jahr haushalterisch in der Lage sein werden, Schulden zu tilgen. Anstatt - wie zunächst geplant - 67 Millionen € zusätzliche Schulden aufzunehmen, werden wir die erste Viertelmilliarde tilgen.

Die gute konjunkturelle Entwicklung führt zudem dazu, dass die Kommunen nächstes Jahr zusätzliche 63 Millionen € aus dem kommunalen Finanzausgleich erhalten werden. Das ist eine fantastische Nachricht an unsere Städte und Gemeinden.

Diese gute Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir natürlich weiterhin Mittel aus den im letzten Jahr gebildeten Notkreditrücklagen entnehmen müssen.

Nach bisheriger Planung werden 703 Millionen € aus der Notkreditermächtigung in Anspruch genommen, davon rund 503 Millionen € für die Kompensation pandemiebedingter Steuermindereinnahmen. Der Haushaltsentwurf 2022 sieht bereinigte Einnahmen in Höhe von 13,9 Milliarden € vor. Die bereinigten Ausgaben - ohne die Übernahme der Altlasten aus der HSH FinFo - betragen im Haushaltsentwurf 2022 knapp 14,6 Milliarden €

Auch hier wird deutlich: Ohne die Inanspruchnahme der in 2020 gebildeten Rücklagen aus Notkrediten wäre kein ausgeglichener Haushalt möglich. Erst zusammen mit der geplanten Entnahme von Rücklagen aus IMPULS zur Sanierung unserer Landesinfrastruktur ist der Haushalt konjunkturell mit einer Viertelmilliarde im Plus. Strukturell ist er ausgeglichen.

Investieren werden wir in diesem Jahr rund 1,6 Milliarden € Die Investitionsquote beträgt somit fantastische 10,9 %. Wir müssen uns jedoch bewusst sein: Der Haushalt 2022 wies ein Defizit von knapp einer halben Milliarde Euro aus, wären wir nicht in 2020 die Kreditermächtigung in Höhe von 5,5 Milliarden € eingegangen.

Jede Inanspruchnahme der Rücklage bedeutet eine effektive Kreditaufnahme, Gelder - das dürfen wir

nie vergessen -, die unsere Kinder und Kindeskinde zurückzahlen müssen. Wir müssen sparsam mit jedem Euro in unserem Haushalt umgehen. Das bedeutet natürlich nicht, dass wir jeden Euro auf den Prüfstand stellen müssen. Wichtig ist es aber, sämtliche konsumtive Ausgaben zu hinterfragen. Jeder Euro hingegen, der einen Überschuss erwirtschaftet, ist und bleibt ein vernünftig investierter Euro.

Wir dürfen nicht vergessen: Wir befinden uns noch mitten in der Pandemie. Wir hoffen, dass wir mit unseren Rücklagen für die Pandemiebekämpfung auskommen. Aber niemand kann das - Stand heute - verlässlich sagen. Wir brauchen zum Beispiel wieder mehr Testkits, und unsere Krankenhäuser müssen erneut Betten freihalten. Der Schirm, den wir heute für unsere Krankenhäuser gespannt haben, zeigt uns das eindringlich.

Insofern fehlt mir für die - täglich grüßt das Murmeltier - Jahr für Jahr mit Copy and Paste eingebrachten Haushaltsanträge der SPD jegliches Verständnis.

(Beifall FDP)

Wir haben die Verschuldung zukünftiger Generationen in Kauf genommen, um Existenzen und Leben zu retten und zu schützen. Wir haben gemeinsam vereinbart, dass Kreditermächtigungen aus unserem Notkreditbeschluss ausschließlich zu den darin konkretisierten Zwecken in Anspruch genommen werden dürfen. Wir haben - auch heute wieder - mit einer Zweidrittelmehrheit beschlossen, dass sämtliche Inanspruchnahmen der Nettokreditmittel einer verfassungsändernden Mehrheit bedürfen. Nicht benötigte Mittel werden zwingend die Kreditrücklage und somit die Inanspruchnahme der Kredite reduzieren. Genau deshalb war es mir so wichtig, dass auch Abweichungen hiervon zukünftig nur mit verfassungsändernder Mehrheit möglich sind.

Unsere Notkredite sind zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen gedacht, außerdem für die Aufrechterhaltung bereits konkreter geplanter und ursprünglich mit Mitteln hinterlegter Investitionen in unsere Landesinfrastruktur. Sie sind kein Füllhorn, in das man nach Belieben hineingreifen kann, um seine politischen Wünsche zu erfüllen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Genau!)

Genau deshalb habe ich damals so für die erforderliche Zweidrittelmehrheit gekämpft, nämlich um die Mittel vor dem Zugriff zukünftiger Parlamente zu schützen.

(Annabell Krämer)

Sage und schreibe fünfmal will sich die SPD aus dem Corona-Nottopf bedienen. Tut mir leid: Das lehnen wir ab!

Wie jedes Jahr - allerdings erst, seitdem die SPD nicht mehr selbst in Regierungsverantwortung ist - wird der beitragsfreie Krippenplatz gefordert. Abgehakt, dass die SPD uns die bundesweit höchsten Elternbeitragsätze hinterlassen hat. Aber dass Sie allen Ernstes suggerieren, dass dies für 20 Millionen € zu haben wäre, ist mehr als unseriös. Wo bleiben Ihre Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 50 Millionen € jährlich aufsteigend? Der Kollege Vogt erwähnte es heute auch schon. - Nichts.

Die SPD möchte 250 Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung von Erziehern finanzieren. Dieses - Simalabim! - komplett durchfinanziert für drei Jahrgänge, finanziert aber nur mit 700.000 €. Leider beträgt der Bedarf hierfür aber 3,6 Millionen €. Sie hätten nur in unsere Jamaika-Anträge gucken müssen. Wir hingegen haben nicht nur um weitere 100 Plätze aufgestockt, sondern stellen auch noch die Leitungsstunden für die Anleitung frei. Hierfür stellen wir 389.000 € in 2022 und 2,4 Millionen € in 2023 zur Verfügung. Das finanziert gerade einmal zwölf Monate, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist seriöse Finanzpolitik.

Aus der Corona-Rücklage wollen Sie zum Beispiel ein Förderprogramm für Landgasthöfe finanzieren. Nicht nur, dass es sich hier eindeutig um eine Zweckentfremdung der Corona-Rücklagen handeln würde - wirtschaftlich bedrohte Landgasthäuser haben nun wirklich andere Sorgen, als ein nachhaltiges Betriebskonzept zu entwickeln oder ihr Gebäude energetisch zu sanieren.

(Beate Raudies [SPD]: Umbau Schweineställe!)

Digitale Gästelenkung im Tourismus soll ebenso aus der Corona-Nothilfe finanziert werden. Nicht nur, dass auch dies nicht zulässig ist - das Land ist hier doch schon längst weiter. Verschiedene Projekte - wie zum Beispiel in Sankt Peter-Ording oder Scharbeutz - wurden bereits aus ordentlichen Haushaltsmitteln finanziert und gefördert.

Jetzt kommt mein Highlight: Befremdend finde ich Ihre Forderung nach zusätzlichen strukturellen Förderungen von Naturschutzverbänden, damit diese vier zusätzliche Stellen einrichten können, um Planungsverfahren besser „begleiten“ zu können.

Liebe Sozialdemokraten, bei aller Liebe, das lässt mich stark an Ihrem Bekenntnis zur A 20 zweifeln.

(Beifall FDP - Martin Habersaat [SPD]: So ein Quatsch!)

Zusätzliche Mittel würden Verbände in ihrem Bestreben, große Infrastrukturprojekte zu verhindern, stärken. Wir Freie Demokraten wollen Planbeschleunigung und keine Planungsverhinderung.

Wir lehnen Ihre Haushaltsanträge ab. Unser Haushaltsentwurf ist stimmig, hat die Generationengerechtigkeit im Blick und ist vorwärtsgewandt. Blicken wir optimistisch nach vorn, ein Haushalt mit Augenmaß, einer fantastischen Investitionsquote und verbesserte konjunkturelle Aussichten! So kommen wir gut aus der Krise.

Auch ich möchte der Ministerin für die konstruktive, tolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren danken, auch bei diesem Haushalt. Insbesondere möchte ich auch Herrn Schmidt ganz herzlichen Dank sagen, den wir dieses Jahr über Maß strapaziert haben. Sie hatten für uns immer ein offenes Ohr. Ich möchte auch ganz besonders unseren Referenten Klaus Schaper, Friederike Hagedorn und Elisa Rechter für ihre tolle Arbeit während der Haushaltsberatungen danken. Leute, das habt ihr alle ganz toll gemacht! Ich möchte auch den Jamaika-Kollegen danken. Ich stelle jedes Jahr gern mit euch Haushalte auf. - Danke schön.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu dieser späten Stunde noch einmal kurz zu Wort gemeldet, weil in der Debatte zu Einzelplan 11 die Frau Oppositionsführerin durch ihre Zwischenrufe, aber auch die Kollegin Raudies in ihrem Wortbeitrag den Eindruck erweckt haben, die 25 Millionen €, die wir heute Morgen für Kitabaumaßnahmen beschlossen haben, seien ein Taschenspielertrick der Koalition, das Geld würde ja vom Bund sowieso kommen, und wir müssten das gar nicht aus Landesmitteln bezahlen.

Ich weise auf Folgendes hin: Wir haben in dieser Wahlperiode 2018 30 Millionen € für Kitabaumaßnahmen aus Landesmitteln bereitgestellt, und wir haben 2020 40 Millionen € Landesmittel zur Verfügung gestellt.

(Tobias Koch)

Frau Midyatli - auch wenn Sie jetzt rausgehen -: Ja, auch der Bund gibt Geld für den Kitabau, und zwar 55 Millionen € bis zum Jahr 2024. Daran merkt man: Wir als Land haben mehr Geld in die Hand genommen als der Bund in der Vergangenheit. Aber der Bund hat auch schon in der Vergangenheit Gelder für den Kitabau zur Verfügung gestellt; das wird er hoffentlich auch in Zukunft machen.

Wenn das Geld vom Bund in der Zukunft kommt, kommt das zusätzlich; das brauchen unsere Kommunen auch. 25 Millionen € Landesgeld haben wir für 2023 und 2024. Alles, was vom Bund dazu kommt, ist gut. Das hat die Ministerin heute Morgen sehr schön gesagt. Wir nehmen das auch von der Ampelkoalition in Berlin.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das steht den Kommunen dann zusätzlich zur Verfügung, zusätzlich zu den 25 Millionen € Schön, dass die SPD unseren Kitamitteln heute zugestimmt hat. Die Kommunen können das wirklich brauchen. Allein im Kreis Stormarn haben wir derzeit eine Warteliste mit Baumaßnahmen in Höhe von 6 Millionen €. Da können wir das Geld vom Bund gut gebrauchen, damit die Kitabaumaßnahmen ausfinanziert werden können. Sie müssen keine Sorge haben, dass wir Taschenspielertricks anwenden. Vielmehr geht es um zusätzliches Landesgeld, das wir heute Morgen gemeinsam beschlossen haben.

Das wollte ich gern klarstellen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Das Schöne ist, das kann man alles hinterher überprüfen!)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Koch, vielen Dank für den Hinweis. Wenn ich den Antrag richtig lese, haben wir erst einmal Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2023 und 2024 beschlossen. Wie die Ausgaben gedeckt werden, entscheiden wir bei der Haushaltsaufstellung 2023 und 2024.

(Tobias Koch [CDU]: Keine Sorge!)

Es ist einfach die Erfahrung aus den letzten Jahren: Einzelplan 11 Bundesmittel rein, Einzelplan 10 Mittel raus.

(Widerspruch Tobias Koch [CDU])

- Das haben Sie nie gemacht? Woher sind denn die 500 Millionen € für die Kitareform gekommen, die Sie angeblich ausgegeben haben?

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Na ja, gut. - Ich stelle fest: Wir haben erst einmal gemeinsam eine Verpflichtungsermächtigung beschlossen. Ich freue mich, dass es in dem Punkt einen Bewusstseinswandel gegeben hat.

Ich habe den Staatssekretär in der Finanzausschusssitzung ausdrücklich gefragt, ob weitere Kitamittel vorgesehen sind, da ich auch aus meinem Kreis die Überzeichnung der Mittel kenne. Herr Badenhop hat damals gesagt, man sehe keine Notwendigkeit, weil man mit dem SQKM einen Systemwechsel vornehme, durch den Mittel angespart werden können. Da habe ich mir gedacht: Wir haben doch gesehen, dass das bei den Schulen nicht funktioniert. Es ist gut, wenn wir jetzt einsehen, dass es auch bei den Kitas nicht funktioniert, und gemeinsam Mittel dafür bereitstellen. Vielen Dank.

Ich freue mich, wenn wir das umsetzen - wer auch immer das 2023 und 2024 umsetzen wird. Ich habe gesagt: Wir machen das. - Danke.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der SPD auf, zunächst die Einzelabstimmung über die laufende Nummer 153, „Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen gemäß § 23 FAG“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Zusammenschluss der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe dann die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der SPD, die laufenden Nummern 149 bis 152 sowie 154 bis 165, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Zusammenschluss der AfD und der Abgeordnete

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

Dr. Brodehl. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der Abgeordneten des SSW. Zunächst zur namentlichen Abstimmung über die laufende Nummer 83, „Globale Mehrausgaben für Personalausgaben“. Ich bitte die Herren Schriftführer, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)¹

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: Dem Änderungsantrag haben drei Abgeordnete zugestimmt, 35 Abgeordnete haben ihn abgelehnt, und 18 Abgeordnete haben sich enthalten. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW - -

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich wäre für etwas mehr Aufmerksamkeit dankbar, denn sonst denke ich, es gibt Hinweise zur Abstimmung, und das irritiert mich.

Also noch einmal: Ich rufe die Änderungsanträge der Abgeordneten des SSW, die laufenden Nummern 75 bis 82 sowie 84 bis 88, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag gegen die Stimmen des SSW bei Enthaltung der SPD-Fraktion mit allen anderen Stimmen abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD zum Einzelplan 11, die laufende Nummer 1, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist der Zusammenschluss der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe dann den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3515, Satz 2 - Titel 11 16-575 01 Maßnahmengruppe 01, Zinsausgaben, Ist- und Planportfolio (Kredite und Finanzderivate), auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist der Änderungsantrag einstimmig angenommen.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenomme-

nen Änderungsantrags aus der Drucksache 19/3515 Satz 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann ist der Einzelplan mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW - -

(Zurufe: Nein, nein! - Lars Harms [SSW]: Es sind noch keine Gegenstimmen abgefragt worden, deshalb konnten wir uns noch nicht melden!)

- Also, der SSW hat nicht zugestimmt?

(Lars Harms [SSW]: Nein! Wir sind ja noch nicht gefragt worden! Wir würden Nein sagen! - Weitere Zurufe)

- Okay. Jetzt machen wir das noch einmal einfacher. Wer stimmt dafür? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? - Das ist der SSW, und das sind die SPD-Fraktion sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer enthält sich? - Damit ist der Einzelplan 11 mit den Änderungen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2022.

Ich lasse über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/3498 Buchstabe C, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion, und das sind die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD sowie der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3511 Nummer 1 zum Haushaltsgesetz, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Damit ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3514 Nummer 1 zum Haushaltsgesetz, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Wer

¹ Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

stimmt dagegen? - Das ist der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/3516 (neu), zum Haushaltsgesetz auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, der SSW, der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

2. Annahme der Änderungsanträge Drucksachen 19/3510, 19/3511, 19/3512, 19/3514, 19/3515 und 19/3516 (neu)

Weitere Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz liegen nicht vor.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne kommen wir nun zur Feststellung des Haushaltsplanes und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle für das Haushaltsjahr 2022 fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 19.434.007.100 € Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 1.998.578.000 € Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 4.567.809.000 €

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich, wer dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2022 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 19/3459, einschließlich der angenommenen Änderungsanträge Drucksachen 19/3511 Nummer 1, 19/3514 Nummer 1 und 19/3516 (neu) zustimmen will? Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und der Zusammenschluss der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist das Haushaltsgesetz 2022 mit den Änderungen angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt insgesamt. Wer dem Haushaltsgesetz 2022, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung, Drucksache 19/3459, einschließlich der angenommenen Änderungsanträge zu den Einzelplänen 07, 11 und 16 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Gegenstimmen? - Das sind die

SPD-Fraktion, der Zusammenschluss der AfD und der Abgeordnete Dr. Brodehl. Damit ist der Haushalt 2022 so beschlossen.

2. Verabschiedung des Gesetzentwurfes Drucksache 19/3201 in der Fassung der Drucksache 19/3459 einschließlich der angenommenen Änderungsanträge Drucksachen 19/3510, 19/3511 Nummer 2 und 19/3514 Nummer 2

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 auf: Wildwegeplan für Schleswig-Holstein - -

(Zurufe - Wortmeldung Hans-Jörn Arp [CDU])

- Herr Arp.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während der Abstimmung wollte ich nicht unterbrechen. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir die Tagesordnungspunkte morgen behandeln werden.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Parlamentarischer Geschäftsführer, ich danke Ihnen für Ihre Rücksichtnahme und wünsche allen einen schönen Abend. Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:54 Uhr

Anlage

Namentliche Abstimmung

136. Sitzung am 15. Dezember 2021

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 19/3200, Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW - laufende Nummer 83: Globale Mehrausgaben für Personalausgaben
Drucksache 19/3499

(Seite 10358 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
CDU		Stefan Weber	Enthaltung
Hans-Jörn Arp	Nein		
Tim Brockmann	Nein	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Johannes Callsen	Nein	Dr. Marret Bohn	Nein
Claus Christian Claussen	Nein	Marlies Fritzen	Abwesend
Wolf Rüdiger Fehrs	Abwesend	Eka von Kalben	Nein
Hauke Göttisch	Nein	Joschka Knuth	Nein
Daniel Günther	Nein	Burkhard Peters	Nein
Hartmut Hamerich	Nein	Lasse Petersdotter	Nein
Andreas Hein	Nein	Ines Strehlau	Abwesend
Klaus Jensen	Abwesend	Dr. Andreas Tietze	Nein
Werner Kalinka	Nein	Aminata Touré	Nein
Lukas Kilian	Nein	Bernd Voß	Nein
Peer Knöfler	Nein		
Tobias Koch	Nein	FDP	
Peter Lehnert	Nein	Dennys Bornhöft	Nein
Tobias von der Heide	Nein	Jörg Hansen	Nein
Hans Hinrich Neve	Nein	Stephan Holowaty	Nein
Volker Nielsen	Nein	Anita Klahn	Nein
Barbara Ostmeier	Abwesend	Annabell Krämer	Nein
Ole-Christopher Plambeck	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Kay Richert	Nein
Heiner Rickers	Nein	Jan Marcus Rossa	Abwesend
Anette Röttger	Nein	Christopher Vogt	Nein
Klaus Schlie	Abwesend		
Andrea Tschacher	Nein	SSW	
		Christian Dirschauer	Ja
SPD		Lars Harms	Ja
Wolfgang Baasch	Enthaltung	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Stefan Bolln	Enthaltung		
Dr. Kai Dolgner	Enthaltung	AfD	
Dr. Heiner Dunckel	Enthaltung	Jörg Nobis	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Enthaltung	Claus Schaffer	Nein
Katrin Fedrowitz	Abwesend	Volker Schnurrbusch	Nein
Martin Habersaat	Enthaltung		
Bernd Heinemann	Enthaltung	fraktionslos	
Birgit Herdejürgen	Enthaltung	Dr. Frank Brodehl	Enthaltung
Thomas Hölck	Abwesend	Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein	Nein
Kerstin Metzner	Enthaltung		
Serpil Midyatli	Enthaltung		
Birte Pauls	Abwesend		
Tobias von Pein	Enthaltung		
Regina Poersch	Enthaltung	Zusammenstellung:	
Beate Raudies	Enthaltung	Abgegebene Stimmen	63
Sandra Redmann	Nein	davon	
Thomas Rother	Enthaltung	Jastimmen	3
Özlem Ünsal	Enthaltung	Neinstimmen	42
Kai Vogel	Enthaltung	Enthaltungen	18